

Die Auswirkungen der
ausländischen Währungsabwertungen
im Jahre 1949 auf die
schweizerischen Exportindustrien

Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors der
Staatswissenschaften der Philosophisch-Historischen
Fakultät der Universität Basel

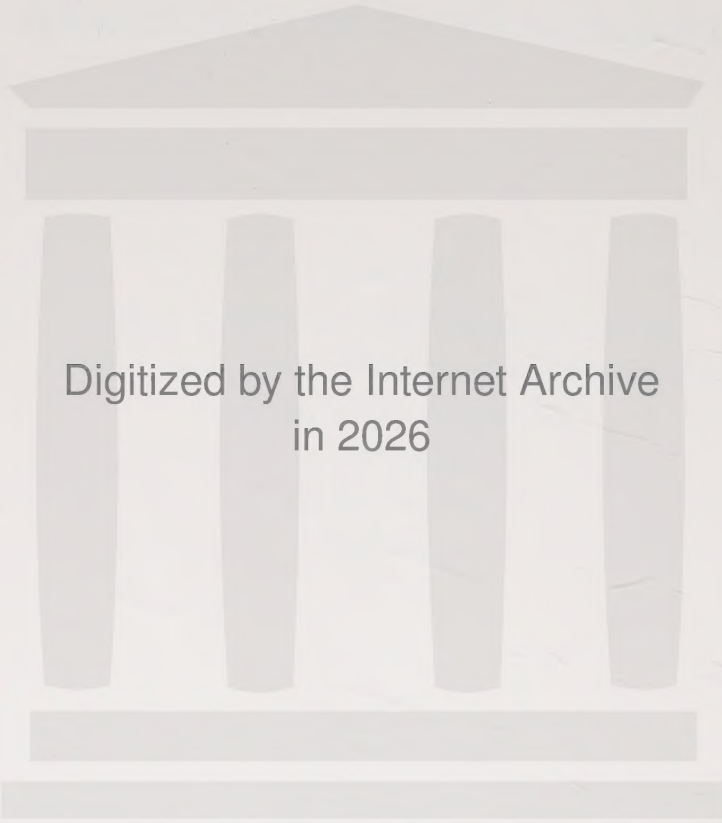
vorgelegt von
Etienne Héritier
von Basel

1959

Die Auswirkungen der ausländischen Währungsabwertungen im Jahre 1949 auf die schweizerischen Exportindustrien

Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors der
Staatswissenschaften der Philosophisch-Historischen
Fakultät der Universität Basel
vorgelegt von
Etienne Héritier
von Basel





Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhaltsverzeichnis

I. Die Bedeutung des Außenhandels für die schweizerische Volkswirtschaft . . .	5
II. Die ausländischen Abwertungen vom September 1949 bis März 1950 . . .	8
A. Der Ablauf	8
B. Die Auswirkungen auf die schweizerischen Währungsreserven und auf die Devisenkurse	13
C. Die Stellungnahme des Bundesrates	15
D. Die erwarteten Auswirkungen der ausländischen Abwertungen auf den schweizerischen Außenhandel	17
1. Negative Auswirkungen	17
2. Positive Auswirkungen	17
III. Der schweizerische Außenhandel vom Ende des zweiten Weltkrieges bis 1951 . . .	19
A. Die Periode vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zu den Abwertungen . . .	19
B. Die Periode von den Abwertungen bis zum Ausbruch des Koreakrieges . . .	25
C. Die Periode nach dem Ausbruch des Koreakrieges	26
IV. Die schweizerische Ausfuhr nach den wichtigsten Abwertungsländern . . .	30
A. Die Ausfuhr nach den Vollabwertungsländern	30
1. Großbritannien und Sterlinggebiet	31
2. Niederlande	37
3. Dänemark	38
4. Schweden	40
5. Norwegen	42
6. Finnland	44
7. Österreich	45
8. Argentinien	46
9. Ägypten	47
B. Die Ausfuhr nach den Teilabwertungsländern	49
1. Frankreich	49
2. West-Deutschland	52
3. Belgien/Luxemburg	54
4. Italien	56
5. Portugal	57
6. Kanada	58
V. Die Ausfuhr nach den Nichtabwertungsländern	59
VI. Die Ausfuhr der schweizerischen Hauptexportindustrien	60
A. Maschinenindustrie	60
B. Uhrenindustrie	66
C. Chemische Industrie	72
D. Textilindustrie	83
1. Seidenstoffweberei	84
2. Kunstseiden- und Zellwollgarnindustrie	93
3. Seidenbandindustrie	97
4. Stickereiindustrie	102
VII. Die Konkurrenzfähigkeit der schweiz. Ausfuhr nach den Abwertungen . . .	110
A. Die Bedeutung der Exportpreise bei gebundenem Zahlungsverkehr . . .	110
B. Die schweizerischen Exportpreise	111
C. Das interne Preisniveau und die Exportpreise in den Abwertungsländern . .	113
D. Die Außenhandelspolitik der Abwertungsländer nach den Paritätsänderungen	115
E. Die Auswirkungen der Europäischen Zahlungsunion	116
F. Ergebnis	117
VIII. Die schweizerische Wirtschaft in den Vorabwertungsperioden 1936 und 1949 . .	119
IX. Hätte die Schweiz ihre Währung ebenfalls abwerten sollen?	121
Literaturverzeichnis	127

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf Antrag der Herren Prof. Dr. E. Salin und Prof. Dr. G. Bombach.

Basel, den 24. April 1958

Prof. Dr. Heinrich Wagner
Dekan

Die vorliegende Dissertation erscheint gleichzeitig in einer Buchhandelsausgabe als Band 35 der Sammlung «Staatswissenschaftliche Studien» im Polygraphischen Verlag AG., Zürich.

I. Die Bedeutung des Außenhandels für die schweizerische Volkswirtschaft

Die Existenzgrundlage der schweizerischen Volkswirtschaft ist der Außenhandel. Das Gedeihen der Außenwirtschaft ist nicht nur für die direkt beteiligten Wirtschaftszweige von Bedeutung. Auch über die Prosperität der meisten Zweige der Inlandindustrie wird an der außenwirtschaftlichen Front entschieden. Die von der Natur gegebenen Voraussetzungen erfordern es, daß die fehlenden Nahrungsmittel und Rohstoffe im Ausland bezogen werden. Die notwendigen Mittel für diese Bezüge werden durch den Export von hochwertigen Industrieerzeugnissen, Dienstleistungen und Kapital bereitgestellt. Nur dank der engen Verbundenheit der Schweiz mit den Weltmärkten war die gewaltige Bevölkerungszunahme in den vergangenen hundert Jahren, bei gleichzeitiger Erhöhung des Lebensstandards, möglich.

Etwa ein Drittel des schweizerischen Volkseinkommens wird im Ausland verdient. Da die Schweiz keine Zahlungsbilanzstatistik führt, ist man bei der Bestimmung der Struktur der schweizerischen Ertragsbilanz auf die Schätzungen angewiesen. Die Bedeutung der einzelnen Posten geht aus den folgenden Relativzahlen hervor.

Struktur der schweizerischen Ertragsbilanz

Jahresdurchschnitt 1948/1951		Einnahmen	Ausgaben
Handelsbilanz		69 %	87 %
Dienstleistungsbilanz			
Fremdenverkehr		10 %	4 %
Übrige Leistungen		13 %	6 %
Kapitalertragsbilanz		8 %	3 %

(Quelle: Außenwirtschaft 7, 1952, Heft 4, Seite 238)

In der Entwicklung der schweizerischen Ertragsbilanz seit den Jahren vor dem ersten Weltkrieg fällt die stetige Verminderung des Anteils der Kapitalertragsbilanz auf. Ebenfalls zurückgegangen, wenn auch nicht in gleichem Maße, ist der Anteil der Fremdenindustrie, die ganz besonders unter den durch die Schranken im internationalen Zahlungsverkehr dik-

tierten Austeritätsmaßnahmen zu leiden hatte. Eine entsprechend größere Bedeutung kommt dem Güterexport zu, der in drei Hauptwarengruppen aufgeteilt ist.

Ausfuhr nach Hauptwarengruppen im Jahre 1950

Lebensmittel	3,7 %
Rohstoffe	4,1 %
Fabrikate	92,2 %

(Quelle: Jahresbericht 1950 der schweiz. Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 5)

Die Fabrikatausfuhr, die in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg etwa drei Viertel des gesamten Ausfuhrwertes ausmachte, vermochte ihren Anteil in der Zwischenzeit stark zu erhöhen, so daß die beiden übrigen Hauptwarengruppen nur noch unbedeutende Posten darstellen. Die vier Hauptexportindustrien sind die auf Spezialmaschinen, Einzelkonstruktionen und Präzisionsgeräte eingestellte Maschinen- und Apparateindustrie, die auf hochentwickelter Forschung basierende chemisch-pharmazeutische Industrie, sowie die Uhren- und Textilindustrie, beide auf höchstwertige Veredelung eingestellt. Die Hauptexportindustrien steuern etwas mehr als drei Viertel zum Gesamtausfuhrwert der Schweiz bei.

Wertanteil der Hauptexportindustrien

in Prozent der Gesamtausfuhr im Jahre 1950

Metallindustrie	31,5
Uhrenindustrie	19,7
Chemische und pharmazeutische Industrie	15,0
Textilindustrie	12,6
	78,8

(Quelle: Jahresbericht 1950 der schweiz. Handelsstatistik, 2. Teil, S. 17)

Innerhalb des Fabrikatexportes trat seit dem ersten Weltkrieg eine starke Ausdehnung des Anteils der Produktionsmittel ein, während die Konsumgüterausfuhr einen starken Rückschlag erlebte. Durch diese Entwicklung wurde die Textilindustrie stark getroffen, deren Anteil am Ausfuhrwert vor dem ersten Weltkrieg noch 50 % ausgemacht hatte. Die Exportnachfrage ist nicht so unstabil, wie man erwarten könnte. Als Einkommenselastizität der Auslandsnachfrage nach schweizerischen Exportgütern, berechnet für die Periode 1924 bis 1951 (ausgenommen Kriegsjahre) nach den Volkseinkommen und Importen aus der Schweiz von dreizehn Abnehmerländern, die 70 % der schweizerischen Exporte aufnahmen, wurde 1,4 bis 1,5 ermittelt ¹⁾.

¹⁾ Francesco Kneschaurek, Struktur und Entwicklung der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz der Schweiz. Außenwirtschaft 7, 1952, Heft 4, Seite 236 ff.

Die Schwierigkeiten, denen sich die schweizerische Exportindustrie gegenüber sieht, gehen vorwiegend von den ausländischen Einfuhrbeschränkungen aus, die sich als Folge der Wirtschaftsdepression der Dreißigerjahre und der durch den zweiten Weltkrieg verursachten Störungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen immer mehr dem schweizerischen Export entgegenstellten und die Schweiz zwangen, ihre Einfuhr in den Dienst der Ausfuhr zu stellen. Die Restriktionen von seiten des Auslandes hatten bis zum Jahre 1949 einen großen Umfang angenommen. Es war somit nicht zu verwundern, daß die Abwertungswelle, welche die Weichwährungsländer im Herbst 1949 heimsuchte, in der Schweiz, die in besonderem Maße die Ausstrahlungen wirtschaftlicher Entwicklung im Ausland zu spüren bekommt und deren Gedeihen von den Absatzmöglichkeiten ihrer Exportindustrie auf den Auslandsmärkten abhängt, ernsthafte Befürchtungen auslöste.

Wenn man die erwarteten und die tatsächlich eingetretenen Auswirkungen der Abwertungen auf die schweizerische Wirtschaft und auf die schweizerische Exportindustrie im besonderen nach verschiedenen Jahres- und Konjunkturberichten und nach Zeitungsartikeln der Verbände beurteilen wollte, müßte man zu wenig günstigen Schlußfolgerungen gelangen. Selbst wo anhand der Ergebnisse eine nach wie vor günstige Lage zugegeben werden mußte, kommt oft eine pessimistische Note zum Vorschein, wobei nicht festzustellen ist, wie weit solche Äußerungen vom Zweckpessimismus diktiert waren. Die Hochkonjunktur der vorangegangenen Jahre und die Überbeschäftigung hatten dazu geführt, daß viele Kreise diese Lage als etwas Selbstverständliches betrachteten und ihre Betriebe auf einen in Realität anormalen Zustand ausrichteten. Es wurden bereits Befürchtungen laut, als sich eine normalisierende Rückbildung bemerkbar machte, wie dies in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 und im Jahre 1949 der Fall war. Als dann noch die Abwertungswelle die Währungen von über dreißig Ländern erfaßte, glaubte man in einigen Kreisen schon, ver einzelne Symptome verallgemeinernd, eine Krise stehe bevor.

II. Die ausländischen Abwertungen vom September 1949 bis März 1950

A. Der Ablauf

Der Ausdruck «Abwertung» (Devaluation) ist ein relativ junger Begriff, für den selbst in der Fachliteratur bis zum Beginn der großen Weltwirtschaftskrise eine genaue Umschreibung fehlt, sucht man doch noch in der 1923—1929 herausgegebenen vierten Auflage des Handwörterbuches für Staatswissenschaften vergeblich nach einem entsprechenden Artikel. Dieser Mangel ist allerdings seither eindrucklich beseitigt worden.

Seitdem im 19. Jahrhundert die Goldwährung mit den ihr charakteristischen Eigenschaften (weitgehende Stabilität der Wechselkurse und uneingeschränkte Freiheit des Transfers) eingeführt worden war, gibt es zwei Jahre, die durch Wechselkursänderungen von derart einschneidender Schärfe gekennzeichnet sind, daß man von einer «Abwertungswelle» sprechen kann, nämlich die Jahre 1931 und 1949. Obwohl in der Zwischenkriegszeit wie auch in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg eine ganze Reihe Änderungen von Wechselkursen stattfanden, wurden die Abwertungswellen in beiden Fällen von der Paritätsänderung des Pfund Sterling ausgelöst. Während man in der Periode vor der großen Wirtschaftskrise der trügerischen Hoffnung, ein Zeitalter des ruhigen Fortschrittes von Handel und Industrie habe angehoben, zum Opfer fiel, war man 1949, ein ausgesprochen besseres Jahr als 1931, realistischer und eher bereit, die notwendigen und unvermeidlich scheinenden Anpassungen vorzunehmen.

Die Verhältnisse, die zu den verschiedenen Abwertungen führten, hatten ihre tiefste Ursache in den durch den Krieg verursachten Schädigungen und Störungen. Die Gleichgewichtsstörungen in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen der westeuropäischen Länder bestanden in einem gegenüber der Vorkriegszeit stark gestiegenen Einfuhrbedarf, einer geringeren Exportleistung und im Verlust der aus Zinsen und Dienstleistungen anfallenden Deviseneinnahmen, die vor dem Kriege zur Bezahlung von Einfuhrüberschüssen zur Verfügung standen. Die vom Kriege betroffenen westeuropäischen Länder mußten Einfuhrüberschüsse in Kauf nehmen, wollten sie eine politisch und sozial unerträgliche Senkung des Lebensstandards vermeiden. Das Entstehen der «weichen» Währungen ist im wesentlichen zurückzuführen auf die Dollarknappheit, die inflationistischen

Tendenzen, welche die Entstehung des Passivsaldos der Ertragsbilanz zusätzlich begünstigten, und die Veränderung der intereuropäischen Wirtschaftsbeziehungen (Ausfall Deutschlands als Lieferant von Fabrikaten, der osteuropäischen Länder als Nahrungsmittel- und Rohstoffexportländer und Großbritanniens als zahlungskräftiges Importüberschußland). Die Folge dieser Veränderungen gegenüber den vom Kriege nicht oder nur wenig betroffenen Ländern war eine Verschlechterung der Kaufkraft der Währungen, die jedoch in den starr gehaltenen offiziellen Wechselkursen keinen Ausdruck finden konnte, so daß es zur bekannten Zweiteilung in harte und weiche Währungen mit den dazu gehörenden Bewirtschaftungsmaßnahmen und Einschränkungen kommen mußte.

Nach dem Zusammenbruch der Konvertibilität des Pfundes wurde die englische Zahlungsbilanz mit Hilfe eines großen Dollarkredites und des Marshall-Planes sowie mittels diskriminierender Importrestriktionen gegenüber den Hartwährungsländern knapp in Ordnung gehalten. Die schwierige Lage, in der sich Großbritannien und das Sterlinggebiet befanden, erfuhr eine plötzliche Verschärfung durch den Rückschlag, der sich in den Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte des Jahres 1949 einstellte. Die Erlöse aus dem Export von Rohstoffen, eine der wichtigsten Einnahmequellen des Sterlinggebietes, gingen infolge des Mengen- und Preisrückganges der Exporte nach den Vereinigten Staaten zurück, wobei der Preis des Kautschuks, der seit langem den größten Dollarertrag eingebracht hatte, unter den Vorkriegsstand fiel. Der Preisrückgang für viele wichtige Rohstoffe wurde dadurch noch akzentuiert, daß die Versorgungsschwierigkeiten der Nachkriegszeit weitgehend überwunden waren. Das Defizit der englischen Zahlungsbilanz begann nach einer Periode rückläufiger Tendenz im März 1949 wieder zu steigen und erreichte im August mit 55 Millionen Pfund die zur Zeit der Konvertibilitätskrise übliche Höhe. Die Preissenkungen, die am stärksten, jedoch nicht ausschließlich bei den Grundstoffen eintraten, ließen plötzlich alle Schwächen in Erscheinung treten, die sich bei einzelnen Ländern im Schutze der hohen Preise entwickelt hatten. Im Verlaufe der ersten Monate des Jahres 1949 sanken die Warenpreise in den Vereinigten Staaten, die sich bisher infolge der Preisüberwachungen in Großbritannien erheblich über den zu den jeweiligen Wechselkursen umgerechneten englischen Preisen bewegt hatten, unter das englische Preisniveau, wobei der Abstand im Herbst noch recht erheblich war. Eine weitere Belastung für die britischen Währungsreserven bildeten die Aufwendungen für Investitionen und Konsum in gewissen Ländern des Sterlinggebietes, die über die im Inland verfügbaren Mittel hinaus gingen. Dazu kamen die infolge der Schwierigkeiten der britischen Währungslage aufkommenden Abwertungsgerüchte, welche die ausländischen Importeure Aufträge und Zahlungen verzögern ließen, während die Importeure des Sterlinggebietes ihre Aktivität steigerten. Alle Möglichkeiten zu legaler und illegaler Kapitalflucht wurden ausgenützt. Wenn auch keine Zahlenangaben vorliegen, dürfen die ungünstigen Auswirkungen dieser Speku-

lationen gegen das Pfund auf die Zahlungsbilanz nicht unterschätzt werden. Die britischen Banknotenkurse in der Schweiz erfuhren im April und in den folgenden Monaten des Jahres 1949 eine ausgeprägte Abschwächung. Obwohl den freien Pfundkursen in Anbetracht der relativ geringen Umsätze keine zu große Bedeutung zugemessen werden durfte, stellte der Kursrückschlag ein wichtiges Symptom dar.

Diese Entwicklung zwang die britische Regierung im Sommer 1949, zu Notmaßnahmen Zuflucht zu nehmen. Die Importe aus dem Dollargebiet wurden, von wenigen Spezialfällen abgesehen, zeitweise eingestellt. Die Finanzminister der Commonwealth-Staaten brachten von einer Konferenz in London die Empfehlung nach Hause, sich der Absicht Großbritanniens anzuschließen, die eine Reduktion der Importe aus dem Dollargebiet auf 75 % des Standes von 1948 vorsah. Wenn auch diese Maßnahme die Pfundabwertung nicht mehr abzuwenden vermochte, war sie doch zu einem großen Teil für die Verbesserung der Dollarbilanz nach der Abwertung verantwortlich. Anfang September 1949 fanden Besprechungen der Finanzminister Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Kanadas statt, die mit der Aufstellung eines Zehn-Punkte-Programms endeten. Die darin aufgezählten Maßnahmen sollten zu einer Steigerung der Exporte nach dem Dollarraum und zu einer Senkung der britischen Produktionskosten führen. Die britische Regierung hatte, wie der Schatzkanzler bei der Bekanntgabe der Paritätsänderung mitteilte, den Abwertungsbeschluß schon vor der Konferenz der Finanzminister gefaßt. Dies erklärt die zuvor nur schwer verständliche Tatsache, daß die zehn Punkte eine Summe auffallend einseitiger amerikanischer und kanadischer Zugeständnisse zur Lösung des britischen Dollarproblems darstellten. Das Ende des leichten Rückschlages in den Vereinigten Staaten im Sommer 1949 brachte zunächst eine kleine Verbesserung. Es wurden jedoch nach wie vor erhebliche Dollarbeträge beansprucht, so daß die Währungsreserven Großbritanniens und des Sterlinggebietes bis zum Zeitpunkt der Abwertung auf 1340 Millionen Dollar zurückgingen, was einem Rückgang auf die Hälfte des Standes von Ende 1946 entsprach ¹⁾.

Am 18. September 1949 teilte die britische Regierung dem Internationalen Währungsfonds ihre Absicht mit, den Kurs des Pfundes im Verhältnis zum Dollar von \$ 4.03 auf \$ 2.80 herabzusetzen, was einem Abwertungssatz von 30,5 % entspricht. Der Internationale Währungsfonds erteilte unverzüglich seine Einwilligung. Wie erwartet, schloß sich der gesamte Sterlingblock diesem Schritt an. Einzig Pakistan machte eine Ausnahme. Das Ausmaß der britischen Abwertung, welches dokumentieren sollte, daß der neue Kurs als definitiv anzusehen sei, das jedoch unerwartet hoch ausfiel, setzte eine ganze Reihe weiterer Länder, die zum Teil ihre Währung erst vor kurzem neu stabilisiert hatten, in die Notwendigkeit, ihrerseits der britischen Maßnahme zu folgen. In Westeuropa waren es Dänemark, Nor-

¹⁾ 20. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Seite 157.

wegen, Schweden (das im Juli 1946 aufgewertet hatte), Finnland (das im Juli 1949 bereits um 15 % abgewertet hatte), die Niederlande und Griechenland, die sich der britischen Abwertung in ungefähr demselben Ausmaß anschlossen. Frankreich benützte die Gelegenheit, um mit seinem System differenzierter Wechselkurse aufzuräumen: der fortan für alle Geschäfte zur Anwendung gelangende «freie Marktkurs» wurde auf ffr 350 = 1 \$ festgesetzt, gegenüber ffr 272,60 für den Warenverkehr und ffr 330 für Kapitalüberweisungen und den Reiseverkehr vor der Abwertung. In Westdeutschland mußte die Festsetzung des neuen Wechselkurses im Einverständnis mit den Hohen Kommissaren der Besetzungsmächte geschehen; am 29. September 1949 wurde die Parität der Deutschen Mark von DM 3,33 = 1 \$ auf DM 4,20 = 1 \$ heraufgesetzt. Österreich entschloß sich am 22. November 1949 zu einer Abwertung, die den Auftakt zu verschiedenen Änderungen des Devisensystems bildete; der für normale Einfuhren anzuwendende effektive Kurs, bestehend zu 40 % aus dem Basiskurs für die Einfuhr lebenswichtiger Güter und zu 60 % aus dem Prämienkurs für die Einfuhr von Luxusgütern, wurde von 10,00 Sch = 1 \$ auf 21,36 Sch = 1 \$ erhöht. In Italien, wo die Hälfte der Devisenerlöse in Dollars oder Schweizerfranken auf dem freien Markt verkauft werden durfte, während der Rest den Devisenbehörden zum freien Durchschnittskurs des Vormonats (nach der Abwertung zu den täglichen Durchschnittskursen) zugeführt werden mußte, schnellte der Kurs am Tage nach den Abwertungen von 575 Lire = 1 \$ auf 636,50 Lire = 1 \$, um bis Ende Oktober wieder auf 625 Lire zu fallen; es war beschlossen worden, dem Geld- und Devisenmarkt während einiger Tage völlige Freiheit zu belassen, um zu ermöglichen, daß die Lire ihr natürliches Niveau finde. Belgien, dessen im Herbst 1944 festgesetzter amtlicher Kurs von 43,83 b.Fr. = 1 \$ infolge der verbesserten Währungslage immer mehr mit dem freien Kurs übereinstimmte, setzte einen neuen Kurs von 50 b.Fr. = 1 \$ fest. Spanien behielt die amtliche Parität zum Dollar bei, erhöhte jedoch die verschiedenen für die Ein- und Ausfuhr angewendeten Kurse der Peseta um 4 bis 30,5 %. In Portugal wurde der Dollarkurs von 25,025 Esc. auf 28,75 Esc. = 1 \$ heraufgesetzt. Island, das in ungefähr dem gleichen Ausmaße wie Großbritannien abgewertet hatte, führte im März 1950 eine weitere Abwertung auf 16,286 i.Kr. = 1 \$ durch.

Die Abwertungswelle griff auch auf verschiedene außereuropäische Länder über. Das Sterlinggebiet wurde bereits erwähnt. Ägypten, seit 1947 nicht mehr dem Sterlinggebiet angehörend, war durch die Tatsache, daß etwa die Hälfte seines Außenhandelsumsatzes mit dem Sterlinggebiet erfolgte, immer noch eng mit dem Pfund Sterling verbunden, so daß es die Parität zwischen seiner Währung und dem Pfund unverändert ließ. Etwa im gleichen Umfang wie Großbritannien werteten im Herbst 1949 Israel und Indonesien (das im März 1950 nochmals abwertete) ab. Kanada beeilte sich, seine Aufwertung vom Juli 1946, durch welche der Wert des kanadischen Dollars auf denjenigen des amerikanischen Dollars gebracht

worden war, rückgängig zu machen. Verschiedene Länder Südamerikas benützten den Anlaß zu Änderungen in ihren meist komplizierten Devisensystemen, deren Ergebnis meist Abwertungen waren, die im Ausmaß an die englische Abwertung herankamen oder sie noch übertrafen. Als wichtige Ausnahme ist Brasilien zu nennen, dessen Währungsreserven im scharfen Anstieg des Kaffeepreises eine unerwartete Stütze gefunden hatten.

Eindrückliches Fazit der Abwertungswelle ist die Tatsache, daß bereits innerhalb einer Woche rund zwanzig Länder, die zu zwei Dritteln am gesamten Welthandel beteiligt waren, abgewertet hatten.

Änderungen einiger wichtiger Wechselkurse vom 15. September 1949 bis 31. März 1950

Sterlinggebiet	— 30,5 %	Finnland	— 30,4 %
Dänemark	— 30,5 %	Niederlande	— 30,2 %
Norwegen	— 30,5 %	Frankreich	— 22,1 %
Schweden	— 30,5 %	Deutschland	— 20,7 %
Griechenland	— 33,3 %	Portugal	— 13,0 %
Argentinien	— 46,7 %	Belgien/Luxemburg	— 12,7 %
Österreich	— 53,2 %	Kanada	— 9,1 %
Island	— 60,2 %	Italien	— 8,0 %

(Quelle: 20. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Seite 160)

Allgemein ist festzustellen, daß auch Länder, in denen nicht die gleichen Voraussetzungen wie im Sterlinggebiet bestanden und die nicht die gleiche Abhängigkeit vom englischen Markt aufwiesen, wie zum Beispiel Skandinavien, im großen und ganzen auch im Ausmaß der englischen Abwertung schematisch folgten, was dem Ziel der Paritätsänderungen, die Herstellung des Gleichgewichtes zwischen den einzelnen Staaten, nicht gerade förderlich war.

Im Anschluß an die Abwertungen machte sich zunächst ein starker Pesimismo bemerkbar. Die Banknotenkurse der englischen und einer Reihe anderer Währungen wurden trotz der Paritätsänderungen mit einem ziemlich starken Disagio notiert, was zu Befürchtungen Anlaß gab, es könnten sich Krisenjahre einstellen. Zu Beginn des Jahres 1950 sprachen jedoch verschiedene Gründe für eine Besserung der Aussichten. Die Konjunktur-entwicklung in den Vereinigten Staaten, die bereits kurz vor der Abwertungswelle wieder durch eine Aufwärtsbewegung gekennzeichnet war, festigte sich weiterhin. Das daraus resultierende Anziehen der amerikanischen Einkäufe von industriellen Rohstoffen trug zu einer erheblichen Stärkung der Währungsreserven bei. Die gleiche Wirkung zeitigte das Nachholen von Käufen, die in Erwartung der Abwertung aufgeschoben worden waren.

B. Die Auswirkungen auf die schweizerischen Währungsreserven und auf die Devisenkurse

Der Bestand an Gold und deckungsfähigen Devisen der schweizerischen Nationalbank wies seit April 1948 mit einer kurzen Unterbrechung steigende Tendenz auf. Mitte September 1949 betrugen die Währungsreserven 6592 Millionen Franken, nachdem sie seit Ende Juli, das vom Bund im August zu Sterilisierungszwecken übernommene Gold eingerechnet, um 195 Millionen Franken zugenommen hatten. Die Erschütterung der internationalen Währungsverhältnisse infolge der Abwertung löste eine starke Nachfrage nach Devisen aus, so daß sich der Goldbestand der Nationalbank von Mitte bis Ende September um 123 Millionen Franken verringerte. Der Goldabgang wäre noch etwas größer ausgefallen, wenn nicht im Rahmen von Zahlungsabkommen Goldzedierungen ausländischer Notenbanken stattgefunden hätten. Die Devisenreserven nahmen in der gleichen Zeit um 124 Millionen Franken ab, so daß die Währungsreserven in den beiden Wochen nach den Abwertungen im Betrage von 247 Millionen Franken beansprucht wurden. Dazu hatte der Bund die Nachfrage nach anderen als nach Dollardevisen in ungefähr dem gleichen Betrag zu befriedigen, was aus den Devisenguthaben im Rahmen der Zahlungsabkommen geschah, wodurch sich eine entsprechende Verminderung der Kredite an das Ausland ergab. So sanken die schweizerischen Sterlingguthaben zufolge umfangreicher Pfundverkäufe an schweizerische Schuldner für Zahlungen nach dem Sterlinggebiet innert weniger Tage von 15 Millionen Pfund auf 7,5 Millionen Pfund. Die vom Bund gehaltenen Goldbestände wurden nicht betroffen. Der Abfluß von Gold und deckungsfähigen Devisen kam praktisch bereits Ende September zum Stillstand. Ab Mitte Oktober war wieder eine Zunahme zu registrieren, die allerdings zum großen Teil auf eine Überweisung der Vereinigten Staaten zurückzuführen war. Weitere Einnahmen an Gold und Devisen erfolgten im Rahmen der Zahlungsabkommen. Die im November erfolgte Zunahme der Währungsreserven war hauptsächlich durch die Liquidierung des schweizerisch-belgischen Zahlungsabkommens, das vor den Abwertungen durch die belgische Regierung gekündigt worden war, verursacht. In der Folge nahmen die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen der Nationalbank, abgesehen von einem kleinen Rückschlag im Februar 1950 infolge Goldzessionen an ausländische Notenbanken im Zusammenhang mit der Kreditgewährung schweizerischer Banken an das Ausland, bis April 1950 zu. Von April bis Mai übernahm der Bund zusätzlich Gold- und Dollareingänge, die sich als Folge zwischenstaatlicher Zahlungsoperationen ergaben, im Betrage von über 100 Millionen Franken, um eine weitere Verflüssigung des Geldmarktes durch zusätzliche Geldschöpfung in möglichst engen Schranken zu halten. Die ab Mai 1950 einsetzende Abnahme der Währungsreserven, die durch Goldabtretungen zum Ausgleich der Spitzen im bilateralen Zahlungsverkehr verursacht war, zeigte eine Ten-

denzänderung in der Gestaltung des schweizerischen Außenhandels an. Infolge der Ereignisse in Korea erfuhren die Einfuhren eine außerordentliche Erhöhung, was zu einem zunehmenden Handelsbilanzdefizit führte.

Währungsreserven der Schweizerischen Nationalbank
in Millionen Franken

	Gold	Deckungsfähige Devisen	Total	Veränderung
1949				
30. Juni	5997,8	416,2	6414,0	
30. Juli	6160,1	362,2	6522,3	+ 108,3
31. August	6236,5	327,5	6564,0	+ 41,7
7. September	6280,6	296,2	6576,8	+ 12,8
15. September	6280,9	311,5	6592,4	+ 15,6
23. September	6289,5	303,4	6592,9	+ 0,5
30. September	6157,6	188,1	6345,7	— 247,2
7. Oktober	6154,8	186,1	6340,9	— 4,8
15. Oktober	6149,1	191,7	6340,8	— 0,1
22. Oktober	6147,9	235,6	6383,5	+ 42,7
31. Oktober	6161,7	254,4	6416,1	+ 32,6
30. November	6201,5	251,0	6452,5	+ 36,4
31. Dezember	6240,2	259,9	6500,1	+ 47,6
1950				
31. Januar	6254,5	269,0	6523,5	+ 23,4
28. Februar	6231,8	263,7	6495,5	— 28,0
31. März	6248,9	273,6	6522,5	+ 27,0
29. April	6243,2	296,0	6539,2	+ 16,7
31. Mai	6239,1	297,0	6536,1	— 3,1
30. Juni	6251,7	282,3	6534,0	— 2,1
31. Juli	6200,2	307,6	6507,8	— 26,2
31. August	6144,5	350,8	6495,3	— 12,5

(Quelle: Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank)

Betrachtet man die unmittelbaren Auswirkungen der Abwertungen auf die Währungsreserven, die sich, die Verminderung der Devisenguthaben des Bundes eingerechnet, in einem Abfluß im Betrage von rund einer halben Milliarde Franken manifestierten, und die nachfolgende, allerdings durch außerordentliche Einnahmen etwas beschönigte Entwicklung, so muß die Verminderung im Verhältnis zum Totalbestand an Währungsreserven und bei Berücksichtigung des außerordentlichen Ausmaßes der Abwertungswelle als bescheiden angesehen werden, ein Zeugnis für die starke Position des Schweizerfrankens. Die technische Lage der schweizerischen Währung war derart stark, daß man ruhig den Abzug bedeutender Mittel in Kauf nehmen konnte.

Im Anschluß an die ausländischen Abwertungen fand, durch Zweifel an der Aufrechterhaltung der bisherigen Parität des Schweizerfrankens ausgelöst, während kurzer Zeit ein Kapitalabfluß aus der Schweiz, vornehm-

lich nach den Vereinigten Staaten statt. Dies hatte zur Folge, daß der Kurs des sogenannten Finanzdollars (die Schweizerische Nationalbank gab im allgemeinen gegen Gold und Dollars aus dem Kapitalverkehr keine oder nur in beschränktem Umfang Schweizerfranken ab, da man es für wichtig erachtete, keine neue Kaufkraft ohne Verbindung mit Handelsumsätzen oder ähnlichen Geschäften zu schaffen; daher wurde der freie Kurs des Finanzdollars mit einem Disagio gegenüber dem amtlichen Kurs notiert), der sich um Fr. 3.97½ pro Dollar bewegt hatte, sich der offiziellen Notierung von Fr. 4.28 anglich. Der Bundesrat und die Nationalbank kamen deshalb überein, die noch bestehenden Einschränkungen im Dollarzahlungsverkehr am 23. September 1949 aufzuheben. Drei Tage später setzte die Nationalbank den Abgabekurs für Dollars auf Fr. 4.37½ herauf. Der Kurs entsprach damit wieder der offiziellen Goldparität des Schweizerfrankens, wie sie sich aus einer Abwertung von genau 30 % im Jahre 1936 ergab. Der freie Dollarkurs fiel in der Folge rasch unter Fr. 4.30. Die Heraufsetzung des Dollarkurses bedingte eine geringfügige Korrektur der im Anschluß an die Abwertungen neu errechneten Wechselkurse in den Zahlungsabkommen, die den Zahlungsverkehr zwischen der Schweiz und sechs Abwertungsländern regelten.

Belgien erachtete nach der Abwertung den Zeitpunkt für die Liberalisierung des Zahlungs- und Warenverkehrs mit der Schweiz als gekommen, womit erstmals nach dem zweiten Weltkrieg eine starre bilaterale Bindung zwischen zwei Ländern aufgehoben war; der amtliche Wechselkurs wurde von einem sich innerhalb bestimmter Grenzen bildenden freien Kurs abgelöst. Bei den Notierungen für Banknoten am freien Markt war ein fast vollständiges Verschwinden der Disparität zwischen dem freien und dem amtlichen Wechselkurs beim französischen Franken und bei der Lira festzustellen, während sich die Disparität bei den englischen, holländischen und schwedischen Banknoten auf etwa 10 %, bei den deutschen Banknoten auf etwa 20 % verminderte ¹⁾.

C. Die Stellungnahme des Bundesrates

Am Mittag des 17. September 1949 wurde dem Eidgenössischen Politischen Departement von der britischen Gesandtschaft eine Note überreicht, in welcher der Bundesrat von der am folgenden Tag erfolgenden Abwertung der britischen Währung in Kenntnis gesetzt wurde. In seiner Antwort, die am 19. September der britischen Regierung erteilt und am gleichen Tage veröffentlicht wurde, gab der Bundesrat seiner Entschlossenheit Ausdruck, die bisherige Parität des Schweizerfrankens unangetastet zu lassen. Er bestätigte diese Erklärung am 23. September, nachdem eine große Zahl weiterer Länder abgewertet hatte.

¹⁾ 20. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Seite 171 ff.

Der Bundesrat stützte sich im wesentlichen auf folgende Erwägungen: Die Knappheit an Dollars und Schweizerfranken, der sich die Abwertungsländer gegenüber sehen, macht eine Anpassung der Wechselkurse an die realen Austauschverhältnisse unumgänglich. Die Versuche einzelner Länder, den Schwierigkeiten durch Maßnahmen handels- und wirtschaftspolitischer Art zu begegnen, können unter diesen Umständen keine dauernde Lösung bringen. Der schweizerische Außenhandel wurde von diesen Verhältnissen immer mehr betroffen, indem die zurückgehenden Importe aus den Weichwährungsländern den Anfall von Schweizerfranken für die Berücksichtigung der durch die hohen Wechselkurse angeregten Exportwünsche immer mehr verhinderten. Die Schweiz mußte deshalb mehr und mehr zu autonomen oder auf bilateralem Wege vereinbarten Maßnahmen schreiten, welche die Korrektur der überhöhten Wechselkurse zum Zweck hatten. Solche Maßnahmen wären jedoch auf die Dauer sowohl für unseren Außenhandel als auch für denjenigen unserer Handelspartner untragbar gewesen. Die Abwertung erschien deshalb als einziges Mittel für eine Normalisierung des internationalen Güter- und Zahlungsverkehrs. Bei Wirtschaftsverhandlungen sah sich die Schweiz infolge der ausländischen Restriktionen immer wieder gezwungen, die Einfuhr in den Dienst der Ausfuhr zu stellen. Die Änderungen der Paritäten zum Schweizerfranken dürften eine merkliche Erhöhung der Einfuhren bewirken, wodurch dem Ausland wieder mehr Devisen für Käufe in der Schweiz zur Verfügung stehen werden, dies um so mehr, als der Zahlungsverkehr mit den meisten der Abwertungsländer bilateral gebunden ist, so daß die Erlöse aus den Exporten nach der Schweiz nicht anderweitig verwendet werden können. Die bisherigen Schwierigkeiten der Ausfuhr aus der Schweiz nach den Weichwährungsländern waren nicht in erster Linie ein Preisproblem, sondern ein Problem des Mangels an Devisen. Die Abwertungen sollten zu einer Entspannung der handelspolitischen Fronten und zu einer Auflockerung des Kontingentierungssystems führen. Die schweizerischen Unterhändler müssen bei den Verhandlungen mit unseren Handelspartnern unter Hinweis auf die geänderte Währungssituation auf eine Aufhebung der oftmals einschneidenden Diskriminierungen aller Art gegenüber der Schweiz, die unsere Verhandlungen in den letzten Jahren in steigendem Maße erschwert haben, dringen. Es ist zu erwarten, daß die in letzter Zeit stark zurückgehenden Importe wieder einer umgekehrten Entwicklung Platz machen. Den Befürchtungen, die in gewissen am sichtbaren und unsichtbaren Export interessierten Kreisen laut werden, ist weiter entgegenzuhalten, daß nur etwa die Hälfte der schweizerischen Ausfuhren durch die Abwertung betroffen werden. Da die Abwertungen eine Berichtigung der den realen Austauschverhältnissen in keiner Weise mehr entsprechenden Paritäten bezweckten, wäre es verfehlt, wenn sich die Schweiz diesen Maßnahmen ebenfalls anschließen würde. Die Beibehaltung der bisherigen Parität stellt einen konstruktiven Beitrag an die Normalisierung der Weltwirtschaft dar, den die Schweiz angesichts ihrer großen Währungsreserven und der hohen

Geldflüssigkeit zu leisten in der Lage ist. Nicht zuletzt muß darauf hingewiesen werden, daß eine Abwertung des Frankens zur Verminderung des Realwertes von Sparguthaben und Renten aller Art führen würde.

Immerhin erklärte sich der Bundesrat bereit, die Lage mit den sich besonders betroffen fühlenden Wirtschaftskreisen zu besprechen und geeignete Maßnahmen zu einer Milderung oder Behebung der sich einstellenden Nachteile zu erwägen ¹⁾.

D. Die erwarteten Auswirkungen der ausländischen Abwertungen auf den schweizerischen Außenhandel

1. Negative Auswirkungen

Der überraschend hohe Abwertungssatz, den der Großteil der Abwertungsländer zur Anwendung brachte, ließ in weiten Kreisen, insbesondere der interessierten Wirtschaftszweige der Export- und Binnenindustrie, Befürchtungen über die zukünftige Gestaltung des schweizerischen Außenhandels aufkommen. Bei oberflächlicher Betrachtung der Situation mußte die Vermutung nahe liegen, daß infolge der Verbilligung der Importe aus den Abwertungsländern der schweizerische Markt mit ausländischen Erzeugnissen überschwemmt werde, während gleichzeitig der schweizerische Export infolge der Verteuerung (in den abgewerteten Währungen gerechnet) seiner Produkte und infolge der verbesserten Konkurrenzlage der Abwertungsländer in Drittländern einer Krise gegenüberstehe. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die seit dem Jahre 1921 weitgehend unverändert gebliebenen Tarife des Gebrauchszolltarifes hingewiesen. Infolge der Geldentwertung belief sich die Zollbelastung im Jahre 1949 durchschnittlich auf etwa 9 % des Einfuhrwertes ²⁾, eine Belastung, die sich im Vergleich zu den ausländischen Schutzzöllen mehr als bescheiden ausnahm.

2. Positive Auswirkungen

Von ganz anderen Erwägungen gingen der Bundesrat und die Nationalbank aus, als sie vor der Entscheidung standen, ob auch der Schweizerfranken im Anschluß an die umfangreichen Paritätsänderungen im Ausland abzuwerten sei. Der Entschluß, die bisherige Parität unverändert beizubehalten, beruhte im wesentlichen auf folgenden Erwartungen:

1. Gefahr inflatorischer Preisauftriebe in den sich im Stadium annähernder Vollbeschäftigung befindenden Abwertungsländern; Aussicht auf eine

¹⁾ Vgl. Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat, 1949, Seite 755 ff.

²⁾ Revue économique et sociale 8, 1950, No. 2, Seite 78.

— im Gegensatz zu den Dreißigerjahren — raschere Beseitigung des Abwertungsvorteils.

2. Verminderung der durch die Abwertungsländer erlangten Preisvorteile durch die dort eingetretene Erhöhung der Einfuhrpreise für Importe aus Nichtabwertungsländern.

3. Neukalkulation der schweizerischen Exportpreise infolge Verbilligung der Einfuhren aus den Abwertungsländern und aus der Möglichkeit, die in einzelnen Exportindustriezweigen recht ansehnlichen Gewinnmargen zu komprimieren.

4. Verlagerung der schweizerischen Einfuhren von den Nichtabwertungsländern auf die an Devisenmangel leidenden Abwertungsländer, somit Verbesserung der Alimentierung des bilateral gebundenen schweizerischen Außenhandels.

5. Spürbare Lockerung der gegen die Länder mit harter Währung gerichteten handelspolitischen Maßnahmen.

6. Steigerung der seit einem Jahr ständig zurückgehenden schweizerischen Importe, dadurch vermehrte Möglichkeiten, die Einfuhr in den Dienst der Ausfuhr zu stellen.

III. Der schweizerische Außenhandel vom Ende des zweiten Weltkrieges bis 1951

A. Die Periode vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zu den Abwertungen

Um die Position des schweizerischen Außenhandels zum Zeitpunkt der Abwertungen beurteilen zu können, ist es notwendig, die Entwicklung in der ersten Nachkriegszeit kurz aufzuzeigen.

Nach Kriegsende sahen sich die schweizerischen Exporteure einer Vielzahl von künstlichen Hindernissen gegenüber, die verhinderten, daß sich der schweizerische Außenhandel der im Ausland vorhandenen Nachfrage entsprechend entwickeln konnte. Der Großteil der Währungen und das internationale Kreditsystem hatten unter dem Einfluß des Weltkrieges schwer gelitten. Die Lage war allerdings wesentlich verschieden von derjenigen des Jahres 1918. Im ersten Weltkrieg wurde die Goldwährung nur vorübergehend aufgehoben, mit der Absicht, so rasch als möglich zu ihr zurückzukehren. Vom zweiten Weltkrieg wurden viele Währungen, kaum hatten sie mittels Abwertungen, Deflation und Devisenbewirtschaftung mühsam zu einem labilen Gleichgewicht gefunden, erfaßt ¹⁾. Die Wiederaufnahme der internationalen Handelsbeziehungen setzte voraus, daß zunächst der Zahlungsverkehr zwischen den einzelnen Ländern neu geordnet wurde. Dem im Jahre 1944 gegründeten Internationalen Währungsfonds haftete der Nachteil an, daß entgegen den von Keynes vorgelegten Vorschlägen nur den Schuldnerstaaten, nicht aber den Gläubigerländern Vorschriften über die zu betreibende Wirtschafts- und Währungspolitik gemacht werden konnten ²⁾. Die Bemühungen zur Errichtung eines neuen internationalen Währungssystems und zum gleichzeitigen Abbau der Handelsrestriktionen waren nur von geringen Erfolgen gekrönt. Die relativ stabilen Wechselkurse waren einer straffen Kontrolle des Außenhandels zu verdanken ³⁾.

Mit Ausnahme der Schweiz sahen sich alle westeuropäischen Länder gezwungen, zur Devisenzwangswirtschaft Zuflucht zu nehmen. In Anbetracht der mancherorts zerstörten Produktionsstätten und der zerrütteten Wirtschaftsverhältnisse wären die Währungen vieler Länder infolge der unge-

¹⁾ Vgl. Andreas Predöhl, Außenwirtschaft. Göttingen 1949. Seite 304.

²⁾ Vgl. ebenda, Seite 312.

³⁾ Vgl. Brian Tew, International Monetary Co-operation 1945—1952. London 1952. Seite 149.

nügenden Währungsreserven ohne Restriktionen des internationalen Zahlungsverkehrs aufs schwerste gefährdet gewesen. Nur solche Güter und Dienstleistungen, die als lebensnotwendig betrachtet wurden (essentials), wurden aus dem Ausland bezogen, um die spärlich vorhandenen Devisen bestmöglich auszunützen. Darunter hatte in großem Maße die schweizerische Exportindustrie, die zu einem bedeutenden Teil Güter und Dienstleistungen hervorbringt, welche nicht zum notwendigen Lebensbedarf gezählt werden, zu leiden. Unter den Exportgütern der Schweiz gelten in der Hauptsache Maschinen und Apparate, Farbstoffe und Pharmazeutika als lebensnotwendig. Von der gesamten schweizerischen Ausfuhr bezeichneten die wichtigsten Abnehmerländer im allgemeinen mehr als drei Viertel als non essentials ¹⁾. Im übrigen unternahm kein Land ernsthafte Versuche, im gleichen Maße die Herstellung von non essentials durch die eigene Industrie zu hemmen, wie es deren Einfuhr abwehrte, so daß sich unter dem künstlichen Schutz der Devisenbewirtschaftung im Inland derartige Industriezweige entwickeln konnten, welche die ohnehin knappen Produktionsmittel den für die Entwicklung der Wirtschaft wichtigen Industrien entzogen. Die Folge war, daß Produktionsgüter und Halbfabrikate vermehrt importiert werden mußten, was die Devisensituation weiter verschlechterte.

Die Schweiz sah sich deshalb gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und den «harten» Schweizerfranken gegenüber Ländern mit Devisenbewirtschaftung ebenfalls «weich», d. h. unkonvertibel zu gestalten. Ziel dieses erzwungenen Abwehrbilateralismus war, die Einfuhr in den Dienst der Ausfuhr zu stellen, d. h. über die Verwendung der Frankenbeträge, die dem Ausland durch die hohe, die starke Kaufkraft manifestierende Einfuhr der Schweiz anfielen, mitzubestimmen. Es konnte nicht passiv hingenommen werden, daß die Mittel, die sich die Handelspartner durch ihre Lieferungen nach der Schweiz verschafften, nach dem Gutdünken ausländischer Devisen- und Planbehörden verwendet wurden, ohne Rücksicht auf die traditionelle Struktur der schweizerischen Exportindustrie. Die Abwehr gegen planwirtschaftliche Übergriffe war um so mehr gerechtfertigt, als die Schweiz den zu einem großen Teil ebenfalls aus non essentials bestehenden Einfuhren keinerlei Hindernisse in den Weg legte. Die notwendige enge Verknüpfung zwischen Einfuhr und Ausfuhr ließ in den meisten Kreisen die Erfordernis einer möglichst liberalen Einfuhrpolitik bewußt werden, was innenpolitisch von großem Nutzen war.

In der Vorkriegs- und Kriegszeit bestanden zwischen der Schweiz und dem Ausland eine ganze Reihe von Clearingverträgen. Da das Clearingsystem von Deutschland mißbraucht worden war, wurde an der Währungskonferenz von Bretton Woods eine neue Konzeption der bilateralen Transferabwicklung in Gestalt der Zahlungsabkommen gefunden, bei denen an

¹⁾ Hermann Hauswirth. Einige Bemerkungen zur Lage der schweizerischen Handelspolitik. Schweizer Verkehrs- und Industrie-Revue 21, 1949, April, Seite 43.

Stelle der globalen Verrechnung über zentrale Konten die Wiedereinschaltung der privaten Banken, unter Kontrolle der staatlichen Devisenbehörden, durch die Dezentralisierung des Zahlungsverkehrs ermöglicht wird. Das Zahlungsabkommen weicht von der strengen Forderung des Ausgleichs von Forderungen und Leistungen, wie sie das Clearingsystem vorsieht, ab, indem sich die Notenbanken der Vertragspartner bis zu einem festgesetzten Höchstbetrag Vorschüsse in ihrer eigenen Währung gewähren. Die Kreditlimite übersteigende Forderungen werden durch Goldüberweisungen beglichen.

Die Schweiz, die bisher das Hauptgewicht auf die Clearingverträge gelegt hatte, sah sich genötigt, ihre Außenhandelspolitik der im Ausland dominierenden Entwicklung anzupassen. Da die Alliierten das Clearingsystem als Folge der mit Deutschland gemachten Erfahrungen konsequent ablehnten, schloß die Schweiz neben den Clearingverträgen eine Reihe von Zahlungsabkommen ab. Die ersten Erfahrungen waren durchaus günstig. Der Nachholbedarf brachte es mit sich, daß die Einfuhren derart hoch ausfielen, daß die in den Zahlungsabkommen vorgesehenen Kredite von einzelnen Handelspartnern zunächst nicht beansprucht wurden. Bald begann jedoch die Kreditklausel zu spielen, und Mitte 1948 waren die im Rahmen von Zahlungsabkommen gewährten Kredite im Betrage von 796 Millionen Franken bereits zu rund vier Fünfteln ausgenützt. Die beiden größten Kredite, an Frankreich und Großbritannien, im Betrage von 340 bzw. 260 Millionen Franken waren nahezu vollständig beansprucht ¹⁾. Die Kreditgewährung, deren Bedingungen in einigen Fällen nicht einmal die dem Bund durch die Mittelbeschaffung entstehenden Kosten deckte, erfolgte im übrigen nicht nur aus wirtschaftlichen Beweggründen; sie war auch als selbstverständliche Hilfeleistung der Schweiz an die vom Kriege betroffenen Handelspartner gedacht. Für den Ausgleich der die Kredite übersteigenden Defizite erfüllten zunächst die vorgesehenen Goldüberweisungen ihren Dienst, am umfangreichsten im Zahlungsverkehr mit Großbritannien. Die Goldreserven der ausländischen Staaten waren jedoch dem Ansturm nicht lange gewachsen. Die Einfuhren aus der Schweiz mußten auf ein Maß gedrosselt werden, bei dem keine Goldüberweisungen erforderlich waren. Daß den betroffenen Ländern alles daran lag, die knappen Devisen möglichst nur für lebensnotwendige Güter zu verausgaben, ist verständlich. Unter diesen Umständen kamen die Zahlungsabkommen in ihren Auswirkungen dem starren Clearingsystem gleich; der einzige Unterschied bestand noch in der Dezentralisierung des Zahlungsverkehrs.

Die Gründe der Zahlungsbilanzstörungen, die sich im Verkehr mit einer ganzen Anzahl Länder einstellten, waren verschiedener Natur. Auf der Ausfuhrseite manifestierten die im Wiederaufbau begriffenen Länder derart umfangreiche Bezugswünsche, daß eine Befriedigung im Rahmen der festgesetzten Exportkontingente unmöglich war. Diese Exportkontin-

¹⁾ Vgl. 37. Bericht des Bundesrates vom 26. September 1948.

gente hatten sich nach den Einfuhrmöglichkeiten zu richten, die infolge der mangelnden Lieferfähigkeit der kriegsgeschädigten Länder und der den Export nach der Schweiz hemmenden Währungs- und Preisverhältnisse nur ungenügend waren. Ferner mußte ein Teil der ausländischen Exporterlöse zur Deckung der Verpflichtungen aus dem unsichtbaren schweizerischen Export abgezweigt werden. Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes sah sich gezwungen, die ursprünglich für Überwachungszwecke vorgesehene wertmäßige Kontingentierung der Ausfuhr bei gewissen Ländern mehr und mehr zu einer Ausfuhrbeschränkung auszugestalten, zunächst durch die Ausfuhrbewilligungspflicht, ab Juni 1950 durch die Überwachung der Auszahlungen im gebundenen Zahlungsverkehr ¹⁾.

Trotz Marshall-Hilfe, fortschreitender Überwindung der Inflationszustände und langsamer Normalisierung der Produktivität wurde die Zahl der Länder, in denen sich eine Zahlungsbilanzkrise, insbesondere ein Mangel an Dollars und Schweizerfranken bemerkbar machte, immer größer, womit auch die Außenhandelsrestriktionen immer drückender wurden. Obwohl Anstrengungen unternommen wurden, um die Freiheit des internationalen Zahlungsverkehrs in vermehrtem Maße zu gewährleisten, nahm der Anteil des schweizerischen Außenhandels, der sich noch im freien Zahlungsverkehr abwickelte, beständig ab.

*Außenhandel im gebundenen Zahlungsverkehr
in Prozent der gesamten Ein- bzw. Ausfuhr*

	1946	1947	1948	1949
Einfuhr	54,8	59,8	58,0	64,4
Ausfuhr	53,0	59,2	66,0	69,0

(Quelle: Jahresbericht 1949 der schweiz. Handelsstatistik, 1. Teil, Seite 6)

Als Folge der sinkenden Einfuhrwerte und der zunehmenden Handelsbilanzschwierigkeiten mußten die Abkommen über den Außenhandel mit verschiedenen Handelspartnern einer Revision unterzogen werden. In der Zeit von Kriegsende bis Ende 1948 wurden nicht weniger als hundert Vereinbarungen mit insgesamt 25 Ländern abgeschlossen ²⁾. Diese starke handelspolitische Aktivität war ein eindrücklicher Beweis für die Kurzfristigkeit der Übereinkommen. Während in der ersten Zeit nach dem Kriege die Befriedigung des Nachholbedarfes an wichtigen Gütern das Hauptanliegen war, vollzog sich schon sehr bald die Wendung zur Abwehr der sich gegen die schweizerische Exportindustrie auftürmenden ausländischen Restriktionsmaßnahmen. Es waren oft auf mehrere Etappen sich verteilende, monatelang sich hinziehende hartnäckige Verhandlungen nötig, bis ein für

¹⁾ Vgl. 41. Bericht des Bundesrates vom 9. August 1950.

²⁾ Hermann Hauswirth, Handelspolitik und internationale Zusammenarbeit der Schweiz. Orientierungen der Schweizerischen Volksbank, Februar 1949.

beide Teile annehmbarer Kompromiß gefunden werden konnte. Der Schweiz wurde zugemutet, ihre liberale Einfuhrpolitik fortzusetzen, während die Abnehmerländer nur für wenige, als essentials betrachtete Warenkategorien, insbesondere Produktionsgüter, Schweizerfranken verausgaben wollten. Daß sich die handelspolitischen Abwehrmaßnahmen des Auslandes insbesondere gegen non essentials wandte, wurde auch deutlich durch die Tatsache, daß die schweizerischen Ausfuhren ab 1947 in zunehmendem Maße spezifisch schwerer wurden, zum Nachteil der arbeits- und kapitalintensiven, rohstoffarmen Exportprodukte. Die schweizerischen Verhandlungsdelegationen hatten alle Mühe, zu Kompromissen zu gelangen, die so weit als möglich dem Exportprogramm entsprachen. Die bereits erwähnte Exportkontingentierung war eine wesentliche Hilfe zur Durchsetzung der schweizerischen Exportwünsche ¹⁾. Es war jedoch nicht zu vermeiden, daß immer wieder viele Wünsche unberücksichtigt bleiben mußten und Erwartungen enttäuscht wurden. Dank den hohen schweizerischen Währungsreserven konnten die schweizerischen Importeure ihre Bezüge in erster Linie nach den Preisen und Qualitäten, die jedes Land anbieten konnte, richten. Eine durch staatliche Maßnahmen herbeigeführte generelle Verlagerung der Importe zu Gunsten von Ländern, mit denen sich der Außenhandel auf bilateraler Basis abwickelte, hätte einen starken Eingriff in das Konkurrenzsystem dargestellt. Derartige Maßnahmen wären in einer Periode starker Arbeitslosigkeit in der Exportindustrie als Notbehelf annehmbar gewesen; in der herrschenden Hochkonjunktur waren sie jedoch nicht am Platze, schon mit Rücksicht auf die Bemühungen zur Preis- und Lohnstabilisierung. Immerhin ließen es handelspolitische Erwägungen den verantwortlichen Behörden angezeigt erscheinen, bei einzelnen Massengütern eine gewisse Lenkung der Einfuhren vorzunehmen.

Das im Jahre 1947 abgeschlossene Allgemeine Abkommen über Zölle und Handel (GATT), das die Beseitigung der Zollmauern und quantitativen Restriktionen erstrebte, brachte für die Schweiz nur geringe Vorteile über die Meistbegünstigungsverträge. In der Mitte des Jahres 1949 faßte der Rat der 1948 geschaffenen Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE), der auch die Schweiz beigetreten war, zwei Beschlüsse, wonach die Mitgliedstaaten verpflichtet wurden, ihre quantitativen Einfuhrbeschränkungen progressiv abzubauen. Wie in ähnlichen Abkommen der Nachkriegszeit (Internationale Währungskonvention, Welthandels-Charta, GATT) bestand aber auch hier für die Länder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten die Möglichkeit, die Beschränkungen in den Fällen aufrecht zu erhalten, in denen bei der Befolgung des Liberalisierungsbeschlusses untragbare Verluste an Währungsreserven die Folge gewesen wären ²⁾. In den zwischen den Mitgliedern der OECE im Oktober

¹⁾ Vgl. 37. Bericht des Bundesrates vom 26. August 1948.

²⁾ Vgl. Hans Bachmann, Diskriminierung gegen die Schweiz? Außenwirtschaft 4, 1949, Heft 3, Seite 165 ff.

1948 und September 1949 abgeschlossenen Abkommen über den Zahlungs- und Kompensationsverkehr, die mit Beiträgen der Marshall-Hilfe zur Deckung von Zahlungsbilanzdefiziten verbunden waren und denen der Nachteil anhaftete, daß die zu kompensierenden Saldi teils aus Hart-, teils aus Weichwährungen bestanden, nahm die Schweiz als Nichtempfängerin der amerikanischen Hilfe eine Sonderstellung ein, indem sie sich in jedem einzelnen Falle das Recht zur Annahme oder Ablehnung der Kompensation vorbehielt. Die Liberalisierung des Außenhandels zwischen den Weichwährungsländern unter gleichzeitiger Diskriminierung der Länder mit harten Währungen trug der Situation Rechnung, brachte somit für die schweizerische Exportindustrie keine Verbesserung der Situation.

Für die Schweiz wurde die Lage verschlimmert durch die Tatsache, daß seit dem dritten Quartal 1948 der Einfuhrwert unter dem normalen Durchschnitt blieb. Die erst in den Jahren 1947 und 1948 richtig in Gang gekommene, sich mengen- und wertmäßig in Rekordzahlen widerspiegelnde Deckung des Nachholbedarfes und ein gewisser Konjunkturrückgang machten sich bemerkbar. Die Preissenkungen auf den Weltmärkten für wichtige Einfuhrgüter des Lebensmittelsektors trugen ebenfalls zum Rückgang der Importwerte bei. Der schweizerische Einfuhrpreisindex (1938 = 100) fiel von 259 im zweiten Quartal 1948 auf 225 im dritten Quartal 1949 ¹⁾. Die überhöhten Wechselkurse ließen die Importe gerade aus den Ländern zurückgehen, welchen es ohnehin an Schweizerfranken mangelte. Über diese Entwicklung konnte auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, daß der Importwert des ganzen Jahres 1948 mit fast 5 Milliarden Franken den höchsten je verzeichneten Nominalwert erreichte und daß das Handelsbilanzdefizit mit 1564,4 Millionen Franken den höchsten je registrierten Betrag erreichte, denn 80 % dieses Defizits entfielen auf das erste Halbjahr. Während in den Jahren 1947 und 1948 die schweizerische Einfuhr wertmäßig zu 67,8 bzw. 68,7 % durch die gleichzeitige Ausfuhr gedeckt war, stieg dieser Prozentsatz seit dem Herbst 1948 dauernd an und erreichte im Durchschnitt der Monate Januar bis Mai 1949 81 %, im Juni 95 %. Im Juli 1949 war ein Ausfuhrüberschuß von etwa 12 Millionen Franken zu konstatieren. Der Monat August brachte infolge eines vorübergehenden Ausfuhrrückganges ein bescheidenes Passivum der Handelsbilanz, bei dem immer noch 92,6 % der Einfuhren durch die Ausfuhr gedeckt waren. Im September 1949 stellte sich wieder ein Ausfuhrüberschuß von 25 Millionen Franken ein. Gegenüber 1938 waren die Einfuhrmengen infolge der verminderten Rohstoffimporte mengenmäßig etwa um 5 % geringer, obwohl die Bevölkerung inzwischen um 10 % angewachsen war. Unter diesen Umständen mußte der Zwang zum bilateralen Gleichgewicht der Zahlungen, der sich aus der weitgehenden Beanspruchung der von der Schweiz gewährten Währungsvorschüsse und aus der Unmöglichkeit von Goldrimessen durch die devisenschwachen Handelspartner ergab, bei sinkenden Einfuhrziffern zu einem

¹⁾ Jahresbericht 1949 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 8.

Rückgang der schweizerischen Exporte wie auch zu neuen Erschwerungen im unsichtbaren Außenhandel führen.

Außenhandel der Schweiz von 1946 bis zu den Abwertungen
in Millionen Franken

	1946		1947		1948		1949	
	1. Sem.	2. Sem.	1. Sem.	2. Sem.	1. Sem.	2. Sem.	1. Sem.	3. Qu.
Einfuhr	1633	1790	2224	2598	2812	2188	1964	842
Ausfuhr	1150	1524	1594	1675	1593	1843	1637	859
Einfuhrüberschuß	483	266	630	923	1219	345	327	— 17*
Monatsdurchschnittlicher Einfuhrüberschuß	80,5	44,3	105,0	153,8	203,2	57,5	54,5	— 5,7*

* Ausfuhrüberschuß

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

B. Die Periode von den Abwertungen bis zum Ausbruch des Koreakrieges

Die überhöhten ausländischen Wechselkurse, die Erschöpfung der Kredite in den meisten Zahlungsabkommen und die Unmöglichkeit der für diesen Fall vorgesehenen Goldübertragungen, die Diskriminierung der schweizerischen Exporte sowohl auf der Währungs- als auch auf der Warensseite und die von einzelnen Handelspartnern erhöhten Zollsätze ließen den schweizerischen Außenhandel im Jahre 1949 in eine kritische Phase eintreten, dies um so mehr, als der Schweiz nur bescheidene handelspolitische Abwehrmittel zur Verfügung standen.

Die Schweiz mußte sich — nachdem sie sich entschlossen hatte, die Parität des Frankens unangetastet zu lassen — auf den Standpunkt stellen, daß mit der Beseitigung der überhöhten Wechselkurse der Moment zur Normalisierung des Außenhandels und zur Beseitigung der ihrer Exportindustrie in den Weg gelegten Hemmnisse gekommen sei.

Im Gegensatz zu den Einfuhrwerten, welche Mitte 1948 ihren Höchststand erreicht hatten und seither in Rückbildung begriffen waren, war bei den Ausfuhrwerten bis zum Herbst 1949 eine fast ununterbrochene Zunahme zu registrieren. Im vierten Quartal 1949 und im ersten Quartal 1950 war bei den Exportwerten gegenüber den gleichen Vorjahresperioden ein Rückgang festzustellen; immerhin überstiegen sie noch diejenigen der gleichen Periode 1947/1948. Andererseits läßt der Verlauf des wertgewogenen Exportmengenindex nur einen geringfügigen Rückgang im vierten Quartal 1949 gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal erkennen, und in den beiden ersten Quartalen des Jahres 1950 lag der Exportmengenindex wieder einige Punkte über den entsprechenden Vorjahresziffern. Im gesamten gesehen erlitten somit die schweizerischen Exporte mengenmäßig trotz den Abwertungen keine nennenswerte Einbuße. Die gleichzeitig rückläufige Bewegung der Exportwerte weist darauf hin, daß die schweizerischen Ex-

porteure dagegen zu Preiskonzessionen gezwungen waren, um ihre Stellung auf den betroffenen Märkten zu halten.

Die rückläufige Bewegung der Einfuhrwerte setzte sich dagegen nach den Abwertungen fort, wobei lediglich die Intensität der Abnahme eine Verringerung erfuhr. Dieser Rückgang war teilweise auf die sinkenden Einfuhrpreise zurückzuführen. Der Außenhandelspreisindex für die Einfuhr verzeichnete vom dritten Quartal 1948 bis zum dritten Quartal 1949 einen Rückgang von 23 Punkten. Diese Entwicklung wurde durch die Abwertungen akzentuiert, indem die Differenz zwischen dem dritten und vierten Quartal 1949 19 Punkte betrug ¹⁾. Der Einfuhrüberschuß erreichte dadurch einen in normalen Jahren kaum je verzeichneten Tiefstand.

Der Eindruck, der bereits in den ersten Monaten nach der Abwertungswelle gewonnen werden konnte, bestätigte sich: Die massiven Paritätsänderungen hatten offensichtlich nicht vermocht, dem schweizerischen Außenhandel ein neues Gepräge zu verleihen. Die Einfuhr verharrte weiterhin auf einem für die schweizerische Handelsbilanz völlig ungenügenden Stand, während sich die Ausfuhr praktisch weiterhin auf Rekordhöhe bewegte, obwohl die Einfuhrrestriktionen in den Abwertungsländern fast unverändert blieben.

Außenhandel der Schweiz von den Abwertungen bis zum Ausbruch des Koreakrieges
in Millionen Franken

	4. Quartal 1949	1. Quartal 1950	2. Quartal 1950
Einfuhr	984	875	911
Abnahme gegenüber gleichem Vorjahresquartal	— 155	— 176	— 2
Ausfuhr	962	799	844
Abnahme gegenüber gleichem Vorjahresquartal	— 58	— 15*	— 2*
Einfuhrüberschuß	22	76	67
Monatsdurchschnittlicher Einfuhrüberschuß	7,3	25,3	22,3

* Die Golddrahtexporte (Zollposition 871) nach Italien im ersten und zweiten Quartal 1950 im Betrage von 22,7 Millionen Franken wurden bei der Berechnung der Differenzen nicht berücksichtigt.

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

C. Die Periode nach dem Ausbruch des Koreakrieges

Eine Zäsur in der weltwirtschaftlichen Entwicklung brachten die Ereignisse in Korea mit sich. Im Bestreben, für die befürchtete Verschlimmerung der internationalen Situation vorzusorgen, tätigten Regierungen und private Verbraucher die allgemeine Wirtschaftslage entscheidend beeinflus-

¹⁾ Jahresbericht 1949 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 8.

sende Abschlüsse. Die Auffüllung der Lager und die Aufrüstung führten zur Manifestierung eines beträchtlichen Nachfragedruckes. Die Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Westeuropa und dem Dollarraum wurde erleichtert, da bei durch die Knappheit verschiedener Rohstoffe und Halbfabrikate hervorgerufenen Preissteigerungen ein großer Teil der zusätzlichen Nachfrage von den Vereinigten Staaten ausging.

Die rückläufige Bewegung der schweizerischen Importe wurde mit der Verschärfung der internationalen Lage zum Stillstand gebracht. Während schon vor dem Ausbruch des Koreakrieges sich eine Verlangsamung des Importrückganges bemerkbar gemacht hatte, setzte im Juli, insbesondere aber im August 1950 ein starker Anstieg der Importtätigkeit ein. Der extrem niedrige Stand des Passivsaldos der Handelsbilanz erreichte wieder einen normalen Wert. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich die Einfuhrpreise zunächst nur in kleinem Ausmaße erhöhten, die Zunahme des Einfuhrwertes somit überwiegend auf die Mengenzunahme zurückzuführen war. Die den Ereignissen in Korea vorausgehende starke, durch die Abwertungen akzentuierte Baisse der Welthandels- und Einfuhrpreise hatte zur Folge, daß das Jahresmittel des Einfuhrpreisindexes trotz der Steigerung im vierten Quartal 1950 für das ganze Jahr 1950 etwa 10 % unter dem Mittel des Vorjahres blieb. Im Jahre 1950 wurde die größte bisher in der Nachkriegszeit verzeichnete Einfuhrmenge registriert, während der Einfuhrwert aus den genannten Gründen hinter den Rekordzahlen von 1947 und 1948 zurückblieb. Vom Einfuhrwert des Jahres 1950 entfielen 44 % auf das erste, 56 % auf das zweite Halbjahr.

Mit etwas Abstand hinter den Einfuhren und weniger ausgeprägt setzte auch bei der Ausfuhr eine Beschleunigung der Zunahme ein. Der im zweiten Semester 1950 eingetretene Mehrexport bewirkte, daß die Intensität der jährlichen Zunahme des Ausfuhrwertes, die sich durch das Ergebnis des Jahres 1949 verflacht hatte, wieder zunahm.

Der Beitritt der Schweiz zu der im Sommer 1950 gegründeten Europäischen Zahlungsunion wurde am 1. November 1950 rechtskräftig. Die 18 Mitglieder sollten durch die multilaterale Kompensation der Saldi, die sich gegenüber den übrigen Teilnehmern ergaben, ergänzt durch die Gewährung von Krediten, in die Lage versetzt werden, ihre Einfuhrpolitik liberaler zu gestalten. Der Warenaustausch mit einem Mitgliedland mußte sich nicht mehr, wie beim bilateralen System, nach dem schwächeren Partner richten. Bisher waren die Kredite an die Außenhandelspartner im Rahmen von bilateralen Abkommen in der Regel gegen handelspolitische Zugeständnisse gewährt worden, während der Kredit an die Zahlungsunion nicht mehr mit Bedingungen verknüpft werden konnte. Von besonderer Bedeutung war deshalb für die Schweiz das Faktum, daß die Unterscheidung zwischen essentials und non essentials im wesentlichen beseitigt wurde. Für viele Waren, deren Ausfuhr an die mühsame Er kämpfung von Kontingenten gebunden war, fielen nun die Handelshindernisse, abgesehen von den Zöllen, weg. Allerdings bestand weiterhin die Möglichkeit, bei einem

starken Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz die Liberalisierung einzuschränken oder zu suspendieren, eine Möglichkeit, von der u. a. einer der wichtigsten Abnehmer, Deutschland, bald Gebrauch machen mußte. Immerhin sollte die Diskriminierung einzelner Länder unterbleiben. Der Liberalisierungssatz betrug zunächst 60 % des Handels mit den übrigen Mitgliedstaaten im Jahre 1948, später 75 %. Die Schweiz, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Zahlungsunion ihre Importe formell zu 84 % liberalisiert hatte — praktisch erreichte der Liberalisierungssatz mehr als 90 % —, stellte ebenfalls eine auf dem Minimum von 60 % basierende Freiliste auf. Dies war notwendig, da die Freilisten ohne Vorbehalte gegenüber sämtlichen EZU-Ländern angewendet werden mußten und man sich eine handelspolitische Waffe zur Abwehr eventueller untragbarer Zumutungen von seiten eines Außenhandelspartners sichern wollte. Praktisch wurden die Einfuhrbewilligungen unbeschränkt erteilt.

Außenhandel der Schweiz nach dem Ausbruch des Koreakrieges

in Millionen Franken

	1950		1951	
	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
Einfuhr	1240	1509	1533	1606
Zunahme gegenüber gleichem Vorjahres-				
quartal	398	525	658	695
Ausfuhr	1000	1268	1062	1184
Zunahme gegenüber gleichem Vorjahres-				
quartal	48*	230*	267	359
Einfuhrüberschuß	240	241	471	422
Monatsdurchschnittlicher Einfuhrüberschuß	80,0	80,3	157,0	140,7

* Die Golddrahtexporte (Zollposition 871) nach Italien im dritten und vierten Quartal 1950 im Betrage von 169,1 Millionen Franken wurden bei der Berechnung der Differenz nicht berücksichtigt.

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

Die nach 1950 erzielten Fortschritte auf dem Gebiet der Liberalisierung des innereuropäischen Waren- und Zahlungsverkehrs waren weitgehend der OEEC und der Europäischen Zahlungsunion zu verdanken. Immerhin blieben Rückschläge nicht aus, und verschiedene Mitgliedländer hatten wiederholt mit ernstlichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen. Unter diesen Umständen konnte das angestrebte Ziel einer allgemeinen Wiedereinführung der Konvertibilität nicht erreicht werden.

Mit dem Abbau der übrigen Handelshindernisse wurde jedoch das Problem der Zölle wieder aktuell. Immerhin beeinträchtigten die neuen Tarife verschiedener wichtiger Abnehmerländer trotz weitreichenden Auswirkungen für gewisse Branchen den schweizerischen Export nicht unerträglich.

lich, was der günstigen Konjunkturlage und den in Zolltarifverhandlungen erzielten Zugeständnissen zu verdanken war.

Dank der günstigen Wirtschaftslage und der fortschreitenden Liberalisierung konnten die schweizerischen Exporte in den folgenden Jahren weiter gesteigert werden. Von besonderem Vorteil war die bemerkenswerte, wenn auch nicht geradlinig verlaufende Erholung der europäischen Wirtschaft und die damit verbundene starke Ausweitung des intereuropäischen Handels.

Entwicklung der Handelsbilanz der Schweiz 1951 bis 1956

in Millionen Franken

	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Ausfuhr in % der Einfuhr
1951	5915,5	4690,9	— 1224,6	79,3
1952	5205,7	4748,9	— 456,8	91,2
1953	5070,7	5164,6	+ 93,9	101,9
1954	5591,6	5271,5	— 320,1	94,3
1955	6401,2	5622,2	— 779,0	87,8
1956	7597,0	6203,5	— 1393,5	81,7

(Quelle: Jahresbericht 1956 der schweiz. Handelsstatistik, 1. Teil, Seite 11)

IV. Die schweizerische Ausfuhr nach den wichtigsten Abwertungsländern

Zur Beurteilung der Auswirkungen, welche die Abwertungswelle auf die schweizerischen Lieferungen nach dem Ausland hatte, ist es zweckmäßig, die wichtigsten Handelspartner der Schweiz nach der Höhe der Paritätsänderung zu gruppieren. Zu den Vollabwertungsländern gehören diejenigen Währungsgebiete, welche den gleichen, annähernd den gleichen oder einen höheren Abwertungssatz im Vergleich zu Großbritannien zur Anwendung brachten. Zu den Teilabwertungsländern werden die Staaten gezählt, die ihre Währungen in geringerem Ausmaße als Großbritannien abwerteten. Schließlich bleibt noch die Gruppe der Nichtabwertungsländer.

A. Die Ausfuhr nach den Vollabwertungsländern

Die schweizerischen Exporte nach den Vollabwertungsländern verzeichneten wertmäßig im vierten Quartal 1949, also unmittelbar nach den Abwertungen, einen Rückgang gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal von 39 %. Der Ausfall fiel derart beträchtlich aus, weil die ausländischen Importeure in Erwartung der Paritätsänderungen ihre Bezüge vor den Abwertungen erhöht hatten, soweit dies trotz den bestehenden Einfuhrbeschränkungen möglich war. Auch die Zweifel, die da und dort an der Aufrechterhaltung der Frankenparität gehegt wurden, dürften zu diesem Ausfuhrückgang beigetragen haben. Diese Annahmen werden bestätigt durch die Tatsache, daß der Exportrückgang gegenüber den Vergleichsquartalen des Vorjahres im ersten Quartal 1950 28 %, im zweiten Quartal 27 % betrug. Auch die von den Schweizer Exporteuren zugestandenen Preisreduktionen trugen zur Verminderung der Ausfuhrwerte bei.

Die Exportrückgänge verteilten sich keineswegs gleichmäßig auf alle Vollabwertungsländer. Es waren recht große Unterschiede zu verzeichnen, ein Indiz, daß die Exporte weniger den Einflüssen von Preisänderungen, sondern in großem Maße dem restriktiven Außenhandelsgebaren des Auslandes, welches die Nachfrage gar nicht zum Zuge kommen ließ, unterworfen waren. Die Niederlande, Schweden, Indien und Dänemark verzeichneten die größten Rückschläge, die gegenüber der vorjährigen Vergleichsperiode zwischen 30 und 60 % lagen. Dagegen erreichten die Lieferungen nach Großbritannien, Norwegen und Ägypten in den drei auf die Abwertungen folgenden Quartalen ungefähr die gleiche Höhe wie in der entsprechenden Vorjahresperiode.

*Ausfuhr nach den wichtigsten Vollabwertungsländern vor und nach den Abwertungen
in Millionen Franken*

				Differenz
4. Quartal 1948	308,991	4. Quartal 1949	186,740	— 122,251
1. Quartal 1949	231,645	1. Quartal 1950	166,245	— 65,400
2. Quartal 1949	216,190	2. Quartal 1950	156,971	— 59,219

(Berechnet nach der Tabelle «Einfuhr und Ausfuhr der Schweiz nach Ländern» in den Monatsberichten der Schweizerischen Nationalbank.)

1. Großbritannien und Sterlinggebiet

Die Vereinbarungen über den Zahlungsverkehr erstrecken sich auf das ganze Sterlinggebiet. Die Abmachungen über den Warenaustausch beziehen sich dagegen nur auf Großbritannien.

Bei Kriegsende war die schweizerische Ausfuhr nach Großbritannien zufolge der Sparpolitik, welche die britische Regierung angesichts des Mangels an ausländischen Devisen einzuhalten gezwungen war, auf etwa 20 % des Vorkriegsstandes gesunken. Die Einfuhr machte nur noch etwa 1 % der Vorkriegswerte aus, wobei eine nur langsame Erhöhung der britischen Lieferungen infolge der schwierigen Umstellung auf die Friedensproduktion zu erwarten war. Die Kriegsfolgen hatten aus dem einstigen Gläubigerland Großbritannien ein typisches Schuldnerland mit akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten und einer strengen Devisenbewirtschaftung gemacht. Das Außenhandelsprogramm war deshalb durch drastische Einfuhrbeschränkungen und Bestrebungen zur Förderung der Exporte namentlich nach den Hartwährungsländern gekennzeichnet ¹⁾. Die Schweiz mußte somit die Auswirkungen dieser Politik besonders verspüren.

Im März 1946 wurde zwischen der Schweiz und dem Sterlinggebiet ein Zahlungsabkommen abgeschlossen. Der Währungsvorschuß wurde auf 260 Millionen Franken festgesetzt, wobei sich die britische Regierung trotz aller Bemühungen der schweizerischen Verhandlungsdelegation weigerte, eine Kursgarantie zu leisten. Bei Abschluß des Abkommens betrachtete der Bundesrat das Kursrisiko im Hinblick auf die erhoffte Belebung des schweizerischen Außenhandels und die Erhaltung des Sterlingblocks als Absatzmarkt als tragbar ²⁾. Der englischen Praxis folgend sah das Zahlungsabkommen auch die Überweisung von Kapitalerträgen vor.

Infolge der unerwartet starken Nachfrage nach Schweizerfranken durch den Fremdenverkehr und durch Finanzzahlungen war die für das erste Vertragsjahr freigegebene Tranche von zwei Dritteln des Währungskredits schon nach sieben Monaten aufgebraucht. Um die Goldübertragungen

¹⁾ Vgl. Paul Keller, Die britische Handelspolitik in der Nachkriegszeit. Außenwirtschaft 1, 1946, Heft 1, Seite 19ff.

²⁾ Vgl. 33. Bericht des Bundesrates vom 13. September 1946.

in möglichst geringem Maße zu halten, mußten die sichtbaren und unsichtbaren schweizerischen Exporte einer wertmäßigen Kontingentierung unterworfen werden. Bald war Großbritannien angesichts der schwindenden Währungsreserven nicht mehr in der Lage, sein Außenhandelsdefizit durch Goldrissen auszugleichen. Da die Schweiz keine Erhöhung des Währungskredites zugestehen wollte, mußte sich der Zahlungsverkehr an das Prinzip der ausgeglichenen Zahlungsbilanz halten. Im Jahre 1948 erfuhr die Einfuhr aus dem Sterlinggebiet insbesondere im zweiten Semester einen erheblichen Rückschlag, so daß nur drei Viertel der vereinbarten Exportquote freigegeben werden konnten. Diese Entwicklung brachte die verantwortlichen Stellen in Großbritannien zur Einsicht, daß das Prinzip der ausgeglichenen Zahlungsbilanz nicht aufrechterhalten werden konnte. Bei den Anfang 1949 durchgeführten, infolge der differierenden Standpunkte zweimal unterbrochenen Handelsbesprechungen drang die schweizerische Delegation auf vermehrte Ausfuhrmöglichkeiten von nicht lebensnotwendigen Erzeugnissen. Schließlich wurde das Zahlungsabkommen von 1946 für ein Jahr verlängert, womit grundsätzlich die Goldübertragungsklausel wieder voll in Kraft trat. Die Schweiz machte die Weiterführung ihrer liberalen Einfuhrpolitik von der Gewährung von Importquoten für non essentials abhängig, wodurch insbesondere für Textilien erhöhte Kontingente erwirkt werden konnten¹⁾. Gleichzeitig mußte sich die Schweiz verpflichten, die von England gewünschten Produktionsgüter, vorwiegend Textilmaschinen, zu liefern. Um den Zahlungsverkehr zu alimentieren, erklärten sich die schweizerischen Behörden zu zusätzlichen Importen (Kriegsmaterial, Kohlen) im Betrage von rund 60 Millionen Franken bereit¹⁾. Obwohl Großbritannien sich weigerte, den gemäß dem Zahlungsabkommen gewährten Kredit in Schweizerfranken umzuwandeln oder eine Kursgarantie zu leisten, erklärte sich die Schweiz schließlich bereit, den Kredit während eines weiteren Jahres zu halten. Aus diesem Zugeständnis sollte ihr ein Abwertungsverlust von 76,5 Millionen Franken erwachsen.

Die hohen Preise der britischen Waren waren dafür verantwortlich, daß die Einfuhren auch im Jahre 1949 hinter den Erwartungen zurückblieben. Abwertungsgerüchte trugen dazu bei, daß die schweizerischen Warenzahlungen geringer blieben. Gleichzeitig beschafften sich englische Banken und private Schuldner zum voraus Schweizerfranken, während die Besitzer von Pfund Sterling ihre Guthaben konvertierten. Dadurch mußte Großbritannien bereits nach einem halben Jahr das in der Vereinbarung vom Februar 1949 für ein Jahr berechnete Defizit im Betrage von 230 Millionen Franken durch Gold ausgleichen²⁾. Unmittelbar nach der Abwertung des Pfundes wurden in großem Maße Devisen für Zahlungen nach dem Sterlinggebiet nachgefragt, so daß die Sterlingguthaben der Schweiz in wenigen Tagen von 15 Millionen auf 7,5 Millionen Pfund Sterling sanken²⁾.

¹⁾ Vgl. 39. Bericht des Bundesrates vom 2. August 1949.

²⁾ Vgl. 40. Bericht des Bundesrates vom 17. Februar 1950.

Die Abwertung und das Liberalisierungsprogramm der OECE waren Ende Oktober 1949 der Anlaß zu neuen Verhandlungen, wobei sich herausstellte, daß Großbritannien trotz der Paritätsänderung nicht gewillt war, an seiner restriktiven Außenhandelspolitik gegenüber der Schweiz eine Änderung eintreten zu lassen. Die für bestimmte Einfuhren aus OECE-Ländern gewährte generelle Einfuhrbewilligung wurde nicht auf die Schweiz ausgedehnt, trotz der Zusicherungen der schweizerischen Behörden, die Ausfuhr innerhalb des zu Beginn des Jahres vereinbarten Betrages zu halten. Großbritannien erklärte sich nur damit einverstanden, daß die Quote für die Ausfuhr schweizerischer non essentials nicht wie alle anderen in Pfund Sterling festgesetzten Posten des Budgets um den Abwertungssatz gekürzt wurde. Praktisch blieb es beim ursprünglich vorgesehenen Importbetrag aus der Schweiz, da die Quote für non essentials zum Zeitpunkt der Abwertungen fast vollständig ausgenützt war.

Angesichts der schwindenden Währungsreserven in der Vorabwertungsperiode hätte sich Großbritannien bei unveränderter Währungsparität zweifellos zu weiteren erheblichen Importeinschränkungen veranlaßt gesehen, von denen insbesondere die non essentials herstellenden Exportindustrien der Schweiz betroffen worden wären. Durch die Anpassung der überbewerteten englischen Währung konnte im schweizerisch-britischen Warenaustausch der bestehende Zustand aufrechterhalten werden. Im Außenhandel mit dem Sterlingblock brachte denn auch das vierte Quartal 1949 gegenüber dem Vorquartal nur geringfügige Verschiebungen. Der Anteil am Gesamtexport fiel von 9,8 % auf 9 %, während der Importanteil von 10 % auf 11 % stieg ¹⁾.

Bei den von Mitte Januar bis Anfang März 1950 durchgeführten Wirtschaftsverhandlungen zeigte es sich, daß Großbritannien seinen Standpunkt gegenüber den Hartwährungsländern immer noch nicht geändert hatte. Im Rahmen der auf eine Erhöhung der Währungsreserven gerichteten Politik erklärten sich die britischen Behörden außerstande, zur Deckung eines Zahlungsbilanzdefizits und insbesondere für non essentials Gold auszugeben und die gemäß den Liberalisierungsbestrebungen der OECE erlassene generelle Einfuhrbewilligung für Waren schweizerischer Provenienz anzuwenden. Im Interesse der Wahrung ihrer Exportstruktur konnte die Schweiz auf den britischen Vorschlag, nur noch für dringend benötigte Güter Gold zu überweisen, nicht eingehen. Angesichts der Tatsache, daß die Schweiz ihre liberale Einfuhrpolitik einer Revision unterzogen hätte und die Nichtverlängerung des Zahlungsabkommens die sofortige Abtragung des Währungskredites in Gold bedeutet hätte, erklärte sich Großbritannien schließlich bereit, das Zahlungsabkommen um ein weiteres Jahr zu verlängern. Der schweizerische Währungskredit im Betrage von 15 Millionen Pfund Sterling, welcher infolge der im Anschluß an die Abwertung manifest gewordenen Nachfrage nach englischen Devisen zu einem Drittel

¹⁾ Jahresbericht 1949 der schweizerischen Handelsstatistik, 1. Teil, Seite 6.

unausgenützt war, blieb bestehen ¹⁾. Großbritannien war bereit, das vorgesehene, den Währungskredit übersteigende Zahlungsbilanzdefizit von 122 Millionen Franken in Gold abzudecken. Unter Berücksichtigung der vorgesehenen zusätzlichen Goldüberweisung durch die Südafrikanische Union zur Deckung des im Außenhandel mit diesem Land entstehenden Defizits konnte die schweizerische Ausfuhrziffer ungefähr auf der bisherigen Höhe gehalten werden. Daß die Reduktion der budgetierten schweizerischen Ausfuhr nicht stärker ausfiel, ist darauf zurückzuführen, daß der Posten für unsichtbare Exporte infolge der Abwertung eine erhebliche Verringerung erfahren hatte. In wertmäßig begrenztem Rahmen dehnte Großbritannien die generelle Einfuhrbewilligung auf Importe aus der Schweiz aus, wovon insbesondere die Textilindustrie profitierte. Der Anteil der *less essentials* an der schweizerischen Ausfuhr nach Großbritannien wurde von 30 % auf 44,5 % erhöht ²⁾. Mit dem durch die Abwertung erlittenen Verlust mußte sich die Schweiz endgültig abfinden. Großbritannien wollte weder den Verlust decken, noch für die Zukunft eine Kursgarantie leisten, um keinen Präzedenzfall gegenüber anderen Handelspartnern zu schaffen.

Im zweiten Semester 1950 setzte eine radikale Umwälzung in den schweizerisch-britischen Handelsbeziehungen ein. Unter dem Einfluß der internationalen Lage überschritten die schweizerischen Bezüge das budgetierte Niveau. Die Exporte konnten dagegen die vorgesehenen Werte nicht erreichen, was zum Teil auf die verschlechterte Konkurrenzstellung infolge der Abwertungen, im wesentlichen jedoch auf die britische Austeritätspolitik zurückzuführen war. Aufwertungsgerüchte veranlaßten zudem erhebliche Voreindeckungen an Pfund Sterling, so daß Anfang November 1950 nicht nur der gesamte von der Schweiz gewährte Vorschuß zurückbezahlt war, sondern darüber hinaus ein Saldo zu Gunsten Großbritanniens bestand ³⁾.

Der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Zahlungsunion hatte zur Folge, daß Großbritannien die Einfuhrfreiliste, die fast alle Maschinen, pharmazeutische Präparate und Zwischenprodukte, Gewebe, Garne und Sticken (ausgenommen Naturseide) enthielt, auf schweizerische Waren ausdehnte. Auch im Warenverkehr mit den übrigen Sterlingländern traten Erleichterungen ein: Australien liberalisierte die Einfuhr aus der Schweiz vollständig, während Irland, die Südafrikanische Union, Neuseeland, Indien und Pakistan die schweizerischen Produkte nicht mehr aus Devisengründen diskriminierten.

Anläßlich der im November 1950 durchgeführten Handelsbesprechungen forderte die Schweiz angesichts der veränderten Zahlungsbilanzlage Kontingenterhöhungen insbesondere für Uhren, Gewebe aus Naturseide und gewisse Apparate, was von Großbritannien abgelehnt wurde. Die Ab-

¹⁾ Vgl. 41. Bericht des Bundesrates vom 9. August 1950.

²⁾ 41. Bericht des Bundesrates vom 9. August 1950.

³⁾ Vgl. 42. Bericht des Bundesrates vom 9. Februar 1951.

lenkung erfolgte nicht wegen Devisenmangels, sondern aus schutzpolitischen Gründen, in einigen Fällen mit dem Bedürfnis verbunden, strategisch wichtige Industrien im eigenen Lande hochzuzüchten. Da das Zahlungsabkommen bis März 1951 in Kraft war, konnte die Schweiz keine handelspolitischen Druckmittel einsetzen. Das Zahlungsabkommen wurde lediglich im Sinne des Abkommens über die Errichtung der Europäischen Zahlungsunion modifiziert.

Daß die britische Handelspolitik von protektionistischem Geist getragen war, der an die Stelle der bisher geltend gemachten Devisenknappheit trat, wurde noch offensichtlicher anläßlich der Verhandlungen zur Verlängerung des Zahlungsabkommens anfangs 1951. Die britische Freiliste entsprach wohl dem gleichzeitig mit der Europäischen Zahlungsunion in Kraft getretenen Liberalisierungskodex der OECE. Eine Reihe wichtigster schweizerischer Exportprodukte, vor allem Uhren, Farbstoffe, Seiden gewebe, Apparate und wissenschaftliche Instrumente blieben jedoch kontingentiert. Gegenüber diesem Verhalten stand der Schweiz als Druckmittel die vierzigprozentige Liste von nicht liberalisierten Waren zur Verfügung, was bewirkte, daß für verschiedene Kontingente eine Erhöhung erwirkt werden konnte¹⁾. Nutznießer dieses Zugeständnisses waren insbesondere die Uhren-, Textil- und chemische Industrie.

Die Aufrüstung und die Europäische Zahlungsunion bewirkten, daß die Handelsbilanz mit Großbritannien wieder stark aktiv wurde (Überschuß vom 1. November 1950 bis Ende Dezember 1951 rund 470 Millionen Franken²⁾). Zu dieser Entwicklung trug auch die Tatsache bei, daß die Schweiz innerhalb der Europäischen Zahlungsunion nicht mehr als Hartwährungsland betrachtet wurde; Großbritannien hatte deshalb kein Interesse mehr, bei seinen Rohstoffexporten die Schweiz zu bevorzugen. Da sich die britische Zahlungsbilanz allgemein wieder ungünstig entwickelte, sah sich Großbritannien Ende 1951 zu erneuten Einfuhrbeschränkungen gezwungen, wobei für viele bisher liberalisierte Warenkategorien Globalkontingente festgesetzt wurden. Australien, Neuseeland und die Südafrikanische Union schritten zu ähnlichen Maßnahmen. Um die EZU-Quote zu schonen, ordnete die Schweiz ihrerseits Ausfuhrbeschränkungen an, die für bestimmte Waren (Maschinen, chemische Erzeugnisse, Uhren) eine eigentliche Beschränkung brachten.

Die schweizerischen Erzeugnisse erwiesen sich trotz der Abwertung des Pfundes im allgemeinen als konkurrenzfähig. Die in den Nachkriegsjahren von den britischen Behörden geübte Unterdrückung des Nachholbedarfes und die Koreahausse ließen die Preisfrage in den Hintergrund treten. Auf der Einfuhrseite ging dagegen der Anteil Großbritanniens auf den Vorkriegsstand zurück. Verantwortlich dafür war in großem Maße das Wiederauftreten Deutschlands auf dem internationalen Markt.

¹⁾ Vgl. 43. Bericht des Bundesrates vom 9. August 1951.

²⁾ 44. Bericht des Bundesrates vom 4. März 1952.

Ausfuhr nach Großbritannien

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	37,4	4,5	51,2
4. Quartal 1948	40,8	4,0	57,6
1. Quartal 1949	29,3	3,6	44,1
2. Quartal 1949	40,0	4,8	56,3
3. Quartal 1949	43,8	5,1	68,5
4. Quartal 1949	44,6	4,6	59,6
1. Quartal 1950	32,4	4,1	37,3
2. Quartal 1950	27,9	3,3	33,3
3. Quartal 1950	36,6	3,7	40,4
4. Quartal 1950	39,8	3,1	36,8
1. Quartal 1951	40,2	3,8	34,7
2. Quartal 1951	52,1	4,4	46,7

Ausfuhr nach der Südafrikanischen Union

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	21,9	2,7	1460,0
4. Quartal 1948	22,4	2,2	466,7
1. Quartal 1949	6,0	0,7	117,6
2. Quartal 1949	12,2	1,5	405,0
3. Quartal 1949	5,2	0,6	130,0
4. Quartal 1949	4,2	0,4	33,3
1. Quartal 1950	1,2	0,2	5,6
2. Quartal 1950	2,2	0,3	45,8
3. Quartal 1950	2,5	0,3	5,0
4. Quartal 1950	5,4	0,4	8,2
1. Quartal 1951	9,5	0,9	76,6
2. Quartal 1951	11,3	1,0	198,2

Ausfuhr nach Indien (1948 inkl. Pakistan)

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	16,1	2,0	350,0
4. Quartal 1948	37,5	3,7	1041,7
1. Quartal 1949	39,0	4,8	541,7
2. Quartal 1949	11,6	1,4	117,2
3. Quartal 1949	15,4	1,8	211,0
4. Quartal 1949	16,9	1,8	296,5
1. Quartal 1950	17,5	2,2	176,8
2. Quartal 1950	14,2	1,7	676,2
3. Quartal 1950	13,6	1,4	425,0
4. Quartal 1950	20,7	1,6	440,4
1. Quartal 1951	23,1	2,2	153,0
2. Quartal 1951	26,5	2,2	297,8

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

2. Niederlande

Die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges auf die holländische Wirtschaft machten eine strenge Devisenbewirtschaftung notwendig. Der Außenhandel zwischen der Schweiz und Holland war durch ein Zahlungsabkommen vom Oktober 1945, das einen Währungskredit von 25 Millionen Franken vorsah, sowie durch periodisch revidierte Handelsabkommen geregelt.

Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern verliefen bis Mitte 1948 befriedigend, wenn auch die schweizerischen Unterhändler angesichts der holländischen Wiederaufbauwünsche Mühe hatten, die traditionelle Struktur der Exporte einigermaßen zu wahren und Holland darauf bestand, daß der Zahlungsverkehr ausgeglichen gestaltet werde, um die Abgabe von Gold zu vermeiden. Bei der Festsetzung des Warenaustausches für das Vertragsjahr 1948/1949 rechnete man mit einer weiteren Ausdehnung der gegenseitigen Lieferungen. Bald zeigte es sich jedoch, daß die schweizerischen Bezüge beträchtlich hinter den Erwartungen zurückblieben. Da sich auch die übrigen Posten der Zahlungsbilanz für Holland ungünstig entwickelten, mußten nach Ausnützung des Währungskredites Goldübertragungen vorgenommen werden. Durch eine dreimonatige Verlängerung der Gültigkeit der Warenlisten ohne deren Erhöhung wurde praktisch eine Kürzung der bestehenden Kontingente um 20 % erreicht ¹⁾. Diese Maßnahme genügte jedoch nicht, um die Wirtschaftsbeziehungen bis zum September 1949 wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die beschränkte Aufnahmefähigkeit des schweizerischen Marktes für holländische Produkte, deren ungenügende Qualität und überhöhten Preise ließen die Einfuhr weiterhin auf zu niedrigem Niveau verharren. Der Saldo des unsichtbaren Verkehrs war für Holland ebenfalls passiv geworden. Um weitere Goldabgaben zu vermeiden, wurden im September 1949 die Kontingente für die schweizerische Ausfuhr für das Vertragsjahr 1949/1950 entsprechend der stark zurückgebliebenen schweizerischen Einfuhr reduziert, um ein ausgeglichenes Budget des Zahlungsverkehrs zu gewährleisten. Die Freigabe der Quoten sollte quartalsweise nach Maßgabe der anfallenden Zahlungsmittel vorgenommen werden. Die vorgesehene Belastung der holländischen Importe zu Gunsten der Exporte wurde infolge der Abwertung fallen gelassen. Die Schweiz erklärte sich bereit, den Währungskredit des Zahlungsabkommens auf 42,2 Millionen Franken zu erhöhen.

Obwohl nach der Abwertung des holländischen Guldens die schweizerische Einfuhr aus Holland anstieg, konnten mit Rücksicht auf den Stand des Zahlungsverkehrs nur 72 % der im Warenabkommen vorgesehenen Kontingente für die schweizerische Ausfuhr freigegeben werden ²⁾. Hol-

¹⁾ Vgl. 38. Bericht des Bundesrates vom 1. März 1949.

²⁾ 42. Bericht des Bundesrates vom 9. Februar 1951.

land hatte sogar eine weitere Reduktion der schweizerischen Lieferungen für die zweite Hälfte des Vertragsjahres begehrt, was die Schweiz jedoch nicht akzeptieren konnte. Der beträchtliche Rückgang der schweizerischen Exporte muß somit in erster Linie auf die strenge Devisenbewirtschaftung Hollands gegenüber der Schweiz zurückgeführt werden, während die Abwertungsfolgen eine geringere Rolle spielten. Nach dem Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion und der damit verbundenen Ausdehnung der Liberalisierung auf Einfuhren aus der Schweiz, unter gleichzeitiger Erhöhung der Kontingente im noch nicht liberalisierten Sektor, trat denn auch eine starke Ausweitung der schweizerischen Lieferungen ein.

Ausfuhr nach den Niederlanden

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	51,1	6,2	180,6
4. Quartal 1948	66,9	6,6	149,7
1. Quartal 1949	44,1	5,4	146,0
2. Quartal 1949	48,0	5,8	163,3
3. Quartal 1949	36,0	4,2	112,1
4. Quartal 1949	32,2	3,3	70,3
1. Quartal 1950	26,1	3,3	87,6
2. Quartal 1950	23,2	2,7	98,7
3. Quartal 1950	31,5	3,2	55,5
4. Quartal 1950	33,6	2,7	68,4
1. Quartal 1951	39,0	3,7	78,6
2. Quartal 1951	54,2	4,6	115,6

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

3. Dänemark

In den ersten fünf Nachkriegsjahren bildete das im Jahre 1940 abgeschlossene Clearingabkommen die vertragliche Grundlage der Handelsbeziehungen zu Dänemark. Die Einfuhr- und Ausfuhrkontingente wurden durch kurzfristige Warenaustauschabkommen festgesetzt, die ein- oder zweimal jährlich den Verhältnissen angepaßt wurden.

In den ersten Nachkriegsjahren erwies sich der dänische Markt als sehr aufnahmefähig für die traditionellen schweizerischen Exporterzeugnisse, während in der Schweiz für Agrarprodukte, die den Hauptanteil der dänischen Lieferungen ausmachen, noch eine große Nachfrage bestand. Ab 1948 trat ein Rückgang des gegenseitigen Warenaustausches ein. Erschwerend für die schweizerischen Exporte wirkte sich das Sparprogramm der dänischen Regierung aus, das Kürzungen in der Einfuhr von Fabrikaten zu Gunsten der Rohstoffeinfuhr vorsah. Dazu kam, daß England als Hauptkunde der dänischen Landwirtschaft einen gewissen Druck in bezug auf die

Lieferungen und die Preispolitik ausüben konnte, so daß die dänischen Lieferungen qualitativ und preislich bei den schweizerischen Nachfragern nicht immer konkurrenzfähig waren. Auch die Maßnahmen zum Schutze der schweizerischen Landwirtschaft trugen nicht zur Förderung der Alimentierung des dänischen Clearingguthabens bei.

Das Warenaustauschabkommen für das Jahr 1949 sah eine Steigerung des Austauschvolumens vor. Diese Steigerung wurde dadurch ermöglicht, daß Dänemark sich bereit erklärte, im Gegensatz zu den bisherigen Abkommen auf Dollarzahlungen zu verzichten. Der Warenaustausch blieb jedoch erheblich hinter dem budgetierten Umfang zurück. Nach den Abwertungen vermochte Dänemark seine Lieferungen etwas zu steigern, so daß das schweizerische Guthaben teilweise zurückbezahlt werden konnte. Diese günstige Wendung ermöglichte es den dänischen Behörden, bei der Ausgabe von Importbewilligungen, die angesichts der aus den oben angeführten Gründen stockenden Ausfuhr nur in beschränktem Umfang ausgegeben worden waren, etwas großzügiger zu verfahren. Dennoch bestanden Ende 1949 sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite Restkontingente, so daß das Warenabkommen um drei Monate verlängert werden mußte, da nur die volle Erfüllung der für 1949 abgeschlossenen Vereinbarungen die Berücksichtigung aller Exportindustrien erlaubte. Dänemark war insbesondere bei der Abnahme von *less essentials* im Rückstand. Die Quartalsausfuhrziffern, die während des ganzen Jahres 1949 eine rückläufige Tendenz aufwiesen, stabilisierten sich, auf niedrigerem Niveau, im Jahre 1950.

Bei der Aufnahme der Verhandlungen über das Warenaustauschabkommen für 1950 waren die Aussichten für den schweizerischen Export nicht sehr günstig. Die Erlöse aus den dänischen Exporten mußten auch zur Abtragung des erheblichen Clearingfehlbetrages sowie für den Zinsendienst und für die Amortisation der schweizerischen Finanzguthaben herangezogen werden. Überdies war die Schweiz für dänische Agrarprodukte nur noch vermindert aufnahmefähig. Dänemark hatte die Schweiz von der Liberalisierung gemäß den OECE-Normen ausgenommen und ihr lediglich eine bescheidene Freiquote zugestanden. Der schweizerische Exporterlös blieb 1950 um einen geringen Betrag unter dem Vorjahresergebnis.

Die Abwertung der dänischen Krone brachte keine grundlegende Verbilligung der schweizerischen Importe. Die Schweiz wurde gegenüber anderen Abnehmern Dänemarks, insbesondere England, preislich diskriminiert, so daß die Preisabschläge der wichtigsten Einfuhrwaren hinter dem Abwertungssatz zurückblieben. Die schweizerischen Exportartikel blieben dagegen durchaus konkurrenzfähig. Auch bei diesem Handelspartner waren die Schwierigkeiten durch dessen prekäre Zahlungsbilanzlage verursacht. Da die dänischen Exporte hauptsächlich aus Agrarprodukten bestehen, die in den meisten EZU-Ländern von der Liberalisierung ausgenommen sind, wurde Dänemark von der vollen Durchführung der mit der Europäischen Zahlungsunion verbundenen Liberalisierung zunächst dispensiert.

Ausfuhr nach Dänemark

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	17,5	2,1	46,1
4. Quartal 1948	20,8	2,0	69,3
1. Quartal 1949	18,8	2,3	79,3
2. Quartal 1949	16,3	2,0	159,8
3. Quartal 1949	13,7	1,6	84,7
4. Quartal 1949	8,6	0,9	31,2
1. Quartal 1950	11,8	1,5	75,6
2. Quartal 1950	13,6	1,6	170,9
3. Quartal 1950	14,9	1,5	77,2
4. Quartal 1950	14,7	1,2	87,0
1. Quartal 1951	16,0	1,5	115,1
2. Quartal 1951	16,5	1,4	163,4

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

4. Schweden

Die wirtschaftliche Lage Schwedens glich bei Kriegsende in mancher Hinsicht derjenigen der Schweiz. In zahlreichen Abkommen konnten den kriegsgeschädigten Ländern Außenhandelskredite gewährt werden. Diese günstigen Voraussetzungen für die weitere Entwicklung schlugen jedoch infolge der Wirtschafts- und Währungspolitik der sozialistischen Regierung bald ins Gegenteil um. Das rohstoffreiche Land mit seinem vom Kriege verschont gebliebenen Produktionsapparat mußte, um die Zahlungsbilanz in Ordnung zu halten, zu einschneidenden Importrestriktionen Zuflucht nehmen.

Anläßlich der ersten Nachkriegsverhandlungen kamen die Schweiz und Schweden überein, den Außenhandel möglichst liberal zu gestalten und an der bisherigen Freiheit des Zahlungsverkehrs festzuhalten. Die Mitte 1946 durchgeführte Aufwertung der schwedischen Krone und die ungenügende Lieferfähigkeit der schwedischen Exportindustrie waren dafür verantwortlich, daß die schweizerische Einfuhr aus Schweden weit hinter den Exporten nach diesem Land zurückblieb, so daß Schweden erhebliche Goldüberweisungen vorzunehmen hatte. Um die erschöpften Goldreserven zu schonen, erließ Schweden im März 1947 drastische Einfuhrbeschränkungen. Gleichzeitig wurde ein Sparplan aufgestellt, gemäß welchem die Importe aus Hartwährungsländern auf lebensnotwendige Güter beschränkt wurden. Da Schweden auf die schweizerische Forderung einer angemessenen Berücksichtigung der traditionellen Ausfuhrstruktur nicht eingehen wollte, bestand vom Juli 1947 bis April 1948 ein vertragsloser Zustand. Ein neues, für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossenes Abkommen über den Warenverkehr, verbunden mit einem Zahlungsabkommen, das einen Währungskredit von 30 Millionen Franken einräumte, sah das Prinzip des

selbsttragenden Zahlungsverkehrs vor. Neben dem Kredit bildete die schwedische Ausfuhr die einzige Grundlage des Zahlungsverkehrs. Aus den Exporterlösen mußten auch die aus den unsichtbaren Posten entstehenden Verpflichtungen gedeckt werden. Die schweizerischen Importe blieben jedoch weit hinter dem im Warenabkommen vorgesehenen Umfang zurück, so daß der Währungskredit bald ausgenützt war und Goldüberweisungen vorgenommen werden mußten. Trotz energischen Vorstellungen von seiten der Schweiz konnte sich Schweden nicht bereit erklären, die Mitte 1949 fällig werdende zweite Hälfte der Importkontingente freizugeben. Obwohl praktisch keine Einfuhrbewilligungen mehr erteilt wurden, vermochte Schweden seine Zahlungsbilanzlage gegenüber der Schweiz nicht zu verbessern, da die schweizerischen Bezüge nicht einmal mehr die Hälfte der vorgesehenen Monatsdurchschnitte erreichten. Eine Globalkompensation mit schwedischer Butter im Betrage von 2,4 Millionen Franken, wovon 75 % in den Dienst der Ausfuhr gestellt wurden, erlaubte die Aufrechterhaltung der schweizerischen Exporte in bescheidenem Rahmen ¹⁾.

Die Ausgangslage für die Handelsbesprechungen im April und Mai 1950 war dadurch gekennzeichnet, daß Schweden angesichts des geringen Goldbestandes nach wie vor auf der Bilateralität des Außenhandels bestehen mußte und die von der OECE beschlossene Liberalisierung nicht auf die Importe aus der Schweiz ausdehnen konnte. Das Zahlungsabkommen wurde mit einigen Abänderungen (u. a. Herabsetzung des Währungskredits auf 20 Millionen Franken) verlängert. Der für ein Jahr aufgestellte Zahlungsplan sah einen schwedischen Exporterlös von rund 60 Millionen Franken vor, wovon jedoch ein Drittel für die Honorierung noch nicht ausgenützter schwedischer Importlizenzen und zur Bezahlung der unsichtbaren Ausfuhr abgezweigt werden mußte. Die Warenkontingente wurden um etwa die Hälfte gekürzt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die vorjährigen Kontingente von Schweden nur zu 50 % freigegeben worden waren. Die Aufstellung der Kontingente erfolgte unter Berücksichtigung der Wünsche beider Partner, so daß vermehrte Quoten für non essentials bereitgestellt wurden ²⁾.

Die Abwertung der schwedischen Krone brachte nur eine geringe Belebung der Einfuhren aus diesem Lande. Die schwedischen Lieferungen konzentrierten sich auf einige wenige, konjunkturrempfindliche Waren (Zellulose, Stahlwaren, Maschinen), wobei der schwedische Zellulosepreis weitgehend von den Vereinigten Staaten als Hauptabnehmer bestimmt war, so daß sich die Abwertung gerade bei diesem wichtigen Artikel nur ungenügend auswirkte. Bei den Stahlwaren wurde die deutsche Konkurrenz auf dem schweizerischen Markt immer fühlbarer. Soweit abwertungsbedingte Preissenkungen eintraten, konnten sie infolge der bereits voll-

¹⁾ Vgl. 40. Bericht des Bundesrates vom 17. Februar 1950.

²⁾ Vgl. 41. Bericht des Bundesrates vom 9. August 1950.

beschäftigten schwedischen Produktionskapazität nicht vollständig ausgewertet werden. Die abwertungsbedingte Verteuerung der schweizerischen Lieferungen spielte praktisch für den Absatz keine Rolle. Die Behinderung der Ausfuhr erfolgte ausschließlich durch die mangelnde Zahlungsfähigkeit Schwedens.

Eine grundlegende Änderung erfuhren die Außenhandelsbeziehungen erst mit dem Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion. Schweden dehnte ab 1. November 1950 die Anwendung der Freiliste auf Lieferungen aus der Schweiz aus, da es infolge der im Rahmen der Zahlungsunion verwirklichten Multilateralität nicht mehr befürchten mußte, den Ausgleich der in der Regel passiven Zahlungsbilanz gegenüber der Schweiz durch Gold vornehmen zu müssen. Für die nicht liberalisierten schwedischen Importe wurden neue, zum Teil stark erhöhte Kontingente festgelegt. Die seit Jahren zurückgestaute schwedische Nachfrage führte zu einer erheblichen Steigerung der schweizerischen Exporte. Der erwartete durchschnittliche Ausfuhrwert pro Monat wurde um das drei- bis vierfache übertroffen, so daß statt des von Schweden erwarteten Ausfuhrüberschusses ein erheblicher Einfuhrüberschuß eintrat.

Ausfuhr nach Schweden

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	24,8	3,0	94,7
4. Quartal 1948	38,1	3,7	148,3
1. Quartal 1949	28,2	2,7	146,9
2. Quartal 1949	17,3	2,1	110,2
3. Quartal 1949	13,1	1,5	90,3
4. Quartal 1949	7,8	0,8	48,4
1. Quartal 1950	12,2	1,5	84,7
2. Quartal 1950	11,3	1,3	74,8
3. Quartal 1950	15,5	1,6	86,6
4. Quartal 1950	29,9	2,4	143,8
1. Quartal 1951	34,2	3,2	144,9
2. Quartal 1951	39,7	3,4	145,4

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

5. Norwegen

In der Nachkriegszeit litt auch Norwegen unter einer schlechten Zahlungsbilanz, so daß eine strenge Devisenbewirtschaftung durchgeführt werden mußte. Die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Norwegen waren durch periodisch revidierte Zahlungs- und Warenabkommen geregelt, wobei der Währungskredit ab 1947 zehn Millionen Franken betrug. Bei den Wirtschaftsverhandlungen zeigte es sich immer, daß die Entwicklung des Warenaustausches zwischen beiden Partnern in erster Linie vom

Umfang der norwegischen Lieferungen abhängig war. Für das Vertragsjahr 1948/1949 wurden im Interesse der norwegischen Zahlungsbilanz vorerst nur zwei Drittel der Kontingente freigegeben. Die rückläufigen Bezüge der Schweiz erlaubten es Norwegen nicht, die restlichen Kontingente freizugeben. Für das Vertragsjahr 1949/1950 wurden angesichts der weiterhin begrenzten Absatzmöglichkeiten der norwegischen Produkte die Warenlisten unter Wahrung der schweizerischen Ausfuhrstruktur um ein Viertel gekürzt ¹⁾.

Auch die Abwertung der norwegischen Krone vermochte die Lieferungen nach der Schweiz nicht anzuregen. Bei den wichtigsten Exportwaren wurden die durch die Abwertung erzielten Preisvorteile durch Preiserhöhungen weitgehend neutralisiert. Wie der norwegische Außenhandel mit anderen Ländern zeigt, konnten die für den Export zur Verfügung stehenden Warenmengen mühelos abgesetzt werden, so daß es den norwegischen Exporteuren an Interesse zu fehlen schien, den schweizerischen Markt gründlicher zu bearbeiten. Somit wurde die Vergrößerung des Absatzes von Schweizer Produkten, die trotz der Abwertung auf dem norwegischen Markt im allgemeinen konkurrenzfähig geblieben waren und sich einer starken Nachfrage erfreuten, verunmöglicht. Der trotz der annähernd ausgeglichenen Warenlisten eingetretene starke Ausfuhrüberschuß der Schweiz kam durch die Bezahlung von dringend benötigten Waren (Maschinen) in freien Devisen, teilweise mit Hilfe des Marshallplans ²⁾, sowie durch zusätzlichen Warenaustausch außerhalb der vereinbarten Kontingente zustande.

Die Abwertung hatte die Zahlungsbilanz Norwegens nicht zu verbessern vermocht. Der Einfuhrüberschuß nahm laufend zu, so daß die Behörden auch eine nur teilweise Liberalisierung nicht in Erwägung ziehen konnten. Nach dem Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion war die Norwegen eingeräumte Kreditquote infolge des Wiederaufbau- und Rüstungsprogramms bald stark beansprucht, so daß dieses Land eine starke Reduktion der Konsumgütereinfuhr anstreben mußte ³⁾.

Ausfuhr nach Norwegen

	Mio. Fr.	in ‰ der Gesamtausfuhr	in ‰ der Einfuhr
1948	32,1	0,9	193,4
1949	31,1	0,9	301,9
1950	23,0	0,6	144,7
1951	32,1	0,6	155,1

(Quelle: Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 1. Teil)

¹⁾ Vgl. 39. Bericht des Bundesrates vom 2. August 1949.

²⁾ 41. Bericht des Bundesrates vom 9. August 1950.

³⁾ Vgl. 42. Bericht des Bundesrates vom 9. Februar 1951.

6. Finnland

Der schweizerische Außenhandel mit Finnland wickelte sich gemäß einem im ersten Nachkriegsjahr abgeänderten Clearingabkommen vom September 1940 ab. Da das finnische Exportpreisniveau stark überhöht war, wurde von der schweizerischen Verrechnungsstelle auf allen Forderungen schweizerischer Exporteure eine Abgabe von 18 % erhoben, die zur Verbilligung der Importe aus Finnland diente.

Nachdem die finnische Währung bereits im Juli 1949 um durchschnittlich 15,05 % abgewertet worden war, mußte sie als Folge der Abwertungswelle vom September 1949 ein zweites Mal abgewertet werden. Im Anschluß an diese Abwertung stellte die Schweiz die Erhebung der Preisausgleichsabgabe ein.

Die Struktur der finnischen Exporte ist einseitig auf Holzprodukte ausgerichtet. Da der schweizerische Markt mit diesen Produkten weitgehend versehen war und die Preise trotz des Ausgleichs im Vergleich zum Weltmarkt recht hoch lagen, wurde der für die Jahre 1949/1950 vereinbarte Wert der finnischen Lieferungen bei weitem nicht erreicht. Das im Februar 1950 abgelaufene Warenabkommen wurde um sechs Monate verlängert, da die vereinbarten Kontingente noch nicht ausgenützt waren. Die zweimalige Abwertung der Finnmark vermochte die Konkurrenzfähigkeit der finnischen Produkte auf dem schweizerischen Markt nicht herzustellen. Das finnische Exportpreisniveau war im Vergleich zu demjenigen anderer Abwertungsländer immer noch überhöht, so daß die Ausrichtung von Preisüberbrückungsbeiträgen bei einigen Importpositionen nach wie vor erforderlich war ¹⁾. An eine Steigerung der schweizerischen Exporte war nicht zu denken, obwohl in Finnland großes Interesse für Maschinen bestand, wie kleinere Zahlungen in freien Devisen für diese begehrten Güter bewiesen.

Erst die durch die Koreakrise hervorgerufenen Versorgungsschwierigkeiten bei den Rohstoffen ließen die Nachfrage nach den speziellen finnischen Exportprodukten vorübergehend steigen. Damit konnten die schweizerischen Lieferungen im Jahre 1951 gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt werden. Nach dem Abklingen der Hausse mußte Finnland jedoch eine neue Verschlechterung seiner Zahlungsbilanz in Kauf nehmen, so daß wiederum zu Importbeschränkungen Zuflucht genommen werden mußte. Der bilateral geregelte Außenhandel erwies sich als äußerst konjunkturrempfindlich, ein Nachteil, der durch den Beitritt Finnlands zur Europäischen Zahlungsunion wenigstens teilweise gemildert worden wäre.

<i>Ausfuhr nach Finnland</i>			
	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
1948	18,6	0,5	95,4
1949	18,9	0,5	309,8

¹⁾ Vgl. 40. Bericht des Bundesrates vom 17. Februar 1950.

1950	12,7	0,3	146,0
1951	23,5	0,5	54,4

(Quelle: Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 1. Teil)

7. Österreich

Die Schweiz war das erste Land, mit welchem Österreich nach dem Kriege ein Handelsabkommen abschloß. Es beruhte auf der Clearing-Basis, wobei die Einfuhr nach der Schweiz keinerlei Beschränkungen unterlag, die schweizerischen Lieferungen dagegen kontingentiert waren. Als besondere Vergünstigung wurde Österreich die Möglichkeit zugestanden, seine Clearingguthaben in der Schweiz für Käufe in Drittländern zu verwenden.

Während bis 1948 der Außenhandel mit Österreich stark passiv war, zum Teil als Folge der Erschwerungen, die Österreich den Importen aus der Schweiz in den Weg legte, fiel die schweizerische Einfuhr im Jahre 1949 stark zurück, so daß sich ein Aktivsaldo einstellte. Die österreichischen Produkte waren infolge des überhöhten Wechselkurses in der Schweiz nicht konkurrenzfähig, obwohl die österreichische Nationalbank Preisüberbrückungsmaßnahmen vornahm. Die schweizerische Ausfuhr war durch das Vorgehen der österreichischen Behörden gehemmt, die dem Importeur je nach Warenkategorie einen größeren oder kleineren Teil der benötigten Schweizerfranken zu einem billigeren Kurs überließen, während der Restbetrag zu einem höheren Kurs erworben werden mußte.

Auch nach der Abwertung des Schilling, die zwei Monate nach der allgemeinen Abwertung der übrigen Währungen vorgenommen wurde, wurden gewisse Einfuhrgüter durch die Anwendung differenzierter Wechselkurse diskriminiert. Die Passivität der Zahlungsbilanz, aber auch Sonderinteressen gewisser österreichischer Produzentenverbände führten dazu, daß die schweizerischen Exportmöglichkeiten ungenügend blieben. Die für das Vertragsjahr 1949/1950 festgesetzten schweizerischen Ausfuhrkontingente konnten mangels genügender Clearingalimentierung nur zum Teil freigegeben werden, so daß die im vertraulichen Zusatzprotokoll vom Dezember 1949¹⁾ vereinbarte vermehrte Berücksichtigung der schweizerischen Exportstruktur nicht realisiert werden konnte.

In der Europäischen Zahlungsunion erhielt Österreich ein Sonderstatut. Es war von der vollständigen Durchführung der Liberalisierungsbestimmungen befreit und gelangte in den Genuß einer «strukturellen Hilfe» in der Höhe von 80 Millionen Dollars. Da diese Hilfe insbesondere zum Ankauf von Rohstoffen vorgesehen war, konnte sie nur in Ausnahmefällen für Importe aus der Schweiz verwendet werden. Erst mit der konjunkturbedingten Erhöhung der schweizerischen Einfuhren ab 1951 konnte auch der Export nach Österreich gesteigert werden.

¹⁾ Vgl. 40. Bericht des Bundesrates vom 17. Februar 1950.

Ausfuhr nach Österreich

	Mio. Fr.	in ‰ der Gesamtausfuhr	in ‰ der Einfuhr
3. Quartal 1948	15,3	1,9	66,2
4. Quartal 1948	19,7	1,9	81,1
1. Quartal 1949	14,6	1,8	97,3
2. Quartal 1949	16,1	1,9	113,4
3. Quartal 1949	16,6	1,9	112,2
4. Quartal 1949	17,4	1,8	130,8
1. Quartal 1950	13,5	1,7	135,0
2. Quartal 1950	16,0	1,9	119,4
3. Quartal 1950	27,0	2,7	142,9
4. Quartal 1950	25,9	2,0	122,7
1. Quartal 1951	25,8	2,4	113,7
2. Quartal 1951	32,5	2,7	119,5

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

8. Argentinien

Im Januar 1947 wurde mit Argentinien ein Handelsabkommen für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Seine Durchführung stieß aber schon ab 1948 auf erhebliche Schwierigkeiten, da dieses Land trotz der umfangreichen Getreidekäufe durch die Schweiz die Einfuhr von non essentials erschwerte oder vollständig unterband. Nur durch einige Kompensationsgeschäfte gelang es, den betroffenen Zweigen der schweizerischen Exportindustrie einige Lieferungsmöglichkeiten zu beschaffen. Nachdem sich die Versorgungslage auf dem Getreidemarkt verbessert hatte, war die Schweiz nicht mehr gezwungen, sich mit dem zu übersetzten Preisen angebotenen argentinischen Getreide einzudecken, so daß die Einfuhr im Jahre 1949 auf weniger als ein Viertel des Vorjahreswertes zurückging.

Auch nach der Abwertung wurde das System der gestaffelten Devisenkurse beibehalten. Die argentinischen Getreidepreise glichen sich denjenigen des Weltmarktes an, so daß die Schweiz wieder argentinisches Getreide beziehen konnte. Trotz des im August 1950 abgeschlossenen Zusatzabkommens zum ursprünglichen Handelsabkommen, in dem Argentinien Kontingente für bisher von der Einfuhr ausgeschlossene non essentials (Uhren, Textilien) zugestand, entwickelte sich der schweizerische Export infolge des vertragswidrigen Verhaltens der argentinischen Behörden im Jahre 1950 weiterhin rückläufig. Erst das Jahr 1951 brachte eine Exportsteigerung, da Argentinien mit der Durchführung des Abkommens begonnen hatte. Die von Argentinien freigegebenen Kontingente entsprachen jedoch nicht den Vereinbarungen des Zusatzabkommens; insbesondere die non essentials wurden durch die Anwendung eines erheblich höheren Wechselkurses diskriminiert. Trotz der erneuerten Abwertung des argentinischen Pesos im

Herbst 1950 gingen die schweizerischen Bezüge im Verlaufe des Jahres 1951 wieder zurück, so daß sich die Handelsbilanz für Argentinien passiv gestaltete, obwohl für das Vertragsjahr 1950/1951 nur etwa 60 % des im Zusatzabkommen vereinbarten Betrages für die schweizerischen Exporte freigegeben worden waren und für das zweite Semester 1951 überhaupt keine Zuteilungen erfolgten. Die abwertungsbedingte Verteuerung der Schweizer Waren blieb ohne Wirkung, da die Realisierung der Exporte von der durch Argentinien betriebenen Einfuhrpolitik abhängig war.

Ausfuhr nach Argentinien

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	27,4	3,0	71,4
4. Quartal 1948	25,8	2,5	78,7
1. Quartal 1949	12,4	1,5	32,8
2. Quartal 1949	11,9	1,4	70,8
3. Quartal 1949	33,0	3,8	217,1
4. Quartal 1949	18,0	1,9	92,3
1. Quartal 1950	15,2	1,9	54,5
2. Quartal 1950	20,2	2,4	56,9
3. Quartal 1950	21,1	2,1	64,5
4. Quartal 1950	12,5	1,0	43,7
1. Quartal 1951	19,7	1,9	87,9
2. Quartal 1951	27,3	2,3	74,4

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

9. Ägypten

Im Juli 1947 trat Ägypten aus dem Sterlinggebiet aus. Erst im September 1948 wurde mit diesem Land ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr geschlossen. Da Ägypten dringend Maschinen und Chemikalien benötigte, der Preis des Hauptexportartikels Baumwolle jedoch stark überhöht war, wurde Baumwolle aus Regierungsbeständen zu einem verbilligten Preis angeboten. Ägypten erklärte sich ferner bereit, ein Zahlungsbilanzdefizit im Betrage bis acht Millionen Franken in Dollars auszugleichen. Diese Dollargarantie mußte jedoch bei der Verlängerung des Abkommens im Mai 1949 auf ägyptischen Wunsch gestrichen werden.

Trotz des Preiszugeständnisses entwickelte sich die Einfuhr von Baumwolle nur ungenügend, so daß die Alimentierung des Zahlungsverkehrs zur Deckung der ägyptischen Verbindlichkeiten aus dem sichtbaren und unsichtbaren Verkehr nicht ausreichte. Da die aus früheren Jahren stammenden Guthaben in der Schweiz praktisch aufgebraucht waren, wurden Einfuhrbewilligungen durch Ägypten nur sehr spärlich erteilt. Ende August 1949 wurde ein Zusatzabkommen abgeschlossen, wonach sich die schwei-

zerische Ausfuhr nur noch im Rahmen von Kompensations- und Tripartitgeschäften mit ägyptischer Baumwolle abwickeln konnte. Damit auch die unsichtbare schweizerische Ausfuhr berücksichtigt werden konnte, mußten die Baumwollimporte 125 bis 200 % des Ausfuhrwertes betragen ¹⁾. Diese Maßnahme führte zu einer gewissen Belebung des Handelsverkehrs, war jedoch mit Nachteilen verbunden, so daß im April 1950 ein neues Abkommen unterzeichnet wurde. Die Neuerungen bestanden darin, daß dem schweizerischen Exporteur ägyptische Pfundgut geschrieben wurden, welche zu einem freien Kurs an Importeure ägyptischer Waren verkauft werden konnten. Für bestimmte Zahlungen wurde weiterhin der offizielle Kurs angewendet ²⁾. Ägypten ließ die Einfuhr von lebensnotwendigen Gütern ohne jede Beschränkung zu. Für less essentials wurde eine Globalsumme festgesetzt.

Die konjunkturbedingte starke Nachfrage nach ägyptischer Baumwolle erlaubte im Jahre 1950 eine Ausdehnung der schweizerischen Exporte. Die Abwertung des ägyptischen Pfundes blieb nahezu ohne Einfluß auf den Baumwollpreis, da nach kurzer Zeit eine Preiserhöhung erfolgte. Nach dem Abklingen der außergewöhnlichen Nachfrage im Jahre 1951 entwickelten sich die schweizerischen Bezüge wieder rückläufig, was sich auch auf den schweizerischen Export ungünstig auswirken mußte.

Ausfuhr nach Ägypten

	Mio. Fr.	in ‰ der Gesamtausfuhr	in ‰ der Einfuhr
3. Quartal 1948	5,0	0,6	54,9
4. Quartal 1948	8,8	0,9	91,7
1. Quartal 1949	9,4	1,2	72,3
2. Quartal 1949	10,2	1,2	204,0
3. Quartal 1949	7,9	0,9	129,5
4. Quartal 1949	9,6	1,0	72,7
1. Quartal 1950	12,7	1,6	128,3
2. Quartal 1950	10,0	1,2	116,3
3. Quartal 1950	11,2	1,1	59,6
4. Quartal 1950	16,3	1,3	66,0
1. Quartal 1951	8,2	0,8	52,2
2. Quartal 1951	8,4	0,7	140,0

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

¹⁾ Vgl. 40. Bericht des Bundesrates vom 17. Februar 1950.

²⁾ Vgl. 41. Bericht des Bundesrates vom 9. August 1950.

B. Die Ausfuhr nach den Teilabwertungsländern

Obwohl sich die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Exportgüter auch in den Teilabwertungsländern verschlechtert hatte, ist bei dieser Ländergruppe eine nicht geringe Ausweitung der Ausfuhren festzustellen. Ein großer Teil der Mehrexporte ging nach Westdeutschland, das wieder zu einem der wichtigsten Abnehmerländer aufstieg. Erhebliche Zunahmen verzeichneten ferner die Lieferungen nach Frankreich, Italien und Kanada. Die Tatsache, daß alle angeführten Länder in den Monaten vor der Abwertung die Einfuhrbeschränkungen und Diskriminierungen lockerten, zeigt, in welchem Maße die schweizerische Exportindustrie unter den durch die Zahlungsbilanzschwierigkeiten diktierten Maßnahmen der Abnehmerländer zu leiden hatte.

Ausfuhr nach den wichtigsten Teilabwertungsländern vor und nach den Abwertungen in Millionen Franken

				Zunahme
4. Quartal 1948	305,269	4. Quartal 1949	390,711	85,442
1. Quartal 1949	245,459	1. Quartal 1950 *	342,855	97,396
2. Quartal 1949	276,998	2. Quartal 1950 *	343,636	66,638

* Die Exporte von Golddraht (Zollposition 871) nach Italien im ersten und zweiten Quartal 1950 sind in den Ausfuhrwerten nicht enthalten.

(Berechnet nach der Tabelle «Einfuhr und Ausfuhr der Schweiz nach Ländern» in den Monatsberichten der Schweizerischen Nationalbank.)

1. Frankreich

Das erste Land, mit welchem die Schweiz nach Kriegsende ein Zahlungsabkommen abschloß, war Frankreich. Der im ursprünglichen Abkommen vom März 1945 vorgesehene Währungskredit betrug 250 Millionen Franken; er wurde im Jahre 1946 auf 300 Millionen Franken erhöht. Das Warenaustauschprogramm war von den umfangreichen Bedürfnissen Frankreichs für den Wiederaufbau und vom schweizerischen Bedarf an wichtigen Rohstoffen bestimmt.

Bis 1947 entwickelte sich der Warenaustausch zwischen beiden Ländern befriedigend. Die Lage änderte sich kurz nach dem Inkrafttreten am 1. August 1947 des für eine Dauer von fünfzehn Monaten abgeschlossenen Handelsabkommens, als die französische Ausfuhr infolge Preissteigerungen, Streiks und Abwertungserwartungen zurückging, während die schweizerischen Exporte noch zunahmen. Der Währungskredit wurde überzogen, so daß die Schweizerische Nationalbank durch zwei kurzfristige Reportgeschäfte zusätzliche Mittel im Betrage von 40 Millionen Franken zur Verfügung stellen mußte. Es war Frankreich nicht möglich, Gold zu überweisen. Im Februar 1948 stellten die französischen Behörden die Erteilung von

Importlizenzen während sechs Wochen ganz ein; sie wurden auf die schweizerische Intervention hin in stark reduziertem Umfang wieder erteilt. Nachdem sich trotz der Abwertung des französischen Frankens um 44 % die französische Handelsbilanz gegenüber der Schweiz nicht verbesserte, mußten die Ende Oktober 1948 abgelaufenen Kontingentslisten der schweizerischen Ausfuhr zu verschiedenen Malen bis Ende April 1949 ohne Erhöhung verlängert werden. Um Frankreich die Möglichkeit zu vermehrter Alimentierung des Zahlungsverkehrs zu geben, wurden die französischen Ausfuhrkontingente gleichzeitig erhöht. Im Mai 1949 trat ein vertragsloser Zustand ein, verursacht vor allem durch die Unnachgiebigkeit Frankreichs, das weiterhin ausschließlich Investitionsgüter sowie gewisse Roh- und Hilfsstoffe beziehen wollte, um seine auf 230 Millionen Franken zurückgegangene Verschuldung gegenüber der Schweiz nicht wieder zu erhöhen, während die Schweiz, die in der ersten Nachkriegszeit den französischen Bezugswünschen für den Wiederaufbau weitgehend nachgekommen war, nun eine vermehrte Berücksichtigung ihrer traditionellen Exportstruktur forderte ¹⁾. Die erneuten Bemühungen, zu einer beidseitig tragbaren Verständigung zu kommen, führten zum Abschluß eines ab 1. Juni 1949 während eines Jahres gültigen Handelsabkommens, das die schweizerischen Exportwünsche, insbesondere was die Textilien und Uhren betraf, angemessen berücksichtigte. Frankreich erklärte sich bereit, die Kreditbeanspruchung bis auf 265 Millionen Franken auszudehnen, behielt sich jedoch vor, die Einfuhrkontingente proportional zu kürzen, sollte der durchschnittliche Monatsexport nach der Schweiz unter ein bestimmtes Minimum fallen ¹⁾.

Es waren drei Ursachen, welche für das Ungleichgewicht in den französisch-schweizerischen Handelsbeziehungen insbesondere verantwortlich waren: 1. Großer Bedarf Frankreichs an Investitionsgütern für den Wiederaufbau; 2. überhöhter Wechselkurs des französischen Frankens; 3. provisorische Aufhebung des französischen Zollltarifs, um die Versorgung des Landes zu erleichtern. Die Sättigung des französischen Wiederaufbau- und Nachholbedarfes, das Wiedererstehen der französischen Produktionsstätten, die Beseitigung des künstlich überhöhten Wechselkurses durch die Abwertungen vom Januar 1948 und September 1949 sowie die allmähliche Einführung des französischen Wertzollltarifes waren Faktoren, die ein besseres Gleichgewicht des gegenseitigen Warenaustausches erhoffen ließen.

Bereits vor der Abwertung vom September 1949 hatte sich der Preis einer Anzahl schweizerischer Produkte auf dem französischen Markt durch die stufenweise Einführung des neuen Zollltarifs ansehnlich erhöht. Nach der Abwertung konnte Frankreich es wagen, die Schweiz nicht von den Liberalisierungsmaßnahmen gemäß den OECE-Normen auszunehmen, wie dies viele Weichwährungsländer unter Berufung auf die Gefahr eines untragbaren Goldabflusses getan hatten. Am 15. Dezember 1949 unterlagen 40 bis 50 % der schweizerischen Ausfuhren nach Frankreich keinen Ein-

¹⁾ Vgl. 39. Bericht des Bundesrates vom 2. August 1949.

fuhrbeschränkungen mehr. Dagegen konnte Frankreich nicht dazu gebracht werden, seinen stark protektionistischen Zolltarif für Schweizer Waren auf ein angemessenes Maß zu reduzieren. Gleichzeitig mit der Liberalisierung trat für eine ganze Reihe Positionen der Zolltarif in Kraft.

Trotz der Verteuerung waren die schweizerischen Produkte in Frankreich im allgemeinen konkurrenzfähig, wie die Entwicklung der Exporte nach der Liberalisierung zeigt. Daß die Zunahme nur in bescheidenem Maße erfolgte, war zum großen Teil auf die sehr hohen, teilweise prohibitiven französischen Zollsätze zurückzuführen. Die Zahlungsbilanzsituation Frankreichs wurde weiter verbessert, als die Schweiz im zweiten Semester 1950 ihre Bezüge stark erhöhte. Die Voraussetzungen für eine weitgehende Suspendierung der noch bestehenden französischen Einfuhrbeschränkungen gegenüber der Schweiz waren zweifellos gegeben. Entsprechende schweizerische Vorstöße stießen jedoch auf unüberwindlichen Widerstand. Ebenso weigerten sich die französischen Behörden, Besprechungen über die Herabsetzung der Zollsätze zu führen, obwohl bei einzelnen Warengattungen die Liberalisierung durch die Einfuhrzölle illusorisch gemacht wurde. An Stelle der Zahlungsbilanzschwierigkeiten waren protektionistische Interessen gewisser französischer Industriezweige getreten. Dank der Zunahme der schweizerischen Bezüge konnten die französischen Einfuhrkontingente im noch nicht liberalisierten Sektor verschiedentlich erhöht werden. Während jedoch Frankreich gegenüber der Schweiz laufend einen Zahlungsbilanzüberschuß erzielte, verschlechterte sich seine Situation innerhalb der Europäischen Zahlungsunion, so daß zu Beginn des Jahres 1952 sämtliche Liberalisierungsmaßnahmen einseitig widerrufen werden mußten.

Ausfuhr nach Frankreich

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	74,9	9,1	81,6
4. Quartal 1948	71,7	7,0	68,4
1. Quartal 1949	47,6	5,9	55,2
2. Quartal 1949	49,7	6,0	58,2
3. Quartal 1949	64,0	7,5	75,8
4. Quartal 1949	78,8	8,2	81,3
1. Quartal 1950	85,5	10,7	89,5
2. Quartal 1950	92,0	10,9	95,8
3. Quartal 1950	85,7	8,6	61,3
4. Quartal 1950	94,9	7,5	52,7
1. Quartal 1951	76,6	7,2	43,2
2. Quartal 1951	105,2	8,9	62,1

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

2. West-Deutschland

In den ersten Nachkriegsjahren war eine Normalisierung der Handelsbeziehungen mit Deutschland noch nicht möglich. Der Warenaustausch wickelte sich in beschränktem Umfang auf Grund von Abmachungen mit den Besatzungsbehörden ab. Diese bestanden darauf, daß die aus dem deutschen Export anfallenden Mittel konvertiert und zu Bezügen von lebenswichtigen Waren aus Drittländern verwendet werden konnten. Importe von Gütern schweizerischer Provenienz wurden trotz der Bemühungen der Schweizer Behörden nur in bescheidenem Umfang zugelassen. Anlässlich der Wirtschaftsverhandlungen des Jahres 1948 konnten die schweizerischen Einfuhren wenigstens teilweise in den Dienst der Ausfuhr gestellt werden, wobei jedoch weiterhin die Konvertibilität des deutschen Aktivsaldos zugestanden werden mußte; für unsichtbare Exporte konnten überhaupt keine Zugeständnisse erwirkt werden. Infolge der schleppenden Erteilung von deutschen Einfuhrlizenzen war die Ausfuhr weiterhin ungenügend, während im Jahre 1948 vom deutschen Ausfuhrüberschuß ein Betrag von 79,7 Millionen Franken für Bezüge aus Drittländern konvertiert werden mußten ¹⁾. Der Konjunkturverlauf in der schweizerischen Exportindustrie ließ es angezeigt erscheinen, die traditionelle Exportstruktur auch gegenüber dem ehemals wichtigsten Abnehmerland wieder herzustellen, weshalb die Handelsabkommen mit den westdeutschen Besatzungszonen auf Ende April 1949 von der Schweiz gekündigt wurden.

Die Verhandlungen führten zunächst zu keiner Einigung, so daß ein vertragsloser Zustand eintrat. Die Ausgangslage war ähnlich derjenigen, die zu einer vertragslosen Periode in den Beziehungen zu Frankreich geführt hatte. Beide Handelspartner erwarteten von der Schweiz die Weiterführung der liberalen Einfuhrpolitik, während sie der Struktur der schweizerischen Exportwirtschaft durch die Weigerung, in angemessenem Maße nicht lebenswichtige Güter zu beziehen, in keiner Weise Rechnung tragen wollten. Während man sich mit Frankreich schließlich auf einen für beide Seiten tragbaren Kompromiß einigte, erfuhr die bisherige Auffassung der kompetenten Behörden in Deutschland eine radikale Wandlung. West-Deutschland verzichtete der Schweiz gegenüber auf jede weitere Diskriminierung der non essentials. Über die Zusammensetzung der schweizerischen Exporte, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sollte allein die deutsche Nachfrage entscheiden, während der Umfang der Exporte durch die deutschen Ausfuhrerlöse bestimmt war. Das Mitte September 1949 in Kraft gesetzte Zahlungsabkommen sah einen Währungskredit von 34,4 Millionen Franken vor ²⁾.

Als Folge der neuen Einfuhrpolitik Deutschlands nahmen die schweizerischen Lieferungen nach diesem Lande enorm zu. Der traditionelle Ein-

¹⁾ 39. Bericht des Bundesrates vom 2. August 1949.

²⁾ 40. Bericht des Bundesrates vom 17. Februar 1950.

fuhrüberschuß der Schweiz verwandelte sich vorübergehend in einen Ausfuhrüberschuß. Im Dezember 1949 lag Deutschland unter den Abnehmerländern an erster Stelle. Die Abwertung der deutschen Mark hatte auf die Nachfrage keinen nachteiligen Einfluß. Der enorme Nachholbedarf, erstmals durch keinerlei diskriminierende Maßnahmen gehemmt, manifestierte sich ungeachtet der Preiserhöhung. Für die Schweiz war diese Entwicklung von besonderer Bedeutung, öffnete sich doch der deutsche Markt gerade in dem Moment, da der Absatz in anderen Ländern infolge von Zahlungsbilanzschwierigkeiten auf größere Hindernisse stieß.

Im ersten Semester 1950 unterlagen die Exporte nach Deutschland wieder einer rückläufigen Bewegung. Zuzufolge Zahlungsbilanzschwierigkeiten wurde die Erteilung von deutschen Einfuhrbewilligungen verlangsamt. Im September 1950 erfolgte die Anpassung des Handels- und Zahlungsabkommens an die Normen der Europäischen Zahlungsunion, unter Festsetzung von Kontingenten für den nicht liberalisierten Sektor. Die Inkraftsetzung dieser Abmachungen konnte infolge der Verzögerung der Ratifizierung durch die Alliierte Hohe Kommission erst Ende Januar 1951 rückwirkend erfolgen. Aber bereits Ende Februar 1951 mußte Deutschland infolge der akut werdenden Zahlungsbilanzkrise seine Liberalisierungsmaßnahmen außer Kraft setzen und auch die Erteilung von Einfuhrbewilligungen im Rahmen der vertragsmäßig festgelegten Kontingente einstellen. Die Verschuldung Deutschlands gegenüber der Europäischen Zahlungsunion war nicht auf seinen Außenhandel mit der Schweiz, der stets einen Aktivsaldo ergab, zurückzuführen. Die Aktivüberschüsse gegenüber der Schweiz dienten innerhalb der Europäischen Zahlungsunion dazu, die Defizite gegenüber Drittländern (Frankreich, Großbritannien) zu decken. Obwohl die Suspendierung der Liberalisierung bis Ende 1951 in Kraft blieb, verzeichnete die schweizerische Ausfuhr namentlich im zweiten Semester, teilweise dank der durch die OECE an Deutschland gewährten Hilfe, eine Intensivierung. Verschiedene Ansätze des im Oktober 1951 in Kraft getretenen neuen deutschen Wertzolltarifs wurden durch einen Zollvertrag auf ein tragbares Maß reduziert. Dieser Vertrag sowie die Re-liberalisierung bewirkten eine weitere Steigerung der schweizerischen Lieferungen. Die gegenüber Deutschland traditionell umfangreichen Passivsalidi der Schweiz wirkten sich, über die Europäische Zahlungsunion verrechnet, zu Gunsten des Exportes nach den übrigen Mitgliedsländern der Union aus und verringerten die Inanspruchnahme der schweizerischen Kreditquote.

Ausfuhr nach Deutschland

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	15,5	1,9	19,9
4. Quartal 1948	26,9	2,6	32,4

1. Quartal 1949	38,1	4,7	47,3
2. Quartal 1949	67,0	8,1	81,2
3. Quartal 1949	75,3	8,8	94,0
4. Quartal 1949	133,2	13,9	149,8
1. Quartal 1950	87,2	10,9	108,5
2. Quartal 1950	65,0	7,7	63,2
3. Quartal 1950	87,2	8,7	61,1
4. Quartal 1950	122,8	9,7	71,5
1. Quartal 1951	110,5	10,4	57,9
2. Quartal 1951	72,3	6,1	30,8

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

Die in obigen Zahlen inbegriffene Ausfuhr nach Ostdeutschland erreichte folgende Werte:

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr nach Deutschland
1948	3,4	4,9
1949	6,9	2,2
1950	14,1	3,9
1951	22,5	5,3

(Quelle: Jahresbericht der Schweiz. Handelsstatistik, 1. Teil, 1949 Seite 15; 1951 Seite 16)

3. Belgien/Luxemburg ¹⁾

Eines der wenigen Gebiete, mit denen der schweizerische Außenhandel nach dem zweiten Weltkrieg im Vergleich zur Vorkriegszeit eine starke Zunahme erfahren hat, ist die belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion. Die Außenhandelspolitik der belgischen Behörden war möglichst liberal, wobei von der Diskriminierung der non essentials vollständig abgesehen wurde. Dies wurde ermöglicht durch die Tatsache, daß Belgien eine günstige Zahlungsbilanzsituation aufzuweisen hatte. Nach vorübergehender Kreditaufnahme konnte Belgien bald seinerseits Kredite gewähren. Das im Jahre 1945 abgeschlossene Zahlungsabkommen sah einen Währungskredit von 50 Millionen Franken vor, der infolge der ausgeglichenen Zahlungsbilanz im folgenden Jahre auf 20 Millionen Franken reduziert wurde ²⁾. Während bei den meisten von der Schweiz abgeschlossenen bilateralen Wirtschaftsabkommen die jeweils vereinbarten Kontingente zu optimistisch bemessen waren, lagen beim Warenaustausch Schweiz-Belgien die erreichten Werte immer über den Schätzungen der Verhandlungsdelegationen.

¹⁾ Unter Belgien wird im Folgenden die belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion verstanden.

²⁾ 33. Bericht des Bundesrates vom 13. September 1946.

Ein erheblicher Importrückgang im Jahre 1949 verwandelte den traditionellen Passivsaldo der Handelsbilanz gegenüber Belgien, das unter den Abnehmerländern weiterhin an zweiter Stelle figurierte, in einen Aktivsaldo, so daß erhebliche Goldzessionen geleistet werden mußten. Das Zahlungsabkommen wurde deshalb durch Belgien gekündigt. Nach der Abwertung des belgischen Frankens war anzunehmen, daß sich der Warenaustausch zwischen beiden Ländern wieder besser ausgleichen werde. Das Zahlungsabkommen wurde nicht erneuert und die bilaterale Bindung des Zahlungsverkehrs beseitigt. Die Bestimmung des Wechselkurses erfolgte innerhalb bestimmter Grenzen (Arbitragemöglichkeit zum Dollar) durch Angebot und Nachfrage. Der Warenaustausch wurde mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Erzeugnisse von der Kontingentierung befreit ¹⁾.

Der eingetretene Ausfuhrückgang dürfte nur zu einem kleinen Teil auf die abwertungsbedingte Verteuerung der schweizerischen Exporte zurückzuführen sein. In der Tat setzte er schon zu Beginn des Jahres 1949 ein, im Rahmen der Normalisierung des europäischen Außenhandels und dem Wiederauftreten der europäischen Konkurrenz. Die Aufhebung der formellen Kontingentierung konnte auf den Warenaustausch keinen Einfluß haben, da von ihr nur in Ausnahmefällen eine hemmende Wirkung ausgegangen war. Zweifellos wurde der Absatz der schweizerischen Exportgüter durch die Abwertung weiter erschwert, da die Preise schon vor der Paritätsänderung von den belgischen Abnehmern teilweise als sehr hoch empfunden wurden. Die zurückhaltend kalkulierenden schweizerischen Exporteure waren in ihren Bemühungen jedoch durch die Tatsache unterstützt, daß sowohl die Qualität als auch die Struktur ihres Angebots dem belgischen Bedarf entsprachen.

Ausfuhr nach Belgien/Luxemburg

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	86,6	10,5	99,8
4. Quartal 1948	112,6	11,0	131,5
1. Quartal 1949	81,1	10,0	103,0
2. Quartal 1949	78,0	10,1	140,5
3. Quartal 1949	87,1	10,2	209,4
4. Quartal 1949	73,5	7,6	140,5
1. Quartal 1950	67,1	8,4	168,6
2. Quartal 1950	69,4	8,2	144,9
3. Quartal 1950	64,4	6,4	97,0
4. Quartal 1950	80,2	6,3	100,6
1. Quartal 1951	71,9	6,8	68,3
2. Quartal 1951	71,4	6,0	65,9

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

¹⁾ Vgl. 40. Bericht des Bundesrates vom 17. Februar 1950.

4. Italien

Nach dem zweiten Weltkrieg wickelte sich der Gütertausch mit Italien auf der Basis von privaten Kompensationsgeschäften ab. Dringend benötigte Waren wurden von der Schweiz in freien Devisen beglichen, die teilweise auf ein besonderes Konto überwiesen wurden, aus welchem Italien Bezahlungen für unsichtbare Importe aus der Schweiz entrichten konnte.

Der Warenaustausch entwickelte sich zunächst befriedigend. Die Sättigung des schweizerischen Marktes, billigere Bezugsmöglichkeiten in anderen Ländern und das von den italienischen Behörden schwerfällig gehandhabte Kompensationssystem trugen dazu bei, daß die Importe aus Italien im Jahre 1949 stark zurückgingen. Trotz dem dadurch gestiegenen Kompensationskurs nahmen die Exporte im gleichen Jahre zu, so daß sich der bisherige Passivsaldo der Handelsbilanz in einen kleinen Aktivsaldo zu Gunsten der Schweiz verwandelte. Im Jahre 1950 ist in der Handelsstatistik ein großer Aktivsaldo zu Gunsten der Schweiz ausgewiesen, der jedoch ausschließlich auf internationale Goldverschiebungen in der Form von Golddraht zurückzuführen ist. Die Bilanz des eigentlichen Warenaustausches war auf erhöhtem Niveau annähernd ausgeglichen. Mitte 1950 setzte Italien einen neuen, hochprotektionistischen Wertzolltarif in Kraft. Die Reduktionen, die anlässlich der Zolltarifverhandlungen von Italien erwirkt werden konnten, waren für viele Sektoren der schweizerischen Exportwirtschaft unbefriedigend. In Erwartung der Zollerhöhung wickelten die betroffenen Kreise noch möglichst viele Geschäfte ab, was deutlich aus den Exportwerten des ersten Semesters 1950 hervorgeht ¹⁾. Allein die Umstellung vom Gewichts- auf das Wertzollsystem mußte die hochwertigen schweizerischen Exporterzeugnisse stärker treffen als die von anderen Ländern exportierten Standardwaren. Das Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion erforderte die Aufgabe des bisher angewandten Reziprozitätssystems und den Abschluß eines Zahlungsabkommens sowie die Aufstellung von Kontingentslisten für den nicht liberalisierten Sektor.

Sowohl im Jahre 1950 als auch im Jahre 1951 verzeichneten die Exporte nach Italien trotz der protektionistischen Einfuhrzölle steigende Tendenz, was auf den erhöhten Bedarf und den günstigeren Umrechnungskurs auf Grund des Zahlungsabkommens zurückzuführen war. Es ist nicht anzunehmen, daß unter diesen Umständen die bescheidene Abwertung der italienischen Lira einen nachteiligen Einfluß auf die schweizerischen Exportmöglichkeiten haben konnte.

Ausfuhr nach Italien

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	57,8	7,0	81,5
4. Quartal 1948	69,2	6,8	101,3

¹⁾ Vgl. 41. Bericht des Bundesrates vom 9. August 1950.

1. Quartal 1949	59,1	7,3	100,0
2. Quartal 1949	60,7	7,3	101,0
3. Quartal 1949	59,2	6,9	93,5
4. Quartal 1949	76,0	7,9	113,6
1. Quartal 1950 *	75,8	9,5	116,1
2. Quartal 1950 *	89,3	10,6	107,9
3. Quartal 1950 *	58,5	5,9	66,7
4. Quartal 1950 *	99,8	7,9	114,3
1. Quartal 1951 *	92,0	8,7	92,0
2. Quartal 1951	89,1	7,5	92,8

* Die Exporte von Golddraht (Zollposition 871), die im Jahre 1950 rund 192 Millionen Franken ausmachten, sind in den Ausfuhrzahlen nicht enthalten.

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung. Monatsstatistik des Außenhandels der Schweiz für das Jahr 1950.)

5. Portugal

Nachdem im ersten Nachkriegsjahr die Handelsbilanz zwischen der Schweiz und Portugal auf hohem Niveau annähernd ausgeglichen war, entwickelten sich die Einfuhren der Schweiz bis 1949 stark rückläufig. Da die Ausfuhrwerte nicht in gleichem Maße abnahmen, stellte sich ein ansehnlicher Aktivsaldo zu Gunsten der Schweiz ein. Die schweizerischen Bemühungen, den Außenhandel mit Portugal auf bilaterale Basis zu stellen, unter angemessener Berücksichtigung der schweizerischen Exportstruktur, scheiterten am Widerstand dieses Handelspartners. Während der Ausfuhrrückgang in den beiden Vorjahren noch 23 bzw. 12 % betrug, ging er von 1949 auf 1950 auf 3 % zurück. Die Abwertung des Escudo dürfte somit keine nachteiligen Auswirkungen auf die schweizerischen Exportmöglichkeiten gehabt haben.

Ausfuhr nach Portugal

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	9,3	1,1	197,8
4. Quartal 1948	14,5	1,4	250,0
1. Quartal 1949	9,8	1,2	208,5
2. Quartal 1949	12,5	1,5	347,2
3. Quartal 1949	11,2	1,3	414,8
4. Quartal 1949	12,2	1,3	348,6
1. Quartal 1950	13,9	1,7	434,4
2. Quartal 1950	11,3	1,3	418,5
3. Quartal 1950	9,1	0,9	206,8
4. Quartal 1950	10,0	0,8	117,6
1. Quartal 1951	10,8	1,0	211,8
2. Quartal 1951	10,7	0,9	254,8

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

6. Kanada

Auf der Suche nach einem Ausgleich für die durch den Krieg verloren gegangenen Märkte fand die schweizerische Exportindustrie in Kanada einen aufnahmefähigen Markt. Ende 1947 zwang jedoch die Zahlungsbilanzlage Kanadas zum Erlaß von weitgehenden Einfuhrbeschränkungen. Aus Grundsätzen der Gleichbehandlung wurde auch die Schweiz von diesen Maßnahmen betroffen, obwohl ihre Zahlungsbilanz gegenüber Kanada infolge der umfangreichen Getreideimporte immer stark passiv war. Die kanadischen Behörden trugen dieser Lage nur durch bescheidene Zusatzkontingente Rechnung. Erst ab Mitte 1950 konnten die meisten schweizerischen Exporterzeugnisse wieder frei in Kanada eingeführt werden, nachdem die Uhrenimporte bereits im Herbst 1949 liberalisiert worden waren. Die bescheidene Abwertung des kanadischen Dollars dürfte kaum abbremsend auf die infolge der Liberalisierungsmaßnahmen eingetretene Exportsteigerung gewirkt haben.

Ausfuhr nach Kanada

	Mio. Fr.	in % der Gesamtausfuhr	in % der Einfuhr
3. Quartal 1948	8,2	1,0	41,8
4. Quartal 1948	10,2	1,0	36,6
1. Quartal 1949	9,7	1,2	28,1
2. Quartal 1949	9,3	1,1	41,3
3. Quartal 1949	11,1	1,3	31,0
4. Quartal 1949	16,7	1,7	27,1
1. Quartal 1950	13,1	1,6	59,0
2. Quartal 1950	16,0	1,9	73,1
3. Quartal 1950	18,9	1,9	41,0
4. Quartal 1950	20,0	1,6	46,2
1. Quartal 1951	15,9	1,5	43,0
2. Quartal 1951	18,9	1,6	81,5

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

V. Die Ausfuhr nach den Nichtabwertungsländern

Die Exporte nach den Nichtabwertungsländern verzeichneten eine nicht sehr erhebliche Abnahme, die teilweise konjunkturell bedingt, teilweise durch wirtschaftliche Schwierigkeiten in einzelnen, für den schweizerischen Außenhandel unbedeutenden Ländern verursacht war. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, dem wichtigsten Abnehmerland in dieser Gruppe, wies keinen Rückgang auf, und es waren, gesamthaft gesehen, keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die Konkurrenzindustrien der Abwertungsländer die Absatzmöglichkeiten der schweizerischen Exportindustrie nennenswert zu beeinträchtigen vermochten.

*Ausfuhr nach den wichtigsten Nichtabwertungsländern vor und nach den Abwertungen
in Millionen Franken*

4. Quartal 1948	385,411	4. Quartal 1949	362,609	Differenz
1. Quartal 1949	309,395	1. Quartal 1950	266,974	— 22,802
2. Quartal 1949	311,534	2. Quartal 1950	302,034	— 42,421
				— 9,500

(Berechnet nach der Tabelle «Einfuhr und Ausfuhr der Schweiz nach Ländern» in den Monatsberichten der Schweizerischen Nationalbank.)

VI. Die Ausfuhr der schweizerischen Hauptexportindustrien

A. Maschinenindustrie

Die Maschinen- und Apparateindustrie fabriziert diejenigen Produkte, die im schweizerischen Zolltarif unter den Gruppen «Maschinen und mechanische Geräte», «Fahrzeuge» sowie «Instrumente und Apparate» ausgewiesen sind. Die Erzeugnisse werden nach allen Teilen der Welt geliefert. Etwa zwei Drittel der Produktion werden ausgeführt, wobei in gewissen Untergruppen und bei einzelnen Firmen die Exportquote wesentlich über dem Durchschnitt liegt ¹⁾. Der Export ist deshalb für das Gedeihen dieses Industriezweiges von erstrangiger Bedeutung. Der Wechsel der Nachfrage und der Bedürfnisse, aber auch die Einfuhrhindernisse von seiten der Absatzländer brachten wesentliche Schwankungen der Exportmöglichkeiten mit sich. Hauptsächliche Absatzgebiete sind die industrialisierten Länder. Aber auch in wirtschaftlichem Aufbau begriffene Regionen bieten eine nicht unbeträchtliche Absatzmöglichkeit. Den Wünschen der Kundschaft wird durch eine vielgestaltige Produktion nachgekommen. In gewissen Zweigen, wo die Einzelanfertigung von vorherrschender Bedeutung ist, besteht gegenüber der ausländischen Konkurrenz ein gewisser Vorteil, da die beweglicheren Mittelbetriebe der Schweiz besser in der Lage sind, sich besonderen Verhältnissen anzupassen. Diese Spezialarbeit ist auch weniger krisenempfindlich.

In der ersten Nachkriegszeit hatte die schweizerische Maschinenindustrie eine wichtige Aufgabe in der Befriedigung des Nachhol- und Wiederaufbaubedarfes vieler Staaten zu erfüllen. Dank des stark nachgefragten Lieferprogramms genoß sie eine privilegierte Behandlung durch die Devisenpolitik der meisten Länder, so daß immer wieder auch hohe Einfuhrschränken überwunden werden konnten. Auch der Ausfall der ausländischen, insbesondere der deutschen Konkurrenz trug zum hohen Beschäftigungsgrad mit laufend ansteigenden Beschäftigungszahlen bei. Ferner konnten handelspolitisch und absatzmäßig neue Märkte erschlossen werden, die bei starken Erschwerungen der Ausfuhr nach einem bestimmten Gebiet Ausweichmöglichkeiten boten. Oft überschritten jedoch die Absatzmöglichkeiten die zur Verfügung stehenden Kontingente.

Das Jahr 1947 war gekennzeichnet durch eine weitere Steigerung der

¹⁾ Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Ausgabe 1955, Band 2, Seite 172.

Produktion, wobei sich das Verhältnis zwischen Export und Inlandabsatz wieder dem Normalstand näherte. Auch im folgenden Jahr herrschte Vollbeschäftigung und die Beschäftigtenzahl erreichte einen Höchststand. Bei den langen Fabrikationsfristen dieses Industriezweiges widerspiegeln allerdings die Produktions- und Ausfuhrzahlen nicht die Absatzlage in der betreffenden Periode. Ein besseres Indiz bieten der Index des Beschäftigungsgrades und die Neueingänge an Aufträgen. Diese waren erstmals seit mehreren Jahren geringer als die Auslieferung fertiggestellter Erzeugnisse, so daß sich 1948 der Bestand an unerledigten Bestellungen um etwa ein Viertel verminderte.

Dennoch überschritt im Jahre 1949 die Ausfuhr erstmals die Milliarden-grenze. Nach Schätzungen des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller erreichte der Anteil der Ausfuhr an der Gesamtproduktion etwa 50 %¹⁾. Allerdings war der Eingang an definitiven Bestellungen, der rückläufigen Konjunkturlage entsprechend, nochmals geringer als die Auslieferungen. Dadurch wurden die in den ersten Nachkriegsjahren infolge des außergewöhnlichen Aufschwunges langen Lieferfristen auf ein normales Maß reduziert, was die Konkurrenzfähigkeit in dieser Beziehung verbesserte. Bei der Ausfuhr nach dem Sterlinggebiet mußte die von schweizerischer Seite geübte Kontingentierung beibehalten werden, so daß die trotz der Abwertung bestehenden Absatzmöglichkeiten bei weitem nicht ausgenutzt werden konnten, wenn auch gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Steigerung der Exporte zu verzeichnen war. Der starke Rückgang der Lieferungen nach Frankreich war hauptsächlich auf die handelspolitischen Schwierigkeiten zurückzuführen; die am Ende des Jahres erlassenen Liberalisierungsbestimmungen wurden durch die Zollerhöhungen neutralisiert. Dank dem mit Deutschland zustande gekommenen Handelsvertrag verzeichneten die Lieferungen nach diesem Land eine erfreulich starke Steigerung. Dagegen blieb die fast vollständige Liberalisierung des Außenhandels mit Belgien/Luxemburg für die Maschinen- und Apparateindustrie ohne Auswirkungen; die Ausfuhr verlief infolge der Schwierigkeiten, denen sich die belgische Wirtschaft gegenübergestellt sah, leicht abnehmend. Die ungenügende Einfuhr aus Holland und die vollständige Ausnützung der staatlichen und privaten Kredite führte auch zu einer beträchtlichen Kürzung der Maschinen- und Apparateausfuhr. Das Gleiche traf für die Lieferungen nach Schweden zu. Eine geringe Erhöhung der Ausfuhr konnte im Falle von Norwegen erzielt werden, da dieses Land für die dringend benötigten Produktionsgüter teilweise Dollars zur Verfügung stellte.

Nachdem sich während des ganzen Vorjahres eine stetige, wenn auch langsame Rückbildung der Konjunktur vollzogen hatte, wurden die Aus-sichten für das Jahr 1950 in der Maschinen- und Apparateindustrie unge-

¹⁾ Jahresbericht für das Jahr 1950 des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller, Seite 27.

wiß beurteilt. Aber bereits im ersten Quartal war bei der seit eineinhalb Jahren sinkenden Kurve der Beschäftigtenzahlen eine Verflachung festzustellen, und im zweiten Quartal kam der Rückgang praktisch zum Stillstand. Alle Symptome wiesen darauf hin, daß die rückläufige Bewegung ein Ende gefunden hatte. Verschiedene Zweige, die kürzere Lieferfristen aufweisen, verzeichneten höhere Auftragseingänge, während die hohen Exportziffern bei den Großmaschinen auf früher erteilte Bestellungen zurückzuführen waren. Die Erstarkung der ausländischen Konkurrenz und die Abwertungswelle bewirkten einen gewissen Druck auf die Preise. Der Rückgang der Rohstoffpreise und Rationalisierungsmaßnahmen erlaubten jedoch Preiszugeständnisse.

Einen plötzlichen Umschwung und eine starke Belebung der Nachfrage in nahezu allen Zweigen brachte der Koreakonflikt, der eine Steigerung der industriellen Investitionen im Ausland bewirkte und gleichzeitig die Konkurrenz durch die nun durch die Aufrüstung beanspruchte ausländische Industrie verminderte. Gegenüber dem Vorjahr konnte deshalb die Ausfuhr anscheinlich gesteigert werden. An die Stelle der Sorgen um die Hereinbringung von Aufträgen traten bei gewissen Zweigen bereits Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Rohmaterials. Auch die Erleichterungen im internationalen Zahlungsverkehr durch die Europäische Zahlungsunion trugen zu dieser Entwicklung bei. Vor allem profitierte die Maschinen- und Apparateindustrie von den Liberalisierungsbestrebungen in Deutschland und Frankreich. Einen günstigen Verlauf nahmen auch die Lieferungen nach Italien. Die meisten übrigen Abwertungsländer verzeichneten kleinere Rückgänge des Anteils am Gesamtexport, die jedoch weitgehend auf die prekäre Außenhandelssituation dieser Länder zurückzuführen waren.

Das Jahr 1951 zeichnete sich durch andauernde und fast lückenlose Vollbeschäftigung aus. Im allgemeinen hatten es die ausländischen Kunden etwas leichter, Devisen für ihre Bezüge zu erhalten. Der Auftragseingang war wieder größer als die Auslieferungen. Am Ende des Jahres war ein umfangreicher Arbeitsvorrat vorhanden, obwohl sich in zunehmendem Maße eine starke internationale Preiskonkurrenz und insbesondere ein Wettbewerb in den Zahlungskonditionen und Kreditgewährungen bemerkbar machte. Auch das Wiedererscheinen Deutschlands auf den internationalen Märkten führte zu einer Verschärfung der Konkurrenz. Aber auch die Bezüge Deutschlands von schweizerischen Maschinen und Apparaten hatten nochmals zugenommen, so daß dieses Land trotz den durch die Verschuldung gegenüber der Europäischen Zahlungsunion notwendigen Einfuhrrestriktionen nach Frankreich und Brasilien der drittgrößte Abnehmer war. Die Lieferungen nach Italien konnten erweitert werden, wenn auch verschiedene Kontingente als ungenügend betrachtet wurden. Während das Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion die Absatzmöglichkeiten in Schweden stark verbesserte, konnte den Wünschen der dänischen Abnehmer nur ungenügend entsprochen werden, da die Liberalisierungsmaßnahmen dieses Landes beschränkt waren. Die vermehrten Be-

züge der Schweiz aus Finnland ermöglichten erhöhte Lieferungen nach diesem Land. Eine Steigerung um fast 50 % erfuhren die Exporte nach Großbritannien, wobei der Eingang von Bestellungen die Auslieferungen noch überstieg; angesichts seines Passivsaldo gegenüber der Europäischen Zahlungsunion mußte England allerdings die Importe gegen Ende des Jahres erneuten Beschränkungen unterwerfen. Die vermehrt auftretenden Schwierigkeiten auf einigen ausländischen Märkten waren nicht auf ein Zurückgehen der Nachfrage, sondern auf Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Absatzländer zurückzuführen.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß, bedingt durch die langen Fabrikations- und Lieferfristen im besprochenen Industriezweig, die Ausfuhr nicht kurzfristig auf Veränderungen der Situation auf den Exportmärkten und der Konjunkturlage reagieren. Ungeachtet der wirtschaftlichen Veränderungen in der Zeit von 1948 bis 1950 zeigen die Exporte der Maschinen- und Apparateindustrie in dieser Periode eine gleichmäßige Aufwärtsbewegung. Die Auswirkungen des leichten Konjunkturrückganges und der Währungsabwertungen wurden in großem Maße durch den Bestand an unerledigten Aufträgen aufgefangen. Der Exportrückgang, der mindestens im ersten Halbjahr 1950 zu erwarten gewesen wäre, bewegte sich in sehr bescheidenem Rahmen. Während auf die zweiten Semester der Jahre 1948 und 1949 53,7 bzw. 53,4 % des Ausfuhrwertes entfielen, betrug dieser Anteil im Jahre 1950 54,0 % ¹⁾.

Die abwertungsbedingten Preisänderungen riefen wohl in einzelnen Fällen einen verschärften Konkurrenzkampf hervor. Die Maschinen- und Apparateindustrie hatte jedoch den Einsatz großer Mittel für die Modernisierung der Produktionsanlagen und die Rationalisierung des Betriebsablaufes nicht gescheut, was ihre Position im internationalen Konkurrenzkampf untermauerte. Als weiteres Positivum sind die stetigen Entwicklungsarbeiten zu nennen, die es diesem Industriezweig ermöglichten, sich an der Spitze des technischen Fortschrittes zu halten. Daß diese Bestrebungen nicht erfolglos blieben, zeigt die Tatsache, daß nach einer normalisierenden Rückbildung im Anschluß an die Korea-Hausse die Ausfuhrwerte stetig gesteigert werden konnten. Diese Steigerung machte von 1950 bis 1955 fast 50 % aus, wobei trotz der gestiegenen Material- und Lohnkosten die Ausfuhrpreise praktisch unverändert blieben (1950: Fr. 11 962.— pro Tonne; 1955: Fr. 12 093.— pro Tonne ¹⁾). Die im Jahre 1949 und in der ersten Hälfte 1950 erfolgte rückläufige Bewegung des Bestellungseingangs darf nicht als Krisenerscheinung betrachtet werden. Sie entsprach einer Normalisierung der internationalen Marktlage. Vom Rückgang der Bestellungen wurden nicht alle Branchen gleichmäßig betroffen. Am geringsten machte er sich bei den Zweigen bemerkbar, deren Produkte lange Fabrikationsfristen erfordern.

¹⁾ Berechnet nach der Monatsstatistik des Außenhandels der Schweiz.

Ausfuhr der einzelnen Zweige der Maschinenindustrie
in Millionen Franken

	1948	1949	1950	1951
Werkzeugmaschinen	120,3	128,5	123,9	166,8
Textilmaschinen	193,6	215,1	235,0	246,7
Verbrennungskraftmaschinen	57,5	52,9	69,3	68,8
Elektrische Maschinen	61,7	81,2	99,4	121,7
Elektrische Instrumente und Apparate	110,2	127,4	142,7	165,3
Dampfmaschinen und Dampfturbinen	26,9	29,4	47,9	54,5
Wasserkraftmaschinen	20,2	25,4	38,5	37,0
Schreib- und Rechenmaschinen	22,2	22,5	33,4	43,0

(Quelle: Jahresbericht des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller, 1950 Seite 107; 1951 Seite 100.)

Die aus der Statistik hervorgehende Verlagerung der Ausfuhr von den Abwertungs- nach den Nichtabwertungsländern muß weitgehend auf den fortdauernden Devisenmangel der Mehrzahl der Abwertungsländer zurückgeführt werden. Wenn auch im internationalen Wettbewerb das Klima zweifellos rauher geworden war, vermochte die schweizerische Maschinen- und Apparateindustrie dank ihrer Anstrengungen trotz den ausländischen Abwertungen ihre Stellung zu halten. Die zurückhaltende Preispolitik war zweifellos ein wesentlicher Faktor, der die überaus starke Ausdehnung der Exportmengen ermöglichte.

Ausfuhr von Maschinen und Apparaten

	1948	1949	1950	1951
Menge in Tonnen *	81 504	88 995	95 478	105 721
Ausfuhrwert Mio. Fr.	935,7	1023,9	1131,2	1281,2
in Prozent des Gesamtausfuhrwertes	27,2	29,6	28,9	27,3
in Prozent der Ausfuhr nach den Abwertungsländern	48,6	52,4	49,5	48,8

(Quelle: Jahresbericht des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller, 1950 Seite 118/119; 1951 Seite 112/113. — * Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahr 1951, Seite 113.)

	Wertgewogener Mengenindex (1938 = 100)		Ausfuhrwerte Mio. Fr.	
	Maschinen	Instrumente u. Apparate	Maschinen	Instrumente u. Apparate
1. Semester 1948	122	225	314,4	94,8
2. Semester 1948	137	231	370,4	108,7
1. Semester 1949	128	222	355,6	107,7
2. Semester 1949	147	234	416,4	116,6
1. Semester 1950	136	238	394,3	117,7
2. Semester 1950	167	269	468,7	136,7
1. Semester 1951	169	286	465,6	143,9

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

*Prozentualer Anteil der Abwertungsländer am Ausfuhrwert
der Maschinen- und Apparateindustrie*

	1948	1949	1950	1951
Großbritannien	4,2	5,9	4,1	5,4
Niederlande	8,9	7,1	5,1	6,3
Dänemark	2,1	1,8	1,1	1,1
Norwegen	1,5	1,9	1,3	1,2
Schweden	3,7	2,6	1,9	2,7
Finnland	1,1	1,1	0,6	0,7
Österreich	1,5	1,6	1,8	2,5
Ägypten	1,1	1,7	1,6	1,0
Südafrikanische Union	1,1	1,0	0,4	0,9
Argentinien	4,6	3,6	3,7	1,8
Australischer Bund	0,6	2,1	1,7	1,3
Deutschland	0,6	4,5	7,3	7,1
Frankreich	15,4	11,2	12,3	11,2
Italien	3,7	4,6	6,5	6,2
Belgien/Luxemburg	10,8	9,6	8,4	6,5
Portugal	2,6	2,4	2,1	1,1
Kanada	0,5	0,4	0,6	1,1
Übrige Länder	36,0	36,9	39,5	41,9

(Quelle: Jahresbericht des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller, 1950 Seite 118/119; 1951 Seite 112/113)

*Index der in vergleichbaren Betrieben Beschäftigten je Quartalsende
für die Metall- und Maschinenindustrie (1938 = 100)*

Quartalsdurchschnitt 1946	137
Quartalsdurchschnitt 1947	147
Quartalsdurchschnitt 1948	152
1. Quartal 1949	146
2. Quartal 1949	143
3. Quartal 1949	141
4. Quartal 1949	137
1. Quartal 1950	133
2. Quartal 1950	133
3. Quartal 1950	136
4. Quartal 1950	141
1. Quartal 1951	146
2. Quartal 1951	152
3. Quartal 1951	157
4. Quartal 1951	160

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinenindustrie

	Prozentsatz der Betriebe mit gutem Beschäftigungsgrad	befriedigendem Beschäftigungsgrad	schlechtem Beschäftigungsgrad
3. Quartal 1948	59,9	36,7	3,4
4. Quartal 1948	52,9	42,6	4,5
1. Quartal 1949	38,4	48,7	12,9

2. Quartal 1949	31,7	53,3	15,0
3. Quartal 1949	30,8	53,8	15,4
4. Quartal 1949	30,4	53,8	15,8
1. Quartal 1950	24,1	54,6	21,3
2. Quartal 1950	30,4	55,6	14,0
3. Quartal 1950	45,9	47,2	6,9
4. Quartal 1950	60,2	35,9	3,9
1. Quartal 1951	69,2	28,6	2,2
2. Quartal 1951	73,6	25,0	1,4

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

B. Uhrenindustrie

Der Export spielt bei der schweizerischen Uhrenindustrie eine besonders ausgeprägte Rolle. Als eine der ältesten und weltumspannendsten Exportindustrien setzt sie etwa 95 % ihrer Produktion im Ausland ab. Die Uhrenherstellung ist die ideale Industrie für die Schweiz, da sie sehr arbeitsintensiv ist und mit einem Minimum an Rohstoffen auskommt. Starke Schwankungen der Beschäftigung und der Preise im Verlaufe der Konjunktur sind ihr Merkmal. Die Schweiz hat sich auf Kleinuhren spezialisiert, von denen sie mehr herstellt als alle anderen Länder zusammen. Im Jahre 1951 wurden 57 % der Weltproduktion an Kleinuhren aller Qualitätsstufen in der Schweiz hergestellt. Der Anteil der Schweiz an der Weltausfuhr von Taschen- und Armbanduhren betrug im gleichen Jahr etwa 90 %, da die Konkurrenzindustrien in den übrigen Ländern vorwiegend inlandorientiert sind ¹⁾.

Die schweizerische Uhrenindustrie konnte den Export, begünstigt durch die starke Nachfrage, den geringen Anteil des Rohmaterials und den geringen Bedarf an Frachtraum, während des zweiten Weltkrieges nach allen Kontinenten aufrecht erhalten. In den ersten Nachkriegsjahren bestand trotz der Restriktionen aller Art, denen sich nicht lebenswichtige Güter gegenübergestellt sahen, ein Verkäufermarkt. Die rasche Reaktionsfähigkeit der Uhrenindustrie auf den Nachholbedarf wird illustriert durch die Tatsache, daß der Anteil am Gesamtexport im Jahre 1945 rund ein Drittel erreichte.

Nachdem bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1947 ein merklicher Umschwung zu verzeichnen gewesen war, lag der Ausfuhrwert des Jahres 1948 erstmals wieder unter demjenigen des Vorjahres. Dies war jedoch in erster Linie auf den rückläufigen Absatz von Luxusuhren der teuersten Preisklassen zurückzuführen, während bei den Armbanduhren aus unedlem Metall und bei den losen Werken nochmals erhöhte Ausfuhrziffern erreicht wurden. Die Ursache dieser Markterscheinung lag hauptsächlich in der prekären wirtschaftlichen Situation, in der sich verschiedene Absatz-

¹⁾ Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Ausgabe 1955, Band 2, Seite 458.

länder befanden. Die Importeure waren bestrebt, die bescheidenen Kontingente mengenmäßig möglichst gut auszunützen (vgl. die Tabelle der handelsstatistischen Mittelwerte auf Seite 70).

Die Hindernisse, die sich der Uhrenaufuhr in den Weg stellten, ließen für das Jahr 1949 einen größeren Rückschlag erwarten. Der Exportwert verminderte sich jedoch gegenüber dem Vorjahr nur um 5,3 %, wobei nicht alle Unternehmen gleichmäßig betroffen wurden. Während bei einigen Firmen noch Vollbeschäftigung herrschte, mußte an anderen Orten bereits zu Kurzarbeit geschritten werden. Am stärksten betroffen war die Großuhrmacherei, deren Erzeugnisse im Ausland in zunehmendem Maße konkurrenziert wurden. Dagegen blieben die Verkäufe von Armbanduhren aus unedlem Metall nur wenig hinter den Vorjahresziffern zurück. Erschwerend wirkte, daß die Uhren in den Absatzländern durchgehend von den Liberalisierungsmaßnahmen ausgenommen wurden. Da gleichzeitig einige Mitgliedstaaten der OECE die Einfuhr aus anderen Weichwährungsländern liberalisierten, konnten sich die Produkte der ausländischen Konkurrenzindustrie auf Märkten einführen, die bisher von der schweizerischen Uhrenindustrie bedient worden waren. Der Absatz in Belgien/Luxemburg war bisher keinen Einschränkungen unterworfen, so daß die rückläufigen Lieferungen auf die zunehmende Sättigung dieses Marktes zurückzuführen waren. Die rückläufige Entwicklung der Exporte nach Großbritannien war weitgehend auf den Devisenmangel zurückzuführen, während die drakonischen Einfuhrrestriktionen der Südafrikanischen Union die Uhrenexporte nach diesem Land fast zum Erliegen brachten. Die Wiederaufnahme der normalen Handelsbeziehungen mit Deutschland und die Liberalisierung der Uhreneinfuhr durch Kanada ermöglichten dagegen eine Ausweitung der Lieferungen. Trotz der Abwertungen nahm der saisonmäßige Anstieg der Exportmengen im vierten Quartal 1949 einen normalen Verlauf, begünstigt allerdings durch den Umstand, daß verschiedene Abnehmer, um den durch die Steigerung der Produktionskosten notwendig gewordenen Preiserhöhungen auszuweichen, vorzeitig Bestellungen plazierte hatten, die nun zur Auslieferung gelangten. Daß der Ausfuhrwert unter den Vorjahresziffern blieb, ist vorwiegend der Verlagerung der Nachfrage zu den billigeren Qualitätsstufen zuzuschreiben.

Im Jahre 1950 waren auch bei der Uhrenindustrie zwei Phasen zu registrieren. Die rückläufige Tendenz hielt zunächst an, da der Markt in den wenigen Hartwährungsländern gesättigt war und die von den Weichwährungsländern praktizierten Importbehinderungen beibehalten wurden. Es machte den Anschein, als ob sich die Uhrenindustrie mit einer Reduktion des Absatzes abfinden müsse. Die Grundtendenz wurde noch verschärft durch eine vorübergehende Schwäche auf dem amerikanischen Markt. Der Exportmengenindex verzeichnete einen starken Rückgang, in dem man den Beginn einer eigentlichen Krise erblickte. Es wurden teilweise Entlassungen vorgenommen, während andere Betriebe auf Lager arbeiteten und die Arbeitszeit einschränkten. Die Befürchtungen erwiesen sich jedoch in der

Folge als übertrieben. Die Ausfuhrwerte lagen im ersten Semester 1950 um 15 % unter denjenigen der gleichen Vorjahresperiode, und der Quartalsdurchschnitt des wertgewogenen Exportmengenindex lag erstmals seit anfangs 1946 unter dem Niveau des letzten Vorkriegsjahres. Die sich gegen Ende des zweiten Quartals 1950 abzeichnende Besserung, hervorgerufen durch die starke Nachfrage nach kurzfristig lieferbaren Uhren vom «Militärtyp», leitete eine neue Periode der Vollbeschäftigung ein. Begünstigt wurde der Auftragseingang durch die Tatsache, daß sich die Schweiz mit der Aufnahme der «Ausweichklausel» in den Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten, die unter gewissen Umständen einseitige Restriktionsmaßnahmen autorisiert, abfinden mußte. Die Möglichkeit der Anrufung dieser Klausel veranlaßte die amerikanischen Importeure zu einer stark vergrößerten Lagerhaltung, was im gestiegenen Anteil der Lieferungen nach den Vereinigten Staaten zum Ausdruck kommt. Die Zunahme des Ausfuhrwertes entsprach genau den Mehrlieferungen nach den Vereinigten Staaten.

Einen maßgeblichen Einfluß auf die Exportmöglichkeiten der Uhrenindustrie hatte der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Zahlungsunion, womit die Unterscheidung zwischen essentials und non essentials gemildert oder beseitigt wurde. Deutschland liberalisierte nur die Einfuhr von Rohwerken und Bestandteilen, gestand aber gleichzeitig erhöhte Kontingente für die übrigen Erzeugnisse zu. Italien schritt zu einer fast vollständigen Liberalisierung der Uhreneinfuhr, von der nur die Uhren der billigen Preisklassen ausgenommen waren. Von der allgemeinen Liberalisierung der schwedischen Einfuhren aus der Schweiz erwuchsen vor allem der Uhrenindustrie große Vorteile, da die bisherigen, die Uhrenlieferungen fast vollständig unterbindenden Restriktionen einen starken Nachholbedarf geschaffen hatten. Nicht liberalisiert wurde die Uhreneinfuhr in Dänemark, Norwegen, Holland, Großbritannien und Frankreich, wobei beim letztgenannten Land, aber auch bei Großbritannien, zum großen Teil protektionistische Gründe maßgebend waren. Den größten Ausfall verzeichneten die Lieferungen nach Belgien, dessen Markt Anzeichen einer Sättigung aufwies. Der Anteil der Uhrenexporte an der Totalausfuhr wies eine Verminderung auf, da der Aufschwung mit etwas Rückstand in Gang kam, während die übrigen Zweige der Exportindustrie schon vorher von der Hochkonjunktur profitierten.

Der im Jahre 1951 registrierte, die Milliarden Grenze überschreitende Ausfuhrwert war bis anhin noch nie erreicht worden. Die gesteigerte Wirtschaftstätigkeit, die sich im Anschluß an den Ausbruch des Koreakrieges einstellte, ließ die Uhrenaufuhr im Vergleich zum Vorjahr um 38,3 % ansteigen. Die Einnahmen aus ihren erhöhten Exporten gestatteten es den Rohstoffländern Asiens, Afrikas und Südamerikas, Devisen für Uhren freizugeben. Der Einfluß der Europäischen Zahlungsunion kommt erst in den Ausfuhrzahlen des Jahres 1951 richtig zur Geltung. Die Lockerung der Devisenbewirtschaftung erlaubte in vielen Fällen die Deckung des auf-

gestauten Nachholbedarfes. Ein prägnantes Beispiel bot Schweden, das im Jahre 1951 den zweiten Platz unter den europäischen Bezügern einnahm. Dagegen war bei einigen Ländern, welche die Uhreneinfuhr schon zu einem früheren Zeitpunkt liberalisiert hatten, ein Rückgang der Lieferungen festzustellen, der auf eine Sättigung dieser Absatzmärkte hinwies. In den Ländern mit eigener Uhrenindustrie konnten die Liberalisierungsbestrebungen nicht durchgesetzt werden. Frankreich erklärte sich nur zu einer bescheidenen Kontingentserhöhung bereit, so daß die Lieferungen mengenmäßig unter dem Vorkriegsstand blieben; auch dieses Zugeständnis wurde illusorisch, als Frankreich, um seine Schuldnerstellung gegenüber der Europäischen Zahlungsunion nicht zu verschärfen, zu Beginn des Jahres 1952 eine Einfuhrsperre erließ und hierauf die Einfuhrlizenzen auf reduzierter Basis erteilte.

Obwohl der Aufschwung auf die Ereignisse in Korea folgte, hielt die günstige Tendenz auch nach der Hausse an, ein Zeichen, daß die Prosperität nicht nur auf die mit der internationalen Spannung verbundene Entwicklung zurückzuführen war. Insbesondere einige Länder des Sterlinggebietes, das protektionistische Großbritannien ausgenommen, erhöhten nach dem Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion ihre Bezüge stark, was dazu führte, daß von beiden Seiten einschränkende Maßnahmen ergriffen werden mußten. Im Jahre 1952 konnten deshalb die außerordentlich hohen Ausfuhrwerte des Vorjahres nochmals um 7,1 % überboten werden. Die Verbände hatten zu Beginn des Jahres infolge der gestiegenen Löhne und der höheren Ansprüche der Abnehmer, die bewirkten, daß für die Fabrikation des etwas geringeren Produktionsvolumens eine größere Arbeiterzahl benötigt wurde, Preiserhöhungen beschlossen, so daß insbesondere bei den fertigen Uhren ein kleinerer Mengenrückgang eintrat, während der Export von Werken zunahm. Die mit der Europäischen Zahlungsunion verbundenen Erleichterungen wirkten sich weiterhin günstig aus, wenn auch die von einzelnen Mitgliedern, insbesondere Frankreich und Großbritannien, erlassenen Einfuhrbeschränkungen die Uhrenindustrie stark trafen. Die Ausfuhr konnte jedoch teilweise auf Länder mit liberalerer Einfuhrpolitik verlagert werden. Auch in den folgenden Jahren konnten die Exportwerte dank der großen Nachfrage und weiteren Liberalisierungsmaßnahmen auf hohem Niveau gehalten werden.

Schon aus der Tatsache, daß der Anteil der Exporte, der nach den Abwertungsländern ging, verglichen mit den Anteilen anderer Hauptexportindustrien relativ gering war, geht hervor, daß die Uhrenindustrie eventuelle Folgen der Paritätsänderungen weniger zu fürchten hatte. Rund ein Drittel der Exporte wurde in den Vereinigten Staaten, die als Hartwährungsland ihre große Kaufkraft zur Geltung bringen konnten, mit guten Gewinnmargen abgesetzt, wobei jedoch dauernd gegen die protektionistischen Bestrebungen, die von den amerikanischen Uhrenherstellern ausgingen, angekämpft werden mußte. Der Grad, in dem die europäischen Weichwährungsländer am Absatz partizipierten, war verhältnismäßig be-

scheiden. Die Uhrenindustrie war weitgehend Leidtragende der Austeritätspolitik, welcher der Großteil dieser Länder in den ersten Nachkriegsjahren huldigte. Die Uhren wurden als non essentials betrachtet, wodurch dieser Industriezweig seine Absatzmöglichkeiten künstlich eingeschränkt sah. Die Nachfrage war in diesen Ländern sehr groß, wobei die Preisfrage eine untergeordnete Rolle spielte. Trotz der Abwertungen und der gleichzeitig eingetretenen Preiserhöhungen vermochte die Uhrenindustrie ihre Ausfuhr nach einem Abwertungsland zu steigern, so bald dieses vermehrt Devisen für Uhrenerzeugnisse freigab. Besonders günstige Auswirkungen hatte in dieser Hinsicht die Europäische Zahlungsunion.

Von den durch die Abwertung ermöglichten Exportpreissenkungen der Konkurrenzindustrien in einigen Abwertungsländern wurde die schweizerische Uhrenindustrie, ausgenommen im wenig wichtigen Sektor der Großuhrmacherei, praktisch nicht betroffen. Das wichtigste Konkurrenzland mit abgewerteter Währung, Frankreich, das seine Uhrenindustrie durch scharfe protektionistische Einfuhrbeschränkungen schützte, konnte eine Qualitätsproduktion, wie sie der Großteil der Abnehmer von Schweizer Uhren gewöhnt ist, nur in begrenztem Rahmen anbieten.

Der Rückfall unter das Vorkriegsniveau, den die Uhrenexporte mengenmäßig im ersten Quartal 1950 erlitten, war vorwiegend auf die weiterhin bestehenden Einfuhrrestriktionen zurückzuführen. Die gleichzeitig auftretende, konjunkturell bedingte Schwäche auf dem amerikanischen Markt bewirkte, daß die Einbuße derart akzentuiert ausfiel. Die Empfindlichkeit der schweizerischen Uhrenindustrie wird gesteigert durch den Umstand, daß ein großer Teil der Exporte auf wenige Hauptabnehmer entfällt. Das Verzeichnis der wichtigsten Kundenländer wie auch deren Rangfolge unterliegt ziemlich großen Schwankungen.

*Handelsstatistische Mittelwerte der wichtigsten Uhrenarten
in Franken je Stück*

	Taschenuhren aus unedlem Metall	Armbanduhren aus unedlem Metall	Armbanduhren aus Gold
1948	14.88	23.90	127.—
1949	18.71	23.74	109.—
1950	19.59	24.90	97.15
1951	19.09	24.92	98.40
1952	21.45	26.58	105.—
1953	23.09	27.57	110.—

(Quelle: Jahresbericht der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil,
1951 Seite 49; 1953 Seite 50)

Prozentualer Anteil der Abwertungsländer am Ausfuhrwert der Uhrenindustrie

	1948	1949	1950	1951
Großbritannien	4,7	4,2	3,3	2,9
Niederlande	0,7	0,7	0,7	0,8
Dänemark	0,3	0,2	0,4	0,3

Norwegen	0,6	0,5	0,2	0,3
Schweden	0,8	0,5	1,6	3,9
Ägypten	0,3	0,7	1,1	0,4
Südafrikanische Union	3,1	0,4	0,3	1,2
Argentinien	2,2	0,3	0,2	0,9
Indien	3,1*	3,2	1,5	1,9
Indonesien	0,1	0,1	0,2	0,3
Singapore	0,3	0,3	0,8	4,2
Australischer Bund	0,9	1,1	1,0	2,5
Deutschland	0,2	2,4	3,8	3,5
Frankreich	1,9	1,9	2,6	1,9
Italien	5,8	7,1	5,4	5,1
Belgien/Luxemburg	7,4	6,1	2,2	1,5
Portugal	0,6	0,6	0,7	0,4
Kanada	2,2	3,5	4,9	3,1
Übrige Länder	64,6	66,0	69,1	64,8
wovon Vereinigte Staaten	35,9	32,6	35,1	31,5

* inkl. Pakistan

Ausfuhr von Uhren

	1948	1949	1950	1951
Menge in 1000 Stück *	24 357	23 545	24 226	36 129
Ausfuhrwert Mio. Fr.	743,4	703,2	730,2	1010,3
in Prozent des Gesamtausfuhrwertes **	21,6	20,3	19,7	21,5
in Prozent der Ausfuhr nach den Abwertungsländern	38,5	35,6	32,1	38,0

* Uhren und fertige Uhrwerke, Position 931, 935a/936i

** Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 17.

(Berechnet nach der Tabelle «Uhrenaufuhr nach wichtigen Absatzmärkten», Position 925—936i, im Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 49.)

	Wertgewogener Mengenindex (1938 = 100)	Ausfuhrwert Mio. Fr.
3. Quartal 1948	117	168,7
4. Quartal 1948	153	224,5
1. Quartal 1949	111	163,4
2. Quartal 1949	110	166,2
3. Quartal 1949	120	169,8
4. Quartal 1949	152	203,8
1. Quartal 1950	91	124,7
2. Quartal 1950	119	156,3
3. Quartal 1950	138	180,9
4. Quartal 1950	208	268,3
1. Quartal 1951	167	215,9
2. Quartal 1951	192	249,7

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

*Index der in vergleichbaren Betrieben Beschäftigten je Quartalsende für die
Uhren- und Bijouterieindustrie (1938 = 100)*

Quartalsdurchschnitt 1946	117
Quartalsdurchschnitt 1947	131
Quartalsdurchschnitt 1948	137
1. Quartal 1949	134
2. Quartal 1949	133
3. Quartal 1949	129
4. Quartal 1949	127
1. Quartal 1950	124
2. Quartal 1950	118
3. Quartal 1950	122
4. Quartal 1950	127
1. Quartal 1951	130
2. Quartal 1951	136
3. Quartal 1951	141
4. Quartal 1951	144

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

Beschäftigungsgrad in der Uhren- und Bijouterieindustrie

	Prozentsatz der Betriebe mit		
	gutem	befriedigendem	schlechtem
	Beschäftigungsgrad	Beschäftigungsgrad	Beschäftigungsgrad
3. Quartal 1948	49,4	44,6	6,0
4. Quartal 1948	48,3	43,3	8,4
1. Quartal 1949	32,5	53,2	14,3
2. Quartal 1949	24,9	58,6	16,5
3. Quartal 1949	22,7	64,5	12,8
4. Quartal 1949	25,8	58,8	15,4
1. Quartal 1950	14,4	51,4	34,2
2. Quartal 1950	12,8	55,9	31,3
3. Quartal 1950	38,2	50,8	11,0
4. Quartal 1950	65,0	32,0	3,0
1. Quartal 1951	70,7	27,6	1,7
2. Quartal 1951	78,2	21,1	0,7

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

C. Chemische Industrie

Die chemischen Erzeugnisse bilden für die Schweiz einen wichtigen Exportposten. Anteilsmäßig stehen sie nach der Maschinen- und Uhrenindustrie an dritter Stelle. Die Produktion übersteigt, insbesondere bei einzelnen Branchen, die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes bei weitem. Die Schweizer Produzenten sind hier zudem bei gewissen Produkten einem starken Konkurrenzdruck durch die ausländische Chemieproduktion ausgesetzt, der sich auf dem Schweizer Markt keine künstlichen

Schranken irgendwelcher Art entgegenstellen, ein Privileg, das die schweizerischen, auf den Export angewiesenen Fabrikanten in den mit Devisenschwierigkeiten kämpfenden oder protektionistischen Auffassungen huldigenden Absatzländern nicht genießen. Ihren Anteil am Weltmarkt muß sich die schweizerische Chemieindustrie laufend durch hohe Spezialisierung und Erhaltung des technischen Vorsprungs durch ausgedehnte Forschung erkämpfen. Erschwert wird die Entwicklung dadurch, daß, von Wasser und Luft abgesehen, eine landeseigene Rohstoffgrundlage fehlt. Wo sich die in bestimmten Absatzländern praktizierten Handelshemmnisse als unüberwindbar erwiesen, mußte zum Mittel der Verlagerung der Produktion ins Ausland geschritten werden, wollte man nicht Gefahr laufen, die in langjähriger Aufbauarbeit gewonnenen Märkte zu verlieren.

Die einzelnen Unterbranchen der chemischen Industrie sind nicht alle in gleichem Maße exportorientiert. Ausgesprochen auf die Ausfuhr angewiesen ist die Farbstoffindustrie, die nach zuverlässigen Schätzungen nicht mehr als 10 % der Produktion im Inland absetzt ¹⁾. Die Ausarbeitung stets neuer Spitzenprodukte, die auch großen Ansprüchen zu genügen vermögen, die Sorgfalt bei der Produktion, die Beratung der verbrauchenden Industrien durch die Fachleute der Stammhäuser in der Schweiz sowie durch die Tochtergesellschaften und Vertreter im Ausland tragen dazu bei, die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Die pharmazeutische Industrie vermochte dank der Aufwendung erheblicher Mittel für die Forschung zur Ausarbeitung neuer Produkte und Herstellungsmethoden und der immer konsequenteren Verlagerung der Produktion auf hochwertige Spezialprodukte trotz des in der Nachkriegszeit verschärften internationalen Wettbewerbs ihre Stellung auf dem Weltmarkt bedeutend zu stärken. Sichere Exportmöglichkeiten bieten nur Erzeugnisse, die während eines längeren Zeitraumes unkonkurrenziert bleiben, so daß billige Massenprodukte von vornherein ausgeschlossen sind. Es werden 95 % und mehr des Produktionsvolumens ins Ausland verkauft ²⁾.

Ebenso hat die Industrie für synthetische Riechstoffe, welche Basis- und Hilfsprodukte zur Herstellung von Parfümerien, Kosmetika usw. herstellt, auf den Weltmärkten eine führende Stellung errungen. Dank der Bereitschaft zur Anpassung an die je nach Absatzgebiet wechselnden Bedürfnisse können fast alle Märkte der Welt beliefert werden. Etwa 95 % der schweizerischen Riechstoffproduktion werden dem Export zugeführt ³⁾.

Die übrigen Zweige der chemischen Industrie, insbesondere die anorganische Industrie, die Kunststoffindustrie, die Lack- und Farbenindustrie sowie die Industrie der Schädlingsbekämpfungsmittel arbeiten teilweise ebenfalls für den Export, setzen jedoch den Großteil ihrer Produktion auf

¹⁾ Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Ausgabe 1955, Band 1, Seite 328.

²⁾ ebenda, Seite 330.

³⁾ ebenda, Seite 331.

dem inländischen Markt ab. Es werden deshalb nur die drei fast ausschließlich exportorientierten Branchen behandelt, die zu etwa vier Fünfteln an der gesamten Chemieausfuhr teilhaben. Die eminent wichtige Bedeutung, die dem Export bei einzelnen Firmen zukommt, geht aus der Tatsache hervor, daß über 90 % der durch die chemischen Betriebe in Basel produzierten Erzeugnisse im Ausland abgesetzt werden ¹⁾.

Nach einem Aufschwung in der ersten Nachkriegszeit, welcher die Vollbeschäftigung der chemischen Industrie gewährleistete, machte sich im Jahre 1948 eine gewisse Verflachung bemerkbar. Der Befriedigung der nach wie vor starken Nachfrage im Ausland stellten sich in immer umfangreicherem Maße Zahlungsbilanzschwierigkeiten entgegen. Die durch den Wegfall der Mangellage für wichtige Rohmaterialien ermöglichte Verbilligung der Produktion wurde weitgehend durch die Erlöseinbußen aufgewogen, welche die infolge der Erstarkung der ausländischen Konkurrenz notwendig gewordenen Preiszugeständnisse mit sich brachten. Die Farbstoffindustrie vermochte gesamthaft gesehen ihre Exporte zu steigern, wobei jedoch, zum großen Teil infolge Devisenschwierigkeiten, bei den Exporten nach den verschiedenen Ländern Schwankungen zu verzeichnen waren. Die Vergrößerung der Produktionskapazität und die Überwindung der Rohmaterialschwierigkeiten veranlaßten die Fabrikanten, ihre zusammengeschrunpften Lager im Ausland wieder aufzufüllen, so daß in den Exportziffern die ausländische Nachfrage nur teilweise in Erscheinung tritt. Eine Erschwerung erfuhr die Lage der Farbstoffindustrie dadurch, daß ihr durch den Ausbau dieses Industriezweiges in den Vereinigten Staaten und den Wiederaufbau in Westeuropa eine zunehmende Konkurrenz auf den internationalen Märkten erwuchs. Auch die Exporteure von pharmazeutischen Produkten hatten mit zunehmenden Schwierigkeiten zu kämpfen, welche auf den Devisenmangel zurückzuführen waren. Dies kommt in der starken Zunahme der Kompensationsgeschäfte zum Ausdruck, dank denen — wenn auch unter Bezahlung hoher Prämien, die nicht auf die Abnehmer abgewälzt werden konnten — ein hoher Exportwert ausgewiesen werden konnte. Die Industrie der synthetischen Riechstoffe hatte in der ersten Nachkriegszeit eine Periode der Hochkonjunktur durchgemacht. Der Rückgang der Nachfrage, der vollständige Wegfall einiger Märkte und die Devisenrestriktionen in Ländern, nach denen vorher ansehnliche Exporte getätigt worden waren, führten zu einer wert- und mengenmäßigen Verringerung der Ausfuhr um rund 30 %.

Im Jahre 1949 setzte sich die Verlangsamung der Geschäftstätigkeit fort. Mit wenigen Ausnahmen, in welchen der autonome Abbau von Einfuhrbeschränkungen den Zutritt zu einigen Märkten erleichterte, stieß der Export in vermehrtem Maße auf Einfuhrbeschränkungen. Die ungünstige Entwicklung in den farbstoffverbrauchenden Industrien und der verschärfte Wettbewerb infolge der teilweise stark gesteigerten Produktion im In-

¹⁾ Franz Aschinger, Die Basler Chemische Industrie. Zürich 1954, Seite 4.

und Ausland führten bei den Farbstoffexporten zu einem erheblichen Rückschlag. Die Währungsabwertungen verschlechterten die Wettbewerbsstellung gegenüber der deutschen, holländischen und englischen Konkurrenz. Die Rendite ging trotz der Verbilligung der Rohstoffe zurück, da infolge des Umsatzrückganges die Belastung durch die fixen Kosten anstieg. Es erwies sich, daß vom Absatzrückgang insbesondere die billigeren Produkte betroffen wurden, während hochwertige Spezialitäten widerstandsfähiger waren und innerhalb des Gesamtumsatzes an Bedeutung gewannen. Dagegen vermochten die Pharmazeutika eine ansehnliche Zunahme des Ausfuhrwertes, bei gleichzeitiger geringfügiger Mengenabnahme, zu erreichen, obwohl sie sich ebenfalls den Importbeschränkungen und Autarkiebestrebungen verschiedener Abnehmerländer gegenüber sahen und die Abwertungen bei gewissen Erzeugnissen Preissenkungen unerläßlich machten. Die Riechstoffindustrie verzeichnete eine Zunahme auf den höchsten je registrierten Exportwert, die jedoch hinter der Mengenzunahme zurückblieb, da die leicht rückläufigen Rohstoffpreise eine Verbilligung gestatteten. Einige Absatzgebiete, insbesondere Großbritannien, Deutschland und Frankreich, hatten sich den schweizerischen Riechstoffexporten wieder weitgehend erschlossen, was zu einer Steigerung des im Jahre 1948 unter den Vorkriegsstand gesunkenen Exportmengenindex führte. Allgemein war festzustellen, daß Großbritannien insbesondere pharmazeutische Roh- und Hilfsstoffe sowie Riechstoffe wünschte, um die Versorgung seiner eigenen Industrie sicherzustellen; pharmazeutische Spezialitäten wurden dagegen als less essentials taxiert. Frankreich übte eine straffe Kontingentierung aus, von der insbesondere die chemisch-pharmazeutischen Produkte betroffen wurden. Die Chemieausfuhr nach Belgien/Luxemburg wickelte sich befriedigend ab, wobei vor allem die pharmazeutische Industrie Nutznießerin war. Die Normalisierung des Handelsverkehrs mit Deutschland wirkte sich für alle drei besprochenen Branchen günstig aus. Die Zunahme des Versands nach Ägypten war teilweise durch Kompensationsgeschäfte ermöglicht.

Im Jahre 1950 verlief die Geschäftstätigkeit, dem allgemeinen Konjunkturverlauf folgend, zunächst weiterhin rückläufig, ohne daß sich jedoch Anzeichen einer Krise bemerkbar machten. Bei den Farbstoffen wirkte sich die zunehmende Konkurrenz der europäischen Produzenten aus, die zudem, durch die Abwertungen begünstigt, vorübergehend zu attraktiveren Preisen anbieten konnten. Die schweizerische Farbstoffindustrie mußte Preisermäßigungen durchführen und bei verschiedenen Ländern Absatzeinbußen hinnehmen. Im Gegensatz zu den Farbstoffen, deren Absatzmöglichkeiten sich nach dem Verbrauch an Textilien, also nach dem Geschäftsgang in einer an sich konjunkturrempfindlichen Industrie richten, wird die Nachfrage nach pharmazeutischen Produkten von den konjunkturellen Schwankungen weniger beeinflusst. Dagegen erwuchs diesem Industriezweig durch die weiterhin bestehenden Devisenschwierigkeiten verschiedener wichtiger Absatzländer Exportbehinderungen. Dazu kamen die Be-

strebungen protektionistischer Art, die sich darin zeigten, daß die Ausfuhr von Roh- und Zwischenprodukten weniger betroffen wurde als die Lieferung von Fertigwaren, da sie zur Entwicklung der nationalen pharmazeutischen Industrien benötigt wurden.

Nachdem sich bereits im zweiten Quartal 1950 eine allmähliche Besserung der Lage bemerkbar gemacht hatte, brachte der Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea auch für die chemische Industrie eine starke Belebung der Nachfrage. Neben dieser auf außerordentlichen Faktoren beruhenden Ursache wirkte sich die Europäische Zahlungsunion günstig auf die Exportmöglichkeiten aus, wenn auch da und dort neu aufgerichtete protektionistische Zollschranken zu überwinden waren. Allerdings verhinderten zunächst die gedrückten Preise vieler chemischer Erzeugnisse die mit der Nachfragersteigerung erwartete stärkere Zunahme der Exportwerte. Die mengenmäßige Zunahme des Absatzes kam deshalb erst allmählich in den Ausfuhrwerten zur Geltung. Die Äfnung von Textilrohstofflagern, die im zweiten Semester 1950 einsetzte, ließ die Nachfrage nach Farbstoffen zur Veredlung dieser Rohstoffe stark ansteigen. Die ausländische Konkurrenzindustrie vermochte infolge rüstungsbedingten Umstellungen der gesteigerten Nachfrage nicht zu genügen, so daß die Nachfrage nach den Erzeugnissen der schweizerischen Farbstoffindustrie stark zunahm. Die Produzenten waren voll beschäftigt und hatten am Jahresende noch beträchtliche Bestände an unerledigten Aufträgen vorliegen. Die bereits im Vorjahr ausgelöste Verlagerung von Verkäufen billiger Massenprodukte auf hochwertige Spezialitäten machte sich weiterhin bemerkbar. Bei den Pharmazeutika profitierten sowohl die Zwischenprodukte als auch die Fertigwaren von der Nachfragebelebung. Auch die Riechstoffindustrie konnte ihre Exporte steigern, da die ausländischen Abnehmer auch in diesem Sektor beträchtliche Lager anlegten. Frankreich ließ verschiedene bisher geltende Einfuhrbeschränkungen fallen, wobei von den Exportpositionen der chemischen Industrie insbesondere die Riechstoffe in den Genuß von Erleichterungen gelangten; für Pharmazeutika und Farbstoffe konnten Zusatzkontingente erwirkt werden. Im Laufe des Jahres wurden jedoch die Quoten vor allem für Farbstoffe gekürzt, was um so bedauerlicher war, als nach wie vor eine große Nachfrage herrschte. Die Verhandlungen mit Dänemark endeten mit einem für den behandelten Industriezweig wenig günstigen Ergebnis, wurde doch der bisherige, ohnehin ungenügende Kontingentsbetrag um rund die Hälfte gekürzt. Eine noch einschneidendere Kürzung erfuhr das Chemiekontingent für Schweden, eine Maßnahme, die durch das Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion stark gemildert wurde. Die Inkraftsetzung der schwedischen Freiliste für Importe aus der Schweiz, die neben einer größeren Anzahl chemischer Produkte auch die von den meisten übrigen Weichwährungsländern noch nicht liberalisierten Farbstoffe enthielt, führte dazu, daß sich die Lieferungen von Farbstoffen und pharmazeutischen Produkten mehr als verdoppelten, diejenigen von Riechstoffen sich mehr als verfünffachten.

Die Chemieausfuhr konnte im Jahre 1951 beträchtlich über die bisher erzielten Exportergebnisse gesteigert werden, wozu die Erwartung von Preissteigerungen und die Bestrebungen zu vermehrter Vorratshaltung wesentlich beitrugen. Die Befriedigung der regen Nachfrage wäre jedoch nicht möglich gewesen ohne die Lockerungen im gebundenen Zahlungsverkehr, welche durch das Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion ermöglicht wurden. Die Zunahme des Exportwertes war teilweise durch die Anpassung der Preise an die infolge der Knappheit verschiedener Ausgangsprodukte gestiegenen Gestehungskosten bedingt. In der Farbstoffindustrie setzte sich die aufsteigende Entwicklung bis zum dritten Quartal fort. Der im letzten Quartal einsetzende Rückschlag war verursacht durch Absatzstockungen in der Textilindustrie, die Verlagerung der Nachfrage nach den billigeren Qualitäten der ausländischen Konkurrenz, sowie durch den Devisenmangel einiger Absatzländer. Die Erhöhung des Exportwertes ist hauptsächlich auf eine teilweise Anpassung der Preise an die gestiegenen Kosten, aber auch durch die Verlagerung der Nachfrage zu hochwertigeren Produkten zurückzuführen. In der pharmazeutischen Industrie führte die steigende Nachfrage zu längeren Lieferfristen. Zu einem großen Teil war die Exportzunahme auf die mit der Europäischen Zahlungsunion verbundene Liberalisierung zurückzuführen. Die Riechstoffindustrie hatte eine sehr große Nachfrage, ausgelöst durch die Bestrebungen zur Errichtung möglichst umfangreicher Lager, zu befriedigen, was deutlich in der starken Steigerung des Exportwertes zum Ausdruck kommt. Die vorübergehende Einstellung der Erteilung von Einfuhrlizenzen durch Deutschland wirkte sich insbesondere bei den pharmazeutischen Präparaten ungünstig aus. In Frankreich scheiterten die Bemühungen um eine Erweiterung der Freiliste am Widerstand der protektionistisch eingestellten Kreise; immerhin konnten Zusatzkontingente für Farbstoffe erwirkt werden. Italien liberalisierte nach dem Beitritt zur Europäischen Zahlungsunion die Einfuhr von pharmazeutischen Produkten und Riechstoffen; dies hatte nur geringe absolute Exportzunahmen zur Folge, da die Lieferungsmöglichkeiten nach diesem Land bereits unter dem Regime des Kompensationsverkehrs nicht ungünstig waren. Die Jahresquote für den Export pharmazeutischer Produkte nach Österreich konnte erhöht werden. Die Verhandlungen mit Großbritannien zu Beginn des Jahres 1951 zwecks Erhöhung der bestehenden Kontingente hatten insbesondere für die Farbstoffindustrie besondere Bedeutung, da dieses Erzeugnis nicht auf der englischen Freiliste figurierte; nach längeren Bemühungen gelang es, von Großbritannien erhöhte Quoten für Farbstoffe und nicht liberalisierte pharmazeutische Produkte zugestanden zu erhalten. Die weiterhin andauernde Diskriminierung der Hartwährungsländer durch Norwegen und Dänemark wirkte sich auch nachteilig auf die Exportmöglichkeiten der Chemieindustrie aus. Die im August 1950 festgelegten Kontingente für die Chemieausfuhr nach Argentinien wurden schon vor Ablauf des Vertragsjahres vollständig ausgenutzt; infolge der ungenügenden Einfuhr konnten nur noch in bescheidenem Maße

Quoten an schweizerische Exporteure zugeteilt werden. Stark rückläufig entwickelte sich die Nachfrage, vorwiegend bei den Farbstoffen und Riechstoffen, in Belgien/Luxemburg.

Im Jahre 1952 erfreute sich die chemische Industrie gesamthaft gesehen weiterhin eines guten Geschäftsganges. Der Abbau der Lager führte bei den Farbstoff- und Riechstoffexporten zu größeren Rückschlägen. Bereits im letzten Quartal setzte eine leichte Erholung ein. Auch in den folgenden Jahren wiesen die Farbstoffexporte Schwankungen auf, lagen jedoch ausnahmslos weit über dem Niveau von 1952, so daß die Schweiz zu den führenden Farbstofflieferanten in Westeuropa gehörte. Die pharmazeutische Industrie hatte wohl alle Anstrengungen zu unternehmen, um sich gegen die Konkurrenz zu behaupten und neue Absatzmärkte zu erschließen, konnte jedoch ihre Ausfuhrziffern stark steigern. Die langfristige Aufwärtsentwicklung wurde durch die Konjunkturabschwächung nicht unterbrochen, so daß die Ausfuhr von pharmazeutischen Produkten ab 1952 diejenige der Farbstoffe überflügelte. Dieser Entwicklung kam die Bedeutung eines Strukturwandels zu.

Allgemein ist festzustellen, daß die Folgen der Abwertungen auf den Export der chemischen Industrie zu pessimistisch eingeschätzt worden waren. Allmähliche Preiserhöhungen in den durch die Abwertungen betroffenen Ländern, eine gewisse Verbilligung der Rohstoffimporte und die Anstrengungen der Produzenten trugen dazu bei, daß die Positionen auf den Absatzmärkten im Gesamten gesehen keine ins Gewicht fallenden Einbußen erlitten. Negative Einflüsse von Importrestriktionen und Schwierigkeiten währungspolitischer Art konnten durch die Intensivierung der Bearbeitung von Märkten oder durch die Erschließung neuer Absatzgebiete wettgemacht werden. Der chemischen Industrie stand darüber hinaus eine Ausweichmöglichkeit zur Verfügung, die eine Milderung der abwertungsbedingten Nachteile erlaubte. Mit der zunehmenden Exportorientierung war der Aufbau einer internationalen Organisation parallel gegangen, der, beginnend mit der Errichtung von Handelszentren und der Gründung selbständiger Verkaufsgesellschaften schließlich zum ausländischen Konzernbesitz der chemischen Industrie führte, der Verkaufs- und Fabrikationsbetriebe in fast allen wichtigen Absatzgebieten umfaßt. Die ausländischen, vielfach unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Produktionsstätten wurden vermehrt zur Herstellung der billigeren Massenprodukte herbeigezogen. Diese Produktionsverlagerungen bewirkten, daß sich die wechselvollen Bedingungen des zwischenstaatlichen Warenaustausches nicht zu nachteilig auf den Geschäftsgang auswirkten.

Die Leistung der schweizerischen chemischen Industrie ist um so bemerkenswerter, als die Schweiz im chemischen Sektor das liberalste Land mit einem Einfuhrliberalisierungssatz von 99,8 %¹⁾ war, wozu die im all-

¹⁾ Organisation Européenne de Coopération Economique, L'Industrie Chimique en Europe. Paris 1954, Seite 47.

gemeinen sehr niedrige Zollbelastung kam. Die schweizerischen Exporteure von chemischen Erzeugnissen, die im Vergleich zu anderen Ländern einen besonders hohen Anteil an die Gesamtausfuhr beisteuern, stießen in gewissen OECE-Ländern bei weitem nicht auf die gleichen Vergünstigungen. Die verschärfte Konkurrenz war nur zu einem kleinen Teil auf die Abwertungen zurückzuführen. Viel ungünstiger wirkte sich in dieser Hinsicht die starke Entwicklung der chemischen Industrie in Westeuropa aus, die in großem Maße über der durchschnittlichen industriellen Wachstumsrate lag ¹⁾.

Die Basler chemische Industrie, auf deren besonders starke Abhängigkeit vom Export bereits hingewiesen wurde, schritt im Winter 1949 zu Maßnahmen, um die Produktion an die beschnittenen Exportmöglichkeiten anzupassen, Maßnahmen, die sich jedoch in bescheidenem Rahmen bewegten. Es wurde betont, daß der Rückgang der Exportmöglichkeiten keineswegs nur auf die abwertungsbedingte Verschlechterung der Konkurrenzlage, sondern auch in großem Maße auf den Rückgang des Geschäftes mit den Oststaaten und auf die protektionistischen Bestrebungen zwecks Schaffung nationaler Chemieindustrien zurückzuführen war.

Der Anteil der Farbstoffexporte nach den Nichtabwertungsländern ging von 1948 bis 1951 leicht zurück, was auf die Liberalisierungsmaßnahmen und die Verminderung der Lieferungen nach den Oststaaten zurückzuführen ist. Nur unbedeutende Schwankungen des Exportanteils nach den Nichtabwertungsländern sind bei den Pharmazeutika zu registrieren; die Auswirkungen der Liberalisierungen in den Abwertungsländern zeigten sich in einem vorübergehenden Rückgang des Anteils im Jahre 1950. Der starke Rückgang des Exportanteils nach den Nichtabwertungsländern im Jahre 1950 bei den Riechstoffen war durch die starke Steigerung, welche die Ausfuhr nach Frankreich zu verzeichnen hatte, verursacht.

Die Ausfuhrentwicklung im besprochenen Industriezweig verlief trotz den Abwertungen sehr günstig. Der wertgewogene Ausfuhrmengenindex verzeichnete eine Zunahme, welche die Steigerung dieses Indexes bei der Metall- und Textilindustrie bei weitem übertraf. Dabei ist zu beachten, daß der Exportmengenindex der pharmazeutischen Industrie bereits vor den Abwertungen im Vergleich zu den beiden genannten Industriezweigen auf einem höheren Niveau lag. Dank der allmählichen Beseitigung der Importrestriktionen konnte die Ausfuhr gesamthaft gesehen gesteigert werden, wenn auch in gewissen Abnehmerländern die Schutzzollpolitik als bevorzugtes Mittel des staatlichen Protektionismus eingesetzt wurde. Die vermehrt zur Geltung kommenden Spielregeln der freien Konkurrenz erforderten jedoch alle Anstrengungen, um den Marktanteil sowohl durch qualitative als auch durch preismäßige Konkurrenzfähigkeit zu sichern.

¹⁾ Organisation Européenne de Coopération Economique, L'Industrie Chimique en Europe. Paris 1954, Seite 21ff.

<i>Ausfuhr von Anilinfarben</i>				
	1948	1949	1950	1951
Menge in q	96 061	76 706	92 189	105 552
Ausfuhrwert Mio. Fr.	254,9	209,6	217,1	270,9
in Prozent des Gesamtausfuhrwertes	7,4	6,1	5,6	5,8
in Prozent der Ausfuhr nach den Abwertungsländern	7,6	5,9	5,7	6,5

(Quelle: Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 78)

	Wertgewogener Mengenindex (1938 = 100)	Ausfuhrwert Mio. Fr.
3. Quartal 1948	156	63,2
4. Quartal 1948	189	76,9
1. Quartal 1949	126	53,7
2. Quartal 1949	114	46,7
3. Quartal 1949	133	56,4
4. Quartal 1949	132	55,5
1. Quartal 1950	127	48,5
2. Quartal 1950	120	45,2
3. Quartal 1950	154	55,3
4. Quartal 1950	210	72,8
1. Quartal 1951	192	72,1
2. Quartal 1951	197	78,0

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

Prozentualer Anteil der Abwertungsländer am Ausfuhrwert der Anilinfarbenindustrie

	1948	1949	1950	1951
Großbritannien	4,4	4,7	4,2	6,6
Niederlande	7,2	6,1	4,1	4,7
Dänemark	3,3	2,4	2,6	1,8
Schweden	2,7	1,5	3,3	2,7
Österreich	2,1	2,9	2,8	3,4
Ägypten	0,7	1,9	1,4	0,9
Argentinien	2,8	2,6	3,7	3,7
Indien	4,9*	4,0	4,7	3,7
Deutschland	1,6	4,8	6,4	8,4
Frankreich	12,4	11,0	11,2	12,2
Italien	6,5	6,8	6,6	6,2
Belgien/Luxemburg	4,1	3,5	4,7	2,5
Portugal	1,5	1,9	1,3	1,4
Kanada	1,1	1,5	2,5	2,2
Übrige Länder	44,9	44,6	40,4	39,5

* inkl. Pakistan

(Berechnet nach der Tabelle «Wichtige Absatzländer für Anilinfarben», Zollposition 1098, im Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 78.)

Ausfuhr von chemisch-pharmazeutischen Präparaten

	1948	1949	1950	1951
Menge in q	51 505	30 952	35 158	51 553
Ausfuhrwert Mio. Fr.	152,7	165,6	190,1	243,3
in Prozent des Gesamtausfuhrwertes	4,4	4,8	4,9	5,2
in Prozent der Ausfuhr nach den Abwertungsländern	3,8	4,1	4,2	4,6

(Quelle: Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 80)

	Wertgewogener Mengenindex (1938 = 100)	Ausfuhrwert Mio. Fr.
3. Quartal 1948	226	51,1
4. Quartal 1948	259	52,0
1. Quartal 1949	192	46,4
2. Quartal 1949	203	46,8
3. Quartal 1949	206	49,1
4. Quartal 1949	239	53,9
1. Quartal 1950	202	49,5
2. Quartal 1950	221	50,4
3. Quartal 1950	252	60,5
4. Quartal 1950	296	61,3
1. Quartal 1951	288	68,7
2. Quartal 1951	402	76,4

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

Prozentualer Anteil der Abwertungsländer am Ausfuhrwert der chemisch-pharmazeutischen Industrie

	1948	1949	1950	1951
Großbritannien	1,0	0,7	1,2	2,9
Niederlande	2,8	1,5	1,1	3,0
Dänemark	1,1	0,7	1,1	2,1
Schweden	1,4	0,9	1,7	2,2
Österreich	1,3	1,0	1,1	1,7
Ägypten	1,8	3,9	5,6	2,5
Argentinien	8,4	6,0	6,6	6,1
Indien	5,7*	5,1	4,7	4,4
Deutschland	1,4	5,1	6,0	4,8
Frankreich	4,6	2,2	4,9	3,5
Italien	8,0	9,5	5,9	5,5
Belgien/Luxemburg	4,7	6,3	5,8	5,6
Portugal	3,4	3,4	3,2	2,7
Übrige Länder	54,3	53,7	51,0	52,9

* inkl. Pakistan

(Berechnet nach der Tabelle «Wichtige Absatzländer für chemisch-pharmazeutische Präparate», Zollposition 974b, 981, im Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 80.)

Ausfuhr von Parfümerien und synthetischen Riechstoffen

	1948	1949	1950	1951
Menge in q	3265	3681	4463	6001
Ausfuhrwert Mio. Fr.	20,8	22,3	25,1	38,2
in Prozent des Gesamtausfuhrwertes	0,6	0,6	0,6	0,8
in Prozent der Ausfuhr nach den Abwertungsländern	1,1	1,2	1,1	1,5

(Quelle: Jahresstatistik des Außenhandels der Schweiz, Zollposition 982)

	Wertgewogener Mengenindex (1938 = 100)	Ausfuhrwert Mio. Fr.
3. Quartal 1948	88	4,9
4. Quartal 1948	113	7,5
1. Quartal 1949	113	6,0
2. Quartal 1949	105	6,0
3. Quartal 1949	104	6,7
4. Quartal 1949	105	6,5
1. Quartal 1950	90	5,0
2. Quartal 1950	100	5,2
3. Quartal 1950	150	8,2
4. Quartal 1950	188	10,3
1. Quartal 1951	201	11,0
2. Quartal 1951	193	12,5

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

*Prozentualer Anteil der Abwertungsländer am Ausfuhrwert
der Parfümerie- und Riechstoffindustrie*

	1948	1949	1950	1951
Großbritannien	7,3	11,9	11,2	13,6
Niederlande	1,4	1,4	1,0	1,6
Dänemark	0,9	0,3	0,6	0,5
Norwegen	1,0	0,4	0,2	0,4
Schweden	1,7	0,5	2,5	3,0
Österreich	0,7	0,5	1,0	1,5
Argentinien	6,2	1,5	2,6	5,1
Indien	3,3*	1,9	1,6	2,8
Deutschland	0,7	7,7	6,0	8,8
Frankreich	7,0	13,8	23,7	13,4
Italien	15,3	12,9	11,7	7,2
Belgien/Luxemburg	4,6	2,6	3,6	2,3
Kanada	1,6	1,1	1,1	0,8
Übrige Länder	48,3	43,5	33,2	40,0

* inkl. Pakistan

(Berechnet nach der Jahresstatistik des Außenhandels der Schweiz, Zollposition 982.)

Index der in vergleichbaren Betrieben Beschäftigten je Quartalsende für die chemische Industrie (1938 = 100)

Quartalsdurchschnitt 1946	157
Quartalsdurchschnitt 1947	174
Quartalsdurchschnitt 1948	178
1. Quartal 1949	172
2. Quartal 1949	168
3. Quartal 1949	164
4. Quartal 1949	160
1. Quartal 1950	159
2. Quartal 1950	161
3. Quartal 1950	162
4. Quartal 1950	166
1. Quartal 1951	172
2. Quartal 1951	176
3. Quartal 1951	176
4. Quartal 1951	174

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

Beschäftigungsgrad in der chemischen Industrie

Prozentsatz der Betriebe mit
gutem befriedigendem schlechtem
Beschäftigungsgrad Beschäftigungsgrad Beschäftigungsgrad

3. Quartal 1948	38,7	52,0	9,3
4. Quartal 1948	31,8	59,0	9,2
1. Quartal 1949	27,4	54,9	17,7
2. Quartal 1949	22,7	55,2	22,1
3. Quartal 1949	20,9	58,7	20,4
4. Quartal 1949	15,8	61,0	23,2
1. Quartal 1950	15,1	64,5	20,4
2. Quartal 1950	17,3	67,6	15,1
3. Quartal 1950	46,1	47,7	6,2
4. Quartal 1950	56,8	40,9	2,3
1. Quartal 1951	59,9	36,3	3,8
2. Quartal 1951	47,8	39,4	12,8

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

D. Textilindustrie

Die schweizerische Textilindustrie setzt sich aus mehreren Zweigen zusammen, die ihrerseits eine vielfältige Gliederung in verschiedene Produktionsarten und Produktionsstufen aufweisen. Während einzelne Branchen vorwiegend für den Inlandmarkt arbeiten und nur für einen kleinen Teil der Produktion auf den Export angewiesen sind, sind vier Zweige der Textilindustrie vorwiegend exportorientiert. Es darf aber nicht ver-

kannt werden, daß auch in denjenigen Branchen, die vornehmlich inlandsorientiert sind, der Export eines kleinen Teils der Produktion eine nicht unbedeutende Rolle spielt; er ist für die Erhaltung eines genügenden Beschäftigungsgrades unerläßlich und bietet bei Schwankungen der Nachfrage auf dem Inlandmarkt Ausweichmöglichkeiten. Die Textilindustrie ist erfahrungsgemäß jener Industriezweig, der bei Schwierigkeiten in den Absatzländern am schnellsten betroffen wird.

1. Seidenstoffweberei

Ein wichtiger Zweig der Textilindustrie ist die Seidenindustrie, die in verschiedene Branchen aufgeteilt ist. Die Seidenstoffweberei beschäftigte nach 1950 rund die Hälfte der in der Seidenindustrie tätigen Fabrikarbeiter. Sie ist in großem Maße exportorientiert. Nach dem durch die Krise in den Dreißigerjahren verursachten Exportrückgang wies die Ausfuhr in der Nachkriegszeit eine namhafte Erhöhung auf. In den Jahren 1951 und 1952 wurden durchschnittlich etwa 50 % der Produktion durch die Fabriken selbst exportiert. Unter Berücksichtigung der Auslandlieferungen durch den Großhandel wurde der Exportanteil gesamthaft auf 60 bis 70 % geschätzt ¹⁾. Die billigere Kunstseide erlangte im Verlaufe der Entwicklung immer größere Bedeutung; die reinen Seidengewebe, deren Export zudem durch die Einfuhrvorschriften einiger Bezugsländer zusätzlich erschwert wurde, brachten zu Beginn der Fünfzigerjahre nur noch etwa einen Viertel des Exporterlöses ein.

Die außerordentliche Nachkriegskonjunktur führte dazu, daß die Exporte der Seiden- und Kunstseidenstoffe im Jahre 1946 stark anstiegen, wobei die Ausfuhrmengen ein bisher unerreichtes Ausmaß annahmen. Bereits im folgenden Jahre fand diese günstige Konjunkturperiode ihr Ende. Während in früheren Zeiten die Krisen in der Seidenindustrie auf Wechsel der Moderichtung, prohibitive Zölle oder Schwankungen der Rohstoffpreise verursacht waren, war nun der sich manifestierende Rückschlag fast ausschließlich auf die immer schärfer werdenden Einfuhrbeschränkungen in einem Großteil der Abnehmerländer zurückzuführen, welche die weiterhin rege Nachfrage abschnürten. Den Bemühungen der schweizerischen Verhandlungsdelegationen war nur ungenügender Erfolg beschieden, da Textilien, nachdem der dringendste Nachholbedarf einmal gedeckt war, als non essentials taxiert wurden. Die Auswirkungen dieser Entwicklung kamen im Jahre 1948 voll zur Geltung. Gegenüber 1946 verzeichnete der Ausfuhrwert einen Rückgang auf einen Drittel, während der mengenmäßige Rückschlag rund 60 % betrug. Am Rückgang des Ausfuhrwertes gegenüber dem Vorjahr war allerdings der Eigenveredlungsverkehr mit rund einem Fünftel beteiligt. Wie sehr ein Industriezweig von autonomen

¹⁾ Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Ausgabe 1955, Band 2, Seite 324.

Einfuhrbeschränkungen in wichtigen Abnehmerländern betroffen werden kann, zeigen die Werte der Seiden- und Kunstseidenstofflieferungen nach Schweden und Argentinien, die am gesamten Rückschlag mit 55 % beteiligt waren.

Das Jahr 1949 brachte der Seiden- und Kunstseidenstoffindustrie eine mengenmäßige Zunahme der Exporte. Diese Zunahme mußte jedoch weitgehend durch ein Preisopfer erkaufte werden; der handelsstatistische Durchschnittswert wies gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 17 % auf. Die in den Wirtschaftsverhandlungen mit den Abnehmerländern erwirkten Kontingente entsprachen in vielen Fällen weiterhin nicht den Bedürfnissen der Produzenten und Konsumenten. Die durch den starken Rückgang der schweizerischen Einfuhr erzwungene Kürzung der Kontingente wirkte sich auch für den besprochenen Industriezweig nachteilig aus. In dem gegen Ende des Jahres abgeschlossenen Abkommen mit Frankreich wurde den Verkaufsmöglichkeiten der Seidenindustrie zwar weitgehend Rechnung getragen, dagegen konnten in bezug auf die überhöhten französischen Zollsätze keine Zugeständnisse erzielt werden. Das neue Handelsabkommen mit Deutschland ermöglichte erstmals nach dem Kriege namhafte Lieferungen, so daß dieses Land nach Belgien zum zweitwichtigsten Abnehmer aufstieg. Die Einführung des freien Zahlungsverkehrs mit Belgien/Luxemburg blieb ohne Auswirkungen, da die Kontingente bereits vorher ausreichend bemessen waren. Dagegen gelang es nicht, in den Vereinbarungen mit Großbritannien ein auch nur einigermaßen ausreichendes Seidenkontingent zu sichern; gegen Ende des Jahres konnten wenigstens unausnützbare Kontingente anderer Industriezweige auf die Textilindustrie umgeschrieben werden, woran auch die Seidenindustrie partizipierte. Das ehemals wichtige Geschäft mit Argentinien konnte nicht wiederaufgenommen werden, da es sich als unmöglich erwies, mit den Behörden dieses Landes eine Einigung in bezug auf non essentials zu erzielen.

Das erste Semester des Jahres 1950 war durch eine weitere Abnahme der Ausfuhrmöglichkeiten gekennzeichnet. Die Produktion ging jedoch nicht in gleichem Maße zurück, da auf Lager gearbeitet wurde. Diese Entwicklung führte auch im Inland zu einem Preiserfall und der damit verbundenen Zurückhaltung der Abnehmer. Die Fabrikanten beschlossen, während vier Monaten die Produktion gegenüber dem Vorjahr um 25 % einzuschränken. Von den notwendig werdenden Entlassungen wurden vorab die ausländischen Arbeitskräfte betroffen, während die Entlassungen schweizerischer Arbeiter durch die Einführung von Kurzarbeit auf ein Minimum beschränkt werden konnten. Diese unerfreuliche Beschäftigungslage hielt bis zum dritten Quartal 1950 an. Die angelegten Lager entsprachen oft mehr als einer Dreimonatsproduktion. Die im Zusammenhang mit den internationalen Ereignissen plötzlich einsetzende Nachfrage ließ

die Produktionszahlen stark ansteigen. Am Ende des Jahres waren die Seiden- und Kunstseidenstoffwebereien voll beschäftigt, wobei gleichzeitig die angelegten Warenlager abgebaut werden konnten. Die schlagartige Verbesserung der Absatzverhältnisse vermochte nicht zu verhindern, daß im Jahre 1950 wertmäßig die schlechtesten Exportergebnisse der Nachkriegszeit erzielt wurden, weshalb viele Firmen Verluste ausweisen mußten. Das im April 1950 mit dem Sterlinggebiet abgeschlossene Abkommen sah zu knappe Kontingente vor, so daß dieselben weiterhin firmenmäßig verwaltet werden mußten; Großbritannien widersetzte sich insbesondere der Einfuhr reinseidener Gewebe. Mit dem Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion setzte eine starke Zunahme der Lieferungen von den auf der englischen Freiliste enthaltenen Rayon- und Zellwollgeweben ein. Die Einfuhrbeschränkungen wurden auch in vielen Ländern des Sterlingblocks gelockert, was sich insbesondere auf die Exporte nach Indien, Australien und nach der Südafrikanischen Union vorteilhaft auswirkte. Die im ersten Halbjahr erlittenen Absatzverluste konnten jedoch nicht ausgeglichen werden. Von den Importerleichterungen, die Frankreich im Herbst 1949 in Kraft gesetzt hatte, wurde auch die Seiden- und Kunstseidenstoffweberei begünstigt, wenn auch der erhöhte französische Zolltarif den Ausfuhrmöglichkeiten gewisse Schranken setzte; die Bestrebungen der protektionistisch gesinnten Kreise sorgten dafür, daß die noch kontingentierten Gewebeartikel nicht liberalisiert wurden und daß die Zollsätze keine Reduktionen erfuhren. Belgien/Luxemburg vermochte sich weiterhin an der Spitze der Bezugsländer zu halten, obwohl der Exportwert infolge der Entwicklung auf dem belgischen Markt etwas abnahm. Es ist jedoch hervorzuheben, daß die Stellung der schweizerischen Produzenten auf diesem Markte, allerdings unter Gewährung von Preiskonkzessionen, weitgehend gehalten werden konnte, obwohl er von der europäischen Konkurrenz besonders intensiv bearbeitet wurde. Deutschland hatte einen großen Teil der Seiden- und Kunstseidengewebe nicht auf die Freiliste aufgenommen; die verzögerte Inkraftsetzung des neuen Handelsvertrages bewirkte, daß während über drei Monaten keine Einfuhrlizenzen für nicht liberalisierte Gewebe erhältlich waren. Immerhin war es möglich, den im Vorjahr erzielten Ausfuhrwert annähernd zu erreichen. Holland liberalisierte lediglich die Seidengewebe, während Lieferungen von Rayon- und Zellwollgeweben nur in bescheidenem Rahmen möglich waren; der Ausfuhrwert ging deshalb nochmals zurück. Das Bestehen bedeutender Transferrückstände und die rückläufigen Bezüge der Schweiz führten dazu, daß die Liefermöglichkeiten nach Dänemark unbefriedigend blieben. Das mit Schweden abgeschlossene Abkommen brachte gegenüber den Vereinbarungen des Jahres 1948 eine stärkere Einschränkung der Kontingente; der Exportrückschlag konnte durch die mit dem Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion auch auf die Schweiz ausgedehnte Liberalisierung nur in geringfügigem Maße wettgemacht werden. In dem mit Argentinien abgeschlossenen Zusatzabkommen waren gute Exportmöglichkeiten vorgesehen;

da dieses Land jedoch seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkam, konnten die Abmachungen nicht realisiert werden.

In den ersten Monaten des Jahres 1951 hielt die gute Ausnützung des Produktionsapparates an. Gegen Jahresmitte begann sich ein Umschwung der Konjunktur abzuzeichnen. Der Auftragseingang verlangsamte sich, was auf die Abschwächung der durch den Koreakrieg bedingten Umsatz- und Preisentwicklung und den damit verbundenen Lagerabbau sowie auf die verschärfte Konkurrenz zurückzuführen war. Man glaubte auch, es teilweise mit einer strukturellen Veränderung, hervorgerufen durch Verlagerungen in der Einkommensverwendung und durch den Modewechsel, zu tun zu haben. Die Fabriken mußten deshalb im zweiten Halbjahr wieder vermehrt auf Lager arbeiten. Gesamthaft gesehen verzeichnete der Ausfuhrwert dank den guten Ausfuhrergebnissen im ersten Semester eine ansehnliche Zunahme. Wertmäßig wurde jedoch das günstige Ergebnis des Jahres 1947 nicht erreicht. Infolge der starken ausländischen Konkurrenz und der Übersättigung des Marktes verzeichnete die Ausfuhr nach Belgien/Luxemburg, das der Einfuhr von Seiden- und Kunstseidenstoffen weiterhin keine Hindernisse in den Weg legte, einen nochmaligen Rückgang; trotz des starken Rückganges des Exportanteils nach Belgien blieb dieses Land nach wie vor an der Spitze der Abnehmer. Die Inkraftsetzung für die Schweiz der schwedischen Freiliste, auf der ein Großteil der Textilien figurierte, bewirkte einen starken Aufschwung der Seiden- und Kunstseidenstofflieferungen. Bereits zu Beginn des zweiten Quartals wurde allerdings die Liberalisierung für Textilien wieder rückgängig gemacht und ein Blocklizenzsystem eingeführt; dennoch hielten sich die Exporte auf dem im ersten Quartal verzeichneten Niveau. Zu der bereits im Vorjahr durchgeführten Liberalisierung der Einfuhr von Kunstseidenstoffen durch Großbritannien kam im August 1951 die Aufnahme der Seidenstoffe auf die Freiliste, nachdem schon vorher eine Kontingenterhöhung hatte erwirkt werden können. Der Absatz der Seidenstoffe in England konnte in der Folge stark gesteigert werden, während die Kunstseidenstoffe, aus protektionistischen Motiven durch einen hohen Umsatzsteuer- und Zollsatz belastet, nicht konkurrenzfähig waren. Unter den Ländern des Sterlinggebietes erwies sich Australien, das die Textileinfuhr liberalisiert und durch vorübergehende Zollerleichterungen gefördert hatte, als besonders günstiger Absatzmarkt. Dank der eliminierten Diskriminierung der Schweiz als Hartwährungsland konnten auch die Lieferungen nach der Südafrikanischen Union gesteigert werden; da für den Gewebeamport Höchstpreise festgesetzt waren, profitierten die hochwertigen Gewebe weniger von der Liberalisierung, so daß die in der ersten Nachkriegszeit registrierten Exportwerte nicht erreicht wurden. In der Vereinbarung mit Indien war auch ein Kontingent für Kunstseiden-gewebe, deren Einfuhr aus anderen Ländern generell gesperrt war, enthalten. Auch nach verschiedenen anderen Ländern des Sterlingblockes konnten die Exporte erhöht werden, so daß die Gesamtausfuhr nach den

Sterlingländern wiederum annähernd diejenige der ersten Nachkriegsjahre erreichte; die Anteile der einzelnen Länder hatten allerdings teilweise starke Umschichtungen erfahren. Durch die vollständige Importsperrung und Aufhebung der Liberalisierung erfuhren die Exportmöglichkeiten nach Deutschland einen vorübergehenden Unterbruch. Erst Mitte des Jahres wurden Globalkontingente für alle Lieferländer ausgeschrieben, wobei auf die Schweiz nur ungenügende Quoten entfielen. Nachteilig beeinflußt wurde die Ausfuhr nach Deutschland zudem durch marktbedingte Absatzschwierigkeiten und durch die Einführung des neuen deutschen Zolltarifs. Der Export ging zurück, und da über 40 % des Exportwertes auf in der Schweiz veredelte Gewebe entfielen, ergab sich für Gewebe schweizerischer Provenienz ein starker Exportausfall. Frankreich nahm im dritten Quartal die Seiden- sowie die Kunstseidenstoffe mit wenigen Ausnahmen auf die Freiliste auf. Den Hauptanteil der Ausfuhr machten die Seidengewebe aus, während die protektionistische Zollbelastung der Kunstseidenprodukte einen erfolgreichen Wettbewerb mit der französischen Industrie verunmöglichte. Das gegen Ende des Jahres abgeschlossene Wirtschaftsabkommen sah ausreichende Kontingente vor, die jedoch infolge der zu Beginn des Jahres 1952 verfüigten Einfuhrbeschränkungen nicht realisiert werden konnten. Die Liberalisierung der Seidenstoffimporte und größere Kontingente für Kunstseidengewebe erlaubten eine Steigerung der Lieferungen nach Holland; daß diese Steigerung nicht ausgeprägter war, war auf die starke deutsche Konkurrenz zurückzuführen. Die Lieferungen nach Österreich gingen trotz der teilweisen Erhöhung der ungenügenden Kontingente zurück, was offensichtlich auf die Protektion der österreichischen Webereiindustrie zurückzuführen war. Dank der mit der Europäischen Zahlungsunion verbundenen Erleichterungen konnte der Export nach Dänemark etwas gesteigert werden.

Im Jahre 1952 setzte in der Textilindustrie der Rückschlag der Korea-konjunktur ein, der sich in der Abnahme des Auftragsbestandes bemerkbar machte. Gegen Ende des dritten Quartals setzte eine erneute Belebung ein, die jedoch den Ausfall des ersten Halbjahres nicht auszugleichen vermochte. Da die Artikel der teureren Preisklassen besseren Absatz fanden, blieb der Rückgang des Exportwertes hinter der Mengenverminderung zurück. Der Zusammenbruch der Einfuhrliberalisierung in Großbritannien und Frankreich wirkte sich für die Textilindustrie besonders nachteilig aus. Zweifellos war es der Europäischen Zahlungsunion zu verdanken, daß der Exportwert immer noch über demjenigen der Jahre 1949 und 1950 lag. Die durch die Zahlungsunion ermöglichte Verlagerung der Exportmöglichkeiten war für die Seiden- und Kunstseidenstoffindustrie von besonderer Bedeutung, da die Lieferungen nach gewissen Ländern Südamerikas sowie nach den Oststaaten immer mehr auf Hindernisse stießen. Seit 1950 hatte die Ausfuhr nach den OECE-Gebieten — ausgenommen die Exporte nach Belgien, die aus marktmäßigen Gründen zurückgingen — um mehr als die

Hälfte zugenommen; die Zunahme betraf vorwiegend Länder, die gegenüber der Schweiz eine passive Zahlungsbilanz aufwiesen.

In den folgenden drei Jahren bewegte sich die Ausfuhr wertmäßig über dem Stand des Jahres 1952. Zollerhöhungen und der Neuaufbau von Textilindustrien in ehemaligen Bezugsländern standen einer Expansion im Wege, so daß von einzelnen Ländern durchgeführte Liberalisierungs- und Reliberalisierungsmaßnahmen nicht voll zur Geltung kommen konnten. Der handelsstatistische Durchschnittswert der Exporte lag etwas höher, da die Kundschaft für hochwertige Qualitätserzeugnisse zu den regelmäßigen Abnehmern zählte, während die Konkurrenzfähigkeit der billigeren Stapelartikel infolge der starken ausländischen Konkurrenz beeinträchtigt war. Die Arbeitsproduktivität ging durch die Zersplitterung der Produktion, wie sie bei der Herstellung von Spezialartikeln in kleinen Auflagen unvermeidlich ist, von Jahr zu Jahr zurück.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, war die Seiden- und Kunstseidenstoffindustrie für einen relativ großen Anteil ihrer Exporte auf den Absatz in den Abwertungsländern angewiesen. Die Wiederaufnahme der Lieferungen nach Deutschland ließ den Anteil der Nichtabwertungsländer im Jahre 1949 vorübergehend absinken. In den beiden folgenden Jahren nahm der Exportanteil der Abwertungsländer wieder ab. Die Rückbildung des Auslandsabsatzes, der in den Jahren 1948 und 1949 eintrat, mußte zunächst als Normalisierung einer übermäßigen Exportkonjunktur betrachtet werden. Teilweise war er auf den Rückgang des Eigenveredelungsverkehrs, welcher den schweizerischen Webereien keine Beschäftigung bietet, zurückzuführen. Bald wurden jedoch die Grenzen einer normalen Exporttätigkeit unterschritten, wobei sich rund zwei Drittel der Verkäufe auf drei Absatzgebiete (Belgien, Deutschland, Sterlinggebiet) konzentrierten. Die Wiederaufnahme des Exportes nach Deutschland verhinderte, daß der Rückschlag noch ausgeprägter ausfiel. Die Abwertungen trafen deshalb die schweizerische Seiden- und Kunstseidenstoffweberei bereits in einer ungünstigen, überdies durch einen starken Preiserfall gekennzeichneten Lage an, die nun eine erneute Erschwerung erfuhr. Immerhin gelang es dank den Anstrengungen der Produzenten aller Verarbeitungsstufen, die durch die neuen Verhältnisse geschaffenen Preisdifferenzen in großem Maße zu überbrücken. Der verhältnismäßig geringe Anteil der Exporte nach den Nichtabwertungsländern nahm dennoch etwas zu. Der Auslandsabsatz erlitt jedoch zunächst keinen neuen Rückschlag und übertraf die pessimistischen Erwartungen, die angesichts der Abwertungen vorherrschten. Dieses Ergebnis war allerdings in entscheidender Weise der Wiederaufnahme der Lieferungen nach Deutschland zu verdanken. Im zweiten Quartal 1950 verzeichneten die Exporte gegenüber der gleichen Vorjahresperiode wertmäßig einen Rückschlag von rund 30 %, während die Ausfuhrmenge etwas weniger zurückging. Der Ausfall war weniger auf das Nachlassen der ausländischen Nachfrage oder auf unüberwindbare Preiserhöhungen, sondern auf die weiterhin bestehenden Einfuhrbeschränkungen

in verschiedenen wichtigen Absatzländern zurückzuführen. Dies wird deutlich durch die Tatsache, daß die schweizerischen Erzeugnisse den auch den ausländischen Konkurrenten offen stehenden belgischen Markt beherrschten.

Auch wenn die Abwertungen nicht eingetreten wären, hätte sich die Seiden- und Kunstseidenweberei einer verstärkten, oft durch umfangreiche Exportförderungsmaßnahmen und protektionistische Vorkehren begünstigten Konkurrenz gegenüber gesehen. In nicht wenigen Fällen waren die Schwierigkeiten nicht durch zu hohe Exportpreise, sondern durch staatliche Maßnahmen aller Art verursacht. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es bedeutender Preisreduktionen von seiten aller beteiligten Verarbeitungsstufen bedurfte, um den Anschluß an den Weltmarkt zu sichern. Um den abwertungsbedingten Vorteilen der ausländischen Konkurrenz erfolgreich begegnen zu können, traten die Webereien sofort nach den Paritätsänderungen mit den Rayonproduzenten und mit der Veredelungsindustrie in Verbindung, um sich deren Mitwirkung bei der noch notwendiger gewordenen knappen Kalkulation zu sichern. Die Senkung des handelsstatistischen Durchschnittswertes pro Kilogramm von Fr. 37.50 im Jahre 1948 auf Fr. 31.— im Jahre 1949 und auf Fr. 26.50 im Jahre 1950 liefert den überzeugenden Beweis für die Opfer, die insbesondere von den Seiden- und Kunstseidenwebereien zu tragen waren, wenn auch ein Teil dieses starken Preisrückschlages auf den vermehrten Export von Rohware zurückzuführen war. Diese Zahlen zeigen ferner, daß der Preiszerfall bereits vor den Abwertungen einsetzte, daß also die unerfreuliche Lage der Seiden- und Kunstseidenstoffindustrie keineswegs allein durch die ausländischen Währungsmanipulationen verursacht war.

Bei der Würdigung der Tatsache, daß die Situation der Textilindustrie im Vergleich zu der Lage der übrigen Hauptexportindustrien ungünstiger war, muß berücksichtigt werden, daß der industrielle Aufbau in den Agrarstaaten unter dem Schutze umfassender protektionistischer Maßnahmen, bei dem erfahrungsgemäß die Textilindustrie als einer der ersten Industriezweige zum Zuge kommt, und der Wiederaufbau der Industrien in den kriegsversehrten Ländern bis zum Jahre 1950 große Fortschritte gemacht hatten. Der schweizerischen Textilindustrie erwuchs durch diese neuen Produktionszentren insbesondere auf dem Gebiet der billigeren Stapelartikel eine starke Konkurrenz, während die Exportmöglichkeiten für höherwertige Produkte weniger beeinträchtigt waren. Als Konsequenz hätten die schweizerischen Produzenten das Schwergewicht der Produktion vermehrt auf Stoffe besserer Qualität verlagern sollen. Einwandfrei steht fest, daß sich die Absatzprobleme in der schweizerischen Seiden- und Kunstseidenweberei auch ohne Abwertungswelle gestellt hätten. Die Wechselkursänderungen kamen für diesen Industriezweig in einem ganz besonders ungünstigen Zeitpunkt.

Ausfuhr von Seiden- und Kunstseidenstoffen

	1948	1949	1950	1951
Menge in q	21 329	27 419	29 850	36 060
Ausfuhrwert Mio. Fr.	79,9	83,7	79,2	106,0
Netto-Ausfuhrwert Mio. Fr.*	70,8	78,9	74,5	98,1
in Prozent des Gesamtausfuhrwertes	2,3	2,4	2,0	2,2
in Prozent der Ausfuhr nach den Abwertungsländern	4,1	4,3	3,5	4,0

* Die in der Handelsstatistik ausgewiesenen Mengen und Werte verstehen sich inklusive Eigenveredelungsverkehr. Eine bessere Übersicht über den Konjunkturverlauf in der Seidenweberei vermitteln die Netto-Ausfuhrwerte.

(Quelle: Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 58; Netto-Ausfuhrwerte Seite 19)

	Wertgewogener Mengenindex (1938 = 100)	Ausfuhrwert Mio. Fr.
3. Quartal 1948	118	18,2
4. Quartal 1948	155	24,2
1. Quartal 1949	165	25,3
2. Quartal 1949	161	23,3
3. Quartal 1949	125	16,3
4. Quartal 1949	163	18,7
1. Quartal 1950	196	22,6
2. Quartal 1950	146	16,9
3. Quartal 1950	156	17,4
4. Quartal 1950	206	22,3
1. Quartal 1951	264	31,1
2. Quartal 1951	230	28,4

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

Prozentualer Anteil der Abwertungsländer am Ausfuhrwert der Seiden- und Kunstseidenstoffindustrie

	1948	1949	1950	1951
Großbritannien	8,1	10,4	13,1	10,3
Niederlande	5,4	2,5	1,6	2,2
Dänemark	3,6	5,1	4,0	4,0
Schweden	4,9	5,6	3,3	12,3
Österreich	0,9	1,8	2,1	1,3
Südafrikanische Union	15,9	6,3	1,1	4,5
Argentinien	1,6	0,0	0,0	0,1
Indien	0,1*	2,7	3,0	4,3
Australischer Bund	2,1	2,2	2,5	9,2
Deutschland	0,3	13,1	13,5	7,0
Frankreich	2,0	0,8	3,2	2,6
Italien	0,1	0,0	0,1	0,4
Belgien/Luxemburg	30,4	30,3	28,9	17,3
Portugal	1,4	0,5	0,4	0,5
Kanada	1,8	1,2	1,1	1,1
Übrige Länder	21,4	17,3	22,1	23,0

* inkl. Pakistan

(Berechnet nach der Tabelle «Wichtige Absatzländer für Seiden- und Kunstseidenstoffe», Zollposition 447b — 448, im Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 58.)

*Index der in vergleichbaren Betrieben Beschäftigten je Quartalsende für die
Seidenindustrie (1938 = 100)*

Quartalsdurchschnitt 1946	123
Quartalsdurchschnitt 1947	132
Quartalsdurchschnitt 1948	126
1. Quartal 1949	124
2. Quartal 1949	121
3. Quartal 1949	119
4. Quartal 1949	119
1. Quartal 1950	118
2. Quartal 1950	116
3. Quartal 1950	119
4. Quartal 1950	125
1. Quartal 1951	128
2. Quartal 1951	131
3. Quartal 1951	130
4. Quartal 1951	127

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

Beschäftigungsgrad in der Seidenindustrie (ohne Seidenstoffweberei)

	Prozentsatz der Betriebe mit		
	gutem Beschäftigungsgrad	befriedigendem Beschäftigungsgrad	schlechtem Beschäftigungsgrad
3. Quartal 1948	45,8	29,2	25,0
4. Quartal 1948	34,6	50,0	15,4
1. Quartal 1949	20,8	45,8	33,4
2. Quartal 1949	20,8	50,0	29,2
3. Quartal 1949	16,7	50,0	33,3
4. Quartal 1949	25,0	54,2	20,8
1. Quartal 1950	16,0	52,0	32,0
2. Quartal 1950	11,1	30,6	58,3
3. Quartal 1950	22,2	38,9	38,9
4. Quartal 1950	52,8	27,8	19,4
1. Quartal 1951	57,1	25,7	17,2
2. Quartal 1951	68,6	20,0	11,4

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

Beschäftigungsgrad in der Seiden- und Kunstseidenweberei

	Prozentsatz der Betriebe mit		
	gutem Beschäftigungsgrad	befriedigendem Beschäftigungsgrad	schlechtem Beschäftigungsgrad
3. Quartal 1948	27,5	67,5	5,0
4. Quartal 1948	25,0	70,0	5,0
1. Quartal 1949	17,5	77,5	5,0
2. Quartal 1949	12,5	67,5	20,0

3. Quartal 1949	5,0	55,0	40,0
4. Quartal 1949	7,5	55,0	37,5
1. Quartal 1950	7,5	47,5	45,0
2. Quartal 1950	2,5	57,5	40,0
3. Quartal 1950	12,5	80,0	7,5
4. Quartal 1950	50,0	50,0	—
1. Quartal 1951	75,0	25,0	—
2. Quartal 1951	75,0	25,0	—

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

2. Kunstseiden- und Zellwollgarnindustrie

Kunstseiden- und Zellwollgarne bildeten in den Jahren vor und nach den Abwertungen den zweitwichtigsten Exportposten der Seidenindustrie. Zusammen mit der Seiden- und Kunstseidenstoffweberei machte ihr Anteil am Export der Seidenindustrie zu Beginn der fünfziger Jahre über 70% aus. Unter Berücksichtigung der Bezüge der inländischen, ebenfalls in großem Maße für den Export arbeitenden Webereien kommt dem Auslandabsatz in der Kunstseiden- und Zellwollgarnindustrie ebenfalls eine große Bedeutung zu.

Zellwollgarne werden in der Schappeindustrie hergestellt. Ein Teil der Produktion stammt aus den Baumwollspinnereien, so daß eine klare Abgrenzung zwischen beiden Branchen nicht möglich ist. Mehr als die Hälfte der Zellwollgarnproduktion wird exportiert ¹⁾. Die Exportwerte bewegen sich in relativ bescheidenem Rahmen; der Anteil an der gesamten Ausfuhr der Kunstseiden- und Zellwollgarnindustrie betrug im Jahre 1950 rund 7%, um, nach einem Anstieg im Jahre 1951 auf 16%, im Jahre 1952 wieder auf 7% zurückzugehen ²⁾. Von der schweizerischen Kunstseidengarn-Produktion wurden im Jahre 1948 etwa 35% nach dem Ausland geliefert. Zuzufolge der nachlassenden Nachfrage von seiten der schweizerischen Verarbeiter mußten die Bemühungen zum Verkauf der Erzeugnisse im Ausland gesteigert werden, und es gelang, den Exportanteil in den folgenden Jahren auf 55 bis 70% zu erhöhen ³⁾.

Die ungenügenden Exportmöglichkeiten der schweizerischen Webereien und der Rückgang des direkten Exports, der größtenteils auf Ausfälle des Absatzes in Schweden, Dänemark und in den südamerikanischen Ländern zurückzuführen war, führten im Jahre 1948 zu einem starken Rückschlag des Zellwollgarnexportes. Dagegen war die Kunstseidengarn-Produktion während des ganzen Jahres voll beschäftigt, wenn sich auch im zweiten Semester die Absatzaussichten verschlechterten. Die Exporte stießen in ver-

¹⁾ Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahr 1951, Seite 46.

²⁾ Berechnet nach der Jahresstatistik des Außenhandels der Schweiz, 1. Band.

³⁾ Bericht über Handel und Industrie der Schweiz, 1949 Seite 49; 1950 Seite 51; 1951 Seite 46; 1952 Seite 47.

schiedenen Absatzgebieten auf zunehmende Schwierigkeiten in der Form von Einfuhrbeschränkungen und übermäßigen Einfuhrzöllen, während die Schweiz infolge der bescheidenen Zollbelastung immer mehr zu einem gesuchten Markt für ausländische Produkte wurde.

Im Jahre 1949 konnte die Zellwollgarnausfuhr knapp auf dem im Vorjahr erreichten Niveau gehalten werden. Da viele traditionelle Absatzgebiete die Einfuhr stark einschränkten, war dies den Bemühungen zur Gewinnung neuer Absatzmärkte, die jedoch für eine dauerhafte Geschäftsverbindung keine Gewähr boten, zu verdanken. Die Kunstseidengarn-Fabrikanten sahen sich infolge der stark rückläufigen Nachfrage der einheimischen Textilindustrie gezwungen, alle Anstrengungen zur Ausdehnung des Auslandabsatzes zu unternehmen. Auch hier machten sich in den bisherigen Absatzgebieten vermehrte Schwierigkeiten geltend. Günstige Auswirkungen hatte die durch das neue Handelsabkommen mit Deutschland ermöglichte Normalisierung der Geschäftsbeziehungen zu diesem Land, das zum zweitwichtigsten Abnehmer aufstieg, während Argentinien vorübergehend an die erste Stelle trat. Dank den Lieferungen nach diesen beiden Ländern konnte nicht nur der bei den übrigen Absatzländern entstandene Ausfall wettgemacht werden, sondern auch eine ansehnliche Zunahme des Ausfuhrwertes erreicht werden.

Die Abwertungswelle bewirkte, daß auf den Zellwollgarnmärkten des In- und Auslandes ein starker Konkurrenzkampf einsetzte, da einige von der Abwertung betroffene Länder als Abnehmer fast vollständig ausfielen. Die Preiszugeständnisse der Produzenten bewirkten, daß, nach einem weitgehenden Stillstand in den ersten Monaten des Jahres 1950, ein gewisser Bestand an Aufträgen hereingebracht werden konnte. Die Beschäftigung war, bei allerdings als unbefriedigend bezeichneten Preisen, gewährleistet. Begünstigt durch die nach dem Ausbruch des Koreakrieges allgemein einsetzende Nachfragesteigerung, besserte sich die Absatzlage gegen Jahresende. Bei der Kunstseidengarn-Produktion machte sich im ersten Semester der allgemeine Konjunkturrückgang und die in wichtigen Absatzgebieten praktizierte Diskriminierung der Einfuhr aus der Schweiz vermehrt bemerkbar. Die Steigerung der Nachfrage im zweiten Halbjahr und das Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion führte zu einer vollständigen Umkehr der Situation; die Produktion war auf Monate hinaus ausverkauft. Daß der gesamte Ausfuhrwert dennoch einen kleinen Rückschlag aufweist, ist auf den Ausfall der Lieferungen nach Argentinien, dessen Exportwertanteil im Vorjahre rund ein Fünftel betragen hatte, zurückzuführen. Dieser durch autonome Maßnahmen eines Abnehmerlandes verursachte Ausfall ließ die Gefahr, welche die Konzentration der Exporte auf einige wenige Länder für einen Industriezweig mit sich bringt, sehr deutlich werden. Ohne die durch die politischen Ereignisse herbeigeführte Beschleunigung des Konjunkturaufschwunges hätten sich die Produzenten in einer äußerst prekären Lage befunden. Zum wichtigsten Abnehmerland stieg nun Deutschland auf, obwohl der Ausfuhrwert etwas hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb.

Im Jahre 1951 konnte der Auslandabsatz von Zellwollgarnen um über 150 % gesteigert werden, woraus sich die Steigerung des Anteils am Gesamtexport der besprochenen Industrie ergab, auf die bereits hingewiesen wurde. Die Produktionskapazität der Kunstseidengarnfabriken war während des ganzen Jahres voll ausgenützt. Vom zweiten Semester an verzeichnete jedoch der Bestand an unerledigten Aufträgen einen Rückgang. Zudem wurde die Konkurrenz wieder stärker, wobei erhöhte Zollschränken das erfolgreiche Bestehen des Konkurrenzkampfes noch erschwerten. Die Preiserhöhungen der wichtigsten Rohmaterialien konnten unter diesen Umständen nicht voll auf die Exportpreise abgewälzt werden, so daß die Preise der schweizerischen Erzeugnisse im Vergleich zu anderen Ländern, in denen die Preisbildung ebenfalls keinen künstlichen Verzerrungen unterworfen war, an der unteren Grenze lagen. Die Liberalisierung der Einfuhr aus der Schweiz durch Schweden bewirkte, daß dieses Land den ersten Platz unter den Abnehmerländern einnahm. Die Restriktionen, zu denen sich Deutschland infolge seiner verschlechterten Zahlungsbilanzlage gezwungen sah, führten zu einem weiteren Rückgang der Bezüge; immerhin blieb dieses Land der zweitwichtigste Kunde. Die Lieferungen nach den übrigen der Europäischen Zahlungsunion angeschlossenen Ländern verzeichnete erfreuliche Zunahmen.

Die Zellwollgarnexporte fielen im Jahre 1952 nach dem vorübergehenden Aufschwung wieder zurück, lagen jedoch immer noch über dem Niveau des Jahres 1950, so daß von einer Normalisierung gesprochen werden konnte. Die Kunstseidengarnexporte verzeichneten dagegen trotz des in der Textilindustrie einsetzenden Konjunkturrückganges eine Erhöhung. Die Produzenten hatten es durch eine geschickte Preis- und Produktionspolitik verstanden, sich einen bedeutenden Exportauftragsbestand zu sichern, der nun ausgeliefert wurde. Aus diesem Grunde stieg der Anteil der Produktion, der dem direkten Export zugeführt wurde, auf den höchsten bisher registrierten Stand von 70 %.

In den folgenden Jahren konnten die Exporte laufend gesteigert werden. Sie überschritten im Jahre 1955 die 100-Millionen-Grenze und überflügelten gleichzeitig den Exportwert der Seiden- und Kunstseidenstoffe. Wenn man von der starken, auf das einmalige Geschäft mit Argentinien zurückzuführende Fluktuation im Jahre 1949 absieht, zeigte der Anteil der Abwertungsländer, in denen die Inkraftsetzung der Europäischen Zahlungsunion mit der Liberalisierung oder einer Kontingenterhöhung verbunden war, eine Zunahme. Den Produzenten war es gelungen, die Konkurrenzfähigkeit auf den ausländischen Märkten durch ein zurückhaltendes Preisgeben zu erhalten, was allerdings infolge der Rohstoffpreissteigerung mit einer Margeneinengung verbunden war. Der Exportwert konnte trotz des verschärften Konkurrenzkampfes, an dem namentlich auch die deutschen Produkte beteiligt waren, in der Periode von 1950 bis 1955 nahezu verdoppelt werden.

Ausfuhr von Kunstseiden- und Zellwollgarnen

	1948	1949	1950	1951
Menge in q	36 413	56 125	70 076	62 580
Ausfuhrwert Mio. Fr.	41,5	55,7	53,3	62,1
in Prozent des Gesamtausfuhrwertes	1,2	1,6	1,4	1,3
in Prozent der Ausfuhr nach den Abwertungsländern	2,8	3,6	2,7	3,0

(Quelle: Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 57)

	Wertgewogener Mengenindex (1938 = 100)	Ausfuhrwert Mio. Fr.
3. Quartal 1948	95	10,0
4. Quartal 1948	163	16,6
1. Quartal 1949	166	16,0
2. Quartal 1949	142	14,4
3. Quartal 1949	143	13,6
4. Quartal 1949	139	11,6
1. Quartal 1950	147	11,0
2. Quartal 1950	146	11,3
3. Quartal 1950	212	15,7
4. Quartal 1950	204	16,7
1. Quartal 1951	194	16,8
2. Quartal 1951	169	15,8

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

*Prozentualer Anteil der Abwertungsländer am Ausfuhrwert der
Kunstseiden- und Zellwollgarnindustrie*

	1948	1949	1950	1951
Dänemark	8,9	3,8	5,6	6,0
Schweden	4,6	3,1	7,1	12,1
Österreich	4,3	4,1	5,1	8,5
Argentinien	3,4	19,6	0,2	6,8
Indien	1,0*	2,9	2,8	4,0
Deutschland	2,2	17,7	16,5	11,3
Frankreich	2,7	0,9	3,9	6,8
Italien	0,0	0,5	1,1	2,1
Belgien/Luxemburg	5,8	5,6	3,9	4,3
Portugal	5,1	1,6	1,5	1,3
Kanada	0,5	1,3	3,8	0,3
Übrige Länder	61,7	39,1	48,4	36,6

* inkl. Pakistan

(Berechnet nach der Tabelle «Wichtige Absatzländer für Kunstseiden- und Zellwollgarnen», Zollposition 445b, 446a/h, im Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 57.)

3. Seidenbandindustrie

Ein weiterer, vorwiegend auf den Export angewiesener Zweig der Seidenindustrie ist die Seiden- und Kunstseidenbandindustrie, die ungefähr 80 % der Produktion im Ausland absetzt ¹⁾. Sie hat in besonderem Maße unter den Modelaunen zu leiden. Diesem Nachteil wird dadurch begegnet, daß vermehrt reine Gebrauchs- und nur indirekt von der Mode abhängige Bänder hergestellt werden. Mit dem Überhandnehmen der billigen Seidenbänder, die von der ausländischen Konkurrenz angeboten und die immer mehr nachgefragt werden, sank allerdings die Bedeutung der hochqualifizierten Arbeit, welche die schweizerische Seidenbandindustrie vor der ausländischen Konkurrenz auszeichnet.

Infolge ungünstiger Modetendenzen und der Weltwirtschaftsdepression machte die Seidenbandindustrie einen Niedergangsprozeß durch, der bald nach dem ersten Weltkrieg einsetzte und bis 1936 dauerte. Der große Nachholbedarf und die Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz verhalfen in der ersten Zeit nach dem zweiten Weltkrieg zu reichlichen Auftrags-eingängen. Wenn auch das Niveau der ersten Zwanzigerjahre nicht mehr erreicht wurde, verhalfen sie doch zu einer Ausnützung der Produktionskapazität und zur Möglichkeit, die Unternehmen zu konsolidieren.

Der im Jahre 1948 erzielte günstige Ausfuhrwert war auf den aus dem Vorjahr übernommenen Auftragsbestand und auf die guten Geschäftsergebnisse mit den Vereinigten Staaten, trotz der hohen Zollbelastung Hauptabnehmer der Seidenbandindustrie, zurückzuführen. Der Neueingang von Aufträgen verzeichnete jedoch einen starken Rückgang. Es war dies auf den Umstand zurückzuführen, daß die Zahl der Absatzländer, welche die Seidenbänder rigorosen Einfuhrbeschränkungen unterwarfen, immer größer wurde. Die Nachfrage in diesen Ländern war nach wie vor lebhaft, so daß bei ungehinderten Ausfuhrmöglichkeiten in der Bandindustrie, begünstigt durch die Modetendenzen, eine gute Beschäftigungslage zu verzeichnen gewesen wäre. Die vermehrt einsetzende, in Weichwährungsländern domizilierte Konkurrenz vermochte aus dieser Lage Nutzen zu ziehen, indem sie, ohnehin schon durch billigere Produktionskosten privilegiert, vermehrten Zugang zu den Absatzmärkten fand.

Diese Umstände führten dazu, daß im Jahre 1949 die Exporte einen Rückschlag aufwiesen, der besonders im Anschluß an die Abwertungen große Ausmaße annahm. Der wertgewogene Ausfuhrmengenindex fiel gegen Jahresende unter den Stand des letzten Vorkriegsjahres, nachdem er im Laufe des Jahres einen Rückgang von über 70 Punkten aufgewiesen hatte. Von den Arbeitskräften der Seidenbandindustrie waren nur noch etwa die Hälfte voll beschäftigt. Die Ursache dieses Rückschlages lag in den ersten drei Quartalen in der fortdauernden Diskriminierung der Seidenbandeinfuhr durch viele wichtige Absatzmärkte. Die Lage wurde im letzten

¹⁾ Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Ausgabe 1955, Band 2, Seite 325.

Quartal durch die Abwertungswelle verschlimmert, welche die Konkurrenzfähigkeit stark beeinträchtigte. Vor den Abwertungen entsprachen die Preise dank den Anstrengungen der Produzenten im wesentlichen denjenigen der ausländischen Konkurrenz. Nun kam zu der abwertungsbedingten Verteuerung der schweizerischen Produkte auf den ausländischen Märkten die Tatsache, daß die französische und die italienische Konkurrenz trotz der Paritätsänderungen zu umfangreichen Preisreduktionen schritt, was dazu führte, daß die schweizerischen Seidenbänder auch in dem für die Ausfuhr wichtigen Dollarraum preislich stark unterlegen waren. Angesichts dieser Schwierigkeiten schritt die schweizerische Seidenbandindustrie zu einer Preissenkung für die Lieferungen nach den Abwertungsländern, welche die abwertungsbedingte Verteuerung fast vollständig kompensierte. Diese Maßnahme erforderte den weitgehenden Verzicht auf Gewinne, die Durchführung der wenigen noch realisierbaren Rationalisierungsmaßnahmen und Einsparungen sowie das Entgegenkommen der Rohmateriallieferanten und Arbeitnehmer. Im letzten Quartal des Jahres 1949 mußte deshalb ein großer Teil der Produktion zu kostendeckenden oder gar zu Verlustpreisen, die immer noch 10 bis 30 % über dem ausländischen Preisniveau lagen, abgesetzt werden. Die Einführung des freien Zahlungsverkehrs mit Belgien/Luxemburg betraf einen Markt, der in bezug auf Seidenbänder eine rückläufige Nachfrage, um die sich zudem die ausländische Konkurrenz preisunterbietend bewarb, aufwies. Der neue Handelsvertrag mit Deutschland brachte keinen Nutzen, da die deutsche Bandindustrie zu bedeutend niedrigeren Kosten produzierte. Die Liberalisierung der reinseidenen Bänder durch Frankreich blieb infolge der französischen Konkurrenz ohne Auswirkungen. Zusätzliche Schwierigkeiten stellten sich im Sterlingblock, einem wichtigen Absatzgebiet, ein. Die Südafrikanische Union unterband die Einfuhr fast vollständig, Indien erschwerte den Import, während Australien die Importeure veranlaßte, sich in Weichwährungsländern einzudecken. Die Verlängerung der Kontingente ohne entsprechende Erhöhung in verschiedenen europäischen Ländern führte dazu, daß den einzelnen Importeuren nur unbedeutende Quoten zugeteilt werden konnten, welche die Abwicklung des Geschäftes oft uninteressant gestalteten. Die Diskriminierung der schweizerischen Seidenbänder gegenüber den Produzenten in Weichwährungsländern ließ die bisherigen Bezüger zwangsläufig zur Konkurrenz abwandern. Immerhin ist festzuhalten, daß die vertraglich festgesetzten Seidenbandkontingente trotz der Abwertungen vollständig ausgenützt werden konnten.

Im Jahre 1950 erlitt die Ausfuhr einen weiteren, starken Rückschlag, so daß von einem eigentlichen Krisenjahr gesprochen wurde. Im ersten Semester erreichte der Beschäftigungsgrad einen äußerst schlechten Stand. Trotz der nach den Abwertungen vorgenommenen Preisreduktionen erreichte der Auslandabsatz nur noch die Hälfte des in der gleichen Vorjahresperiode erzielten Exportwertes. Der Rückschlag wäre noch stärker ausgefallen, wenn nicht ein, allerdings unter großen Preisopfern verkaufte Zusatz-

kontingent nach England ausgeliefert worden wäre. Die mit dem Korea-krieg verbundene Beschleunigung des Konjunkturaufschwunges brachte auch für die Bandindustrie eine Erleichterung. Zusätzlich begünstigt durch das Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion nahmen Ausfuhr und Beschäftigungsgrad zu. Die Preisdifferenz gegenüber den ausländischen Konkurrenzern verringerte sich, so daß der Anschluß an die ausländischen Märkte wieder gefunden werden konnte. Die erzielten Preise waren nach wie vor ungenügend. Die Kundschaft des früheren Hauptabnehmers England hatte sich im Vorjahr mit großen Mengen französischer und italienischer Ware eingedeckt; da diese Lager nur langsam abgebaut werden konnten, erfuhren die Lieferungen nach diesem Land einen starken Rückschlag. Aus dem gleichen Grunde blieb die im Herbst 1950 verfügte Einfuhr liberalisierung von Kunstseidenbändern bis Jahresende ohne Auswirkung. Dagegen hatten die Liberalisierungsmaßnahmen der Südafrikanischen Union und Australiens günstige Auswirkungen. Die allgemeine Verschlechterung des Bandgeschäftes auf dem belgischen Markt führte zu einem Rückgang der Lieferungen nach diesem Land. Der Anteil Belgiens an der Ausfuhr blieb jedoch nahezu unverändert, was darauf hinweist, daß die Befreiung des Warenverkehrs trotz der ungünstigen Situation gegenüber der ausländischen Konkurrenz vorteilhafte Auswirkungen hatte. Die übrigen kleineren europäischen Absatzgebiete, zu denen Dänemark, Norwegen, Finnland und Holland zählen, bewilligten nur geringfügige Kontingente. Dies traf zunächst auch auf Schweden zu; die durch die Europäische Zahlungsunion ermöglichten neuen Abmachungen ließen jedoch eine Belebung erwarten. Argentinien erteilte trotz seiner handelsvertraglichen Verpflichtungen keine Einfuhrlizenzen. Ähnlich verhielten sich die Behörden Indiens.

Die Exporterleichterungen, welche nach dem Beitritt der Schweiz zur Europäischen Zahlungsunion möglich wurden, kamen in den 1951 gegenüber dem Vorjahr erhöhten Ausfuhrergebnissen zur Geltung. Die Preisdiskrepanz gegenüber den ausländischen Produzenten verminderte sich weiter, so daß sich die Nachfrage wieder vermehrt den qualitativ überlegenen Erzeugnissen schweizerischer Provenienz zuwandte. Die Seidenbandindustrie war dadurch während des ganzen Jahres voll beschäftigt, wenn auch der Auftragsbestand im zweiten Semester zurückging. Die Erhöhung der Gestehungskosten konnte jedoch nicht auf die Preise abgewälzt werden, so daß diese weiterhin als nicht befriedigend bezeichnet wurden. Mengemäßig erreichte die Ausfuhr annähernd das Niveau des Jahres 1949, während die wertmäßige Zunahme schwächer ausfiel. Einen starken Anstieg verzeichneten die Lieferungen nach den Ländern des Sterlinggebietes. Infolge Sättigung des Marktes ging die Ausfuhr nach Belgien/Luxemburg nochmals zurück. Auf dem dänischen und holländischen Markt konnten die schweizerischen Erzeugnisse gegenüber den deutschen Konkurrenzprodukten nur schwer bestehen. Einen ansehnlichen Aufschwung verzeichneten dagegen die Lieferungen nach Schweden, wo sich die Einfuhr liberalisie-

rung günstig auswirkte. Die Ausfuhr nach den übrigen europäischen Absatzgebieten bewegte sich in engen Grenzen.

Im Jahre 1952 nahm der Auftragseingang weiterhin ab, was auf den Abbau der angelegten Lager und die allgemein instabile Preislage in der Textilindustrie zurückzuführen war. Gegen die Jahresmitte war eine vorübergehende Verbesserung festzustellen. Besonders betroffen wurde der Bandexport durch die Entliberalisierungen in den Ländern des Sterlinggebietes, wobei in gewissen Fällen der Abwicklung bereits abgeschlossener Kontrakte Schwierigkeiten bereitet wurden. Im übrigen vermochte die schweizerische Seidenbandindustrie trotz des oftmals durch staatliche Exportförderungsmaßnahmen im Ausland verschärften Preiskampfes ihre Stellung zu wahren. Allerdings sahen sich die Produzenten zu Preiskonzessionen gezwungen, die mit einer gesunden kaufmännischen Kalkulation nicht mehr vereinbar waren. Als günstiges Anzeichen war jedoch zu bewerten, daß der Export nach Ländern, die der Bandeinfuhr keine allzu hohen Schranken währungs- und zollpolitischer Art entgegenstellten, stabil verlief. Die trotz des höheren Preises zum Ausdruck kommende Konkurrenzfähigkeit war auf den qualitativen Vorsprung der Erzeugnisse zurückzuführen. Es machte sich die Tendenz bemerkbar, der ausländischen Konkurrenz das Feld der einfacheren Qualitäten zu überlassen und vermehrt Ausführungen zu produzieren, die in den ausländischen Produktionszentren nicht hergestellt werden. In den folgenden Jahren verzeichnete die schweizerische Seidenbandindustrie eine ausgesprochene Mengenkonjunktur, die durch einen guten Auftragseingang bei gedrückten Preisen gekennzeichnet war, so daß die in den ersten Nachkriegsjahren erzielten Exportwerte nicht mehr erreicht wurden. Die Eigenproduktion von Artikeln einfacherer Art in einzelnen Absatzgebieten nahm zu, so daß diese, meist durch Exportsubventionen und billigere Produktionskosten begünstigten Konkurrenzindustrien das quantitativ interessante Geschäft in Stapelartikeln weitgehend an sich rissen. Für den schweizerischen Seidenbandfabrikanten bedeutete die zunehmende Verlagerung der Produktion auf in kleinen Auflagen hergestellte Spezialartikel eine, was die Rationalisierung anbetrifft, ungünstigere Situation.

Die Abwertungen traten zu einem Zeitpunkt ein, da sich die Lage der Bandindustrie verschlechterte und eine rückläufige Entwicklung im Gang war. Nach erfolgtem Wiederaufbau der ausländischen Produktionsstätten setzte ein starker internationaler Wettbewerb ein, bei dem die schweizerischen Produzenten infolge bedeutend höherer Produktionskosten stark benachteiligt waren. Gleichzeitig stieß der schweizerische Seidenbandexport nicht nur in den Abwertungsländern, sondern auch in den überseeischen Absatzgebieten auf neu errichtete Zoll- und Einfuhrschränken, die in nicht geringem Maße den Ausfuhrückschlag verursachten. Während noch im Jahre 1947 die Seidenbandprodukte in mehr als dreißig Ländern Absatz fanden, standen zwei Jahre später nur noch wenige Exportmärkte ohne Einschränkungen offen. Angesichts der ungünstigen Position, in welcher

sich die schweizerische Seidenbandindustrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz befand, mußten die Bandproduzenten durch die Paritätsänderungen besonders betroffen werden, dies um so mehr, als anschließend im Ausland weitere Verbilligungen eintraten und gewisse Absatzländer die Einfuhrschränken noch erhöhten. Der Einfluß der Abwertungen wird auch aus dem Anteil der Lieferungen nach Nichtabwertungsländern deutlich, der im Jahre 1950 eine Zunahme aufweist. Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, daß die Forderungen nach staatlichen Schutzmaßnahmen und nach einer Abwertung des Schweizerfrankens in Kreisen der Seidenbandproduzenten besonders laut gestellt wurden. Der Nutzen einer solchen Maßnahme wäre jedoch im Hinblick auf die Situation, der sich die Bandindustrie in bezug auf ihren Auslandabsatz gegenübergestellt sah, äußerst gering gewesen.

Ausfuhr von Seiden- und Kunstseidenband

	1948	1949	1950	1951
Menge in q	2411	2116	1625	2005
Ausfuhrwert Mio. Fr.	19,6	15,5	9,1	11,9
in Prozent des Gesamtausfuhrwertes	0,6	0,4	0,2	0,3
in Prozent der Ausfuhr nach den Abwertungsländern	1,1	0,8	0,4	0,5

(Quelle: Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 59)

	Wertgewogener Mengenindex (1938 = 100)	Ausfuhrwert Mio. Fr.
3. Quartal 1948	125	5,2
4. Quartal 1948	133	5,3
1. Quartal 1949	111	4,2
2. Quartal 1949	115	4,3
3. Quartal 1949	119	4,2
4. Quartal 1949	102	2,9
1. Quartal 1950	93	2,5
2. Quartal 1950	75	1,8
3. Quartal 1950	96	2,3
4. Quartal 1950	105	2,6
1. Quartal 1951	109	2,7
2. Quartal 1951	118	3,2

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

*Prozentualer Anteil der Abwertungsländer am Ausfuhrwert der
Seiden- und Kunstseidenbandindustrie*

	1948	1949	1950	1951
Großbritannien	13,4	23,6	18,5	19,5
Niederlande	3,0	2,0	1,9	1,4
Dänemark	1,1	1,6	0,5	0,7
Norwegen	0,2	0,8	0,4	0,3
Schweden	2,2	1,9	2,4	4,4
Österreich	0,3	0,2	0,3	0,3
Südafrikanische Union	11,2	4,5	4,0	5,7
Indien	1,5*	1,9	1,4	2,4
Australischer Bund, Neuseeland	5,0	4,2	4,1	9,3
Deutschland	0,0	0,4	0,1	0,1
Frankreich	0,2	0,0	0,2	0,2
Italien	0,4	0,6	0,4	0,4
Belgien/Luxemburg	14,1	14,9	15,3	7,3
Kanada	2,5	3,4	5,4	3,8
Übrige Länder	44,8	39,9	45,1	44,2

*) inkl. Pakistan

(Berechnet nach der Jahresstatistik des Außenhandels der Schweiz, Zollposition 449a/c.)

4. Stickereiindustrie

Im Jahre 1913 noch die größte Exportindustrie, wurde die Stickereiindustrie in der Periode von 1921 bis 1936 infolge der Ungunst der Mode und des Zusammenbruches der internationalen Wirtschaft von einer schweren Krise betroffen. Nach Kriegsende setzte sich der Aufschwung, der im Jahre 1936 eingesetzt und durch den zweiten Weltkrieg einen Unterbruch erfahren hatte, fort. Die Exportorientierung erreichte einen hohen Grad: 90 bis 95 % der Produktion werden ausgeführt ¹⁾.

Das Jahr 1948 brachte gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang des Ausfuhrwertes um fast ein Drittel. Dies war in großem Maße auf eine Verschiebung der Lieferungen von hochwertigen Erzeugnissen auf solche mittlerer und billiger Qualitäten zurückzuführen. Die Ausfuhrmenge verzeichnete eine geringfügige Zunahme. Verschiedene wichtige Absatzmärkte gingen teilweise oder gänzlich verloren. Besonders große Ausfälle mußten bei den Lieferungen nach Schweden und Argentinien hingenommen werden. Die Stickereien waren weiterhin aus modebedingten Gründen stark nachgefragt, so daß die bei den wichtigen Abnehmerländern registrierten Ausfälle durch die Verschärfung der Austeritätspolitik, von der die Stickereien besonders betroffen werden mußten, verursacht waren. Nur die Vereinig-

¹⁾ Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Ausgabe 1955, Band 2, Seite 423.

ten Staaten und Venezuela stellten dem Stickereiimport keine Hindernisse devisenpolitischer Art in den Weg. Die Vereinigten Staaten blieben trotz der hohen Zollsätze, die je nach Artikel 60 bis 90 % des Warenwertes ausmachten, der wichtigste Kunde, auf den ein Fünftel des Exporterlöses entfiel.

Im Jahre 1949 verzeichnete der handelsstatistische Durchschnittswert der ausgeführten Stickereien nochmals einen geringfügigen Rückgang, der bei den wichtigsten Positionen rund 10 % ausmachte. Darin kam die weiterhin sich manifestierende Tendenz der Bevorzugung einfacherer Artikel zum Ausdruck, die durch die Abwertungen noch verstärkt wurde. Die starke Nachfrage, die für Stickereien, auch solche der teureren Preisklassen, vorhanden war, konnte aus handels- und zollpolitischen Gründen nicht befriedigt werden. Immerhin verzeichnete der Exportwert gegenüber dem Vorjahr eine leichte Erhöhung. Nach der Aufhebung der Diskriminierung von nicht lebensnotwendigen Gütern durch Deutschland entfielen nach der Kürzung der eingereichten Anträge nur kleine Quoten auf Stickereien, so daß der Exportwert nur einen geringfügigen Betrag erreichte. Die Zusatzvereinbarungen mit Österreich enthielten kein Stickereikontingent. Die dem vertragslosen Zustand ein Ende setzenden Wirtschaftsvereinbarungen mit Frankreich sahen erhöhte Stickereikontingente vor. Von der nach der Besserung der französischen Zahlungsbilanzlage erwirkten Liberalisierung weiterer Warengattungen profitierten auch die Stickereien. Die gleichzeitig erhöhten französischen Zollsätze führten jedoch zu einer zwangsweisen Reduktion der Nachfrage, die nach der neuerlichen, durch die Abwertung verursachten Verteuerung einen weiteren Rückschlag erfuhr. Nach Beseitigung verschiedener Schwierigkeiten konnte von den italienischen Behörden eine befriedigende Lösung in bezug auf die Erteilung von Einfuhrlicenzen erreicht werden. Der Wert der Lieferungen nach Belgien/Luxemburg erfuhr einen kleinen Rückgang; immerhin stand dieses Land nach der Abwertungswelle an der Spitze der europäischen Bezüger, eine Folge der Einführung des freien Zahlungsverkehrs und ein Zeichen, daß die internationale Nachfrage nach schweizerischen Stickereien trotz der Abwertungen nicht nachgelassen hatte. Die Verlängerung des Abkommens mit Holland ohne entsprechende Erhöhung der Kontingente kommt auch in der rückläufigen Stickereiausfuhr zum Ausdruck. Die Ausfuhr nach England stand infolge ungenügender Kontingente in keinem Verhältnis zum Vorkriegsexport. Indien, ein Abnehmer von Standardartikeln, erteilte vermehrt Einfuhrbewilligungen, während die Lieferungen nach der Südafrikanischen Union infolge Devisenschwierigkeiten eine starke Einbuße erlitten. Alle Bemühungen, mit Portugal Kompensationsgeschäfte zu tätigen, scheiterten. Die ungenügenden schweizerischen Importe aus Schweden veranlaßten dieses Land, die Erteilung von Importlicenzen für Stickereien einzustellen, so daß das vereinbarte Kontingent nur zur Hälfte ausgenützt werden konnte. An den Kompensationsgeschäften, die durch zusätzliche Lieferungen von schwedischer Butter möglich

wurden, konnte die Stickereiindustrie nur in ungenügendem Ausmaß partizipieren. Das Abkommen mit Ägypten funktionierte unbefriedigend; es wurden nur für einen Bruchteil des vereinbarten Kontingentes Einfuhrbewilligungen erteilt. Alle Bemühungen, Argentinien, dessen Kundschaft hochwertige Erzeugnisse bevorzugt, zur Erteilung von Lizenzen zu bewegen, blieben erfolglos.

Im ersten Semester 1950 blieb der Ausfuhrwert rund 10 % hinter demjenigen der gleichen Vorjahresperiode zurück. Der Ausfall war weitgehend auf die Einfuhrbeschränkungen in den Weichwährungsländern zurückzuführen, während die Verkaufsmöglichkeiten in den übrigen Absatzländern gut waren. Nach dem Ausbruch des Koreakrieges nahm der Auftrags-eingang von Monat zu Monat zu, so daß am Jahresende die Produktionskapazität vollständig ausgenützt war. Die mit der Konjunkturbelebungssteigende Kaufkraft trug dazu bei, daß auch die Nachfrage nach diesem ausgesprochenen Friedensartikel anstieg. Ferner glaubte man die Nachfragesteigerung darauf zurückführen zu können, daß die Mode in unruhigen Zeiten den Verzierungen und reichen Dessins den Vorzug gibt. Auch die mit der Europäischen Zahlungsunion verbundene Aufhebung der Diskriminierung brachte der Stickereiindustrie eine erhebliche Erleichterung. Die Verschiebungen im Absatz nach den einzelnen Ländern erlauben den Vergleich der handelsstatistischen Durchschnittswerte nicht ohne weiteres. Die Erhöhung des Durchschnittspreises war im wesentlichen auf den verringerten Export nach Ländern, die vorwiegend billige Stapelartikel bezogen, zurückzuführen, während die Exportmöglichkeiten nach den hochwertigen Erzeugnisse nachfragenden Ländern eine festere Tendenz aufwiesen. Daß der Ausfuhrwert keine größere Steigerung zeigte, war durch den im ersten Semester herrschenden Preisdruck verursacht. Der Wert der nach Deutschland gelieferten Erzeugnisse verzeichnete trotz der Mängel des Quotensystems eine Zunahme. Nach dem Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion wurden nur die Seidenstickereien auf die Freiliste aufgenommen. Im Außenhandel mit Österreich waren weiterhin keine Stickereikontingente vorgesehen. Die prohibitiven Einfuhrzölle bewirkten, daß die im übrigen unbehinderten Exporte nach Frankreich nicht gesteigert werden konnten. Italien setzte nach dem Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion die Stickereien nicht auf die Freiliste, de facto war jedoch die Einfuhr frei. In dem Mitte des Jahres abgeschlossenen Zollabkommen konnten die italienischen Wertzollsätze von 30 bis 45 %, die den Export fast vollständig lahmgelegt hätten, auf durchschnittlich die Hälfte reduziert werden; dennoch erfuhren die Lieferungen einen kleinen Rückgang. Der Wert der nach Belgien/Luxemburg ausgeführten Erzeugnisse konnte sich trotz des freien Warenverkehrs nur knapp auf dem Vorjahresniveau halten, was auf die abwertungsbedingten Preiserhöhungen, insbesondere jedoch auf die innerwirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande zurückzuführen war. Holland liberalisierte die Stickereieinfuhr mit Ausnahme der Leinenstickereien, was eine kleine Ausweitung der Lie-

ferungen erlaubte. Mit dem Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion wurde in England die Stickereieinfuhr mit Ausnahme gewisser Spezialitäten, für die lediglich erhöhte Kontingente zugestanden wurden, liberalisiert, was sich in einer leichten Erhöhung des Exportwertes auswirkte. Mit Indien wurde ein Stickereikontingent von unverändertem Umfang vereinbart; dennoch ging die Ausfuhr zurück, was hauptsächlich durch die abwertungsbedingten Preiserhöhungen verursacht war. Zu Beginn des dritten Quartals wurden mit Australien Vereinbarungen abgeschlossen, wobei dieses Land von seiner radikalen Austeritätspolitik abging und auch für Stickereiprodukte ein Kontingent zugestand; nach dem Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion wurde die Schweiz den Weichwährungsländern gleichgestellt. Die Südafrikanische Union ließ die importierten Stickereien nicht frei auf den Markt kommen, sondern setzte gewisse Preislimiten fest; die mit der Abwertung verbundene Verteuerung verunmöglichte aus diesem Grunde die Aufrechterhaltung der bisherigen Lieferungen. Durch die Bemühungen der schweizerischen Behörden konnte Portugal dazu gebracht werden, einige, allerdings belanglose Lizenzen zu erteilen. Der im Mai 1950 mit Schweden abgeschlossene Handelsvertrag sah nur ein bescheidenes Stickereikontingent vor, das dem Bedarf der schwedischen Kundschaft in keiner Weise gerecht wurde; die Einführung von Blocklizenzen für den Bezug von Textilwaren aller Art aus den der Europäischen Zahlungsunion angeschlossenen Ländern trug zu einer Belebung der Ausfuhr im letzten Quartal bei. Norwegen konnte es sich angesichts seiner prekären Zahlungsbilanzlage nicht leisten, ein Stickereikontingent zuzugestehen, während Dänemark sich aus den gleichen Gründen zu einer Kürzung des Kontingents veranlaßt sah.

Als eindrucksvolles Zeugnis für die starken devisenpolitischen Schranken, die sich dem Stickereiexport entgegengestellt hatten, muß das Rekordjahr 1951 gelten, in dem ein Exportwert erzielt wurde, wie er seit der Vorkriegszeit nicht mehr registriert worden war. Während die Exportzunahme im Jahre 1950 hauptsächlich die bis anhin einigermaßen freien Märkte betraf, kam nun die im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion verwirklichte Liberalisierung zur Geltung, was bei einigen Abnehmerländern die Exportwerte sprunghaft ansteigen und den Anteil der Nichtabwertungsländer am Exportwert zurückgehen ließ. Daß es sich dabei nicht um eine Überkonjunktur, sondern um eine Normalisierung der seit dem Kriege durch Diskriminierungen und Behinderungen aller Art beeinträchtigten Absatzlage handelte, geht aus dem wertgewogenen Ausfuhrmengenindex hervor, der knapp den Stand des letzten Vorkriegsjahres erreichte. Infolge der Verminderung, welche die Produktionskapazität in der Zwischenzeit erfahren hatte, war die Stickereiindustrie sehr gut beschäftigt. Zu einem Teil war die Steigerung des Exportwertes auch auf die Erhöhung der Rohstoffpreise und auf die Verschiebung der Nachfrage nach besseren Qualitäten zurückzuführen. Besonders vorteilhaft wirkte sich die Liberalisierung bei den Exportmöglichkeiten nach dem Sterlinggebiet aus; zusammen mit

den bereits im Vorjahr zugestandenen Erleichterungen erlaubte sie eine Verdoppelung des Exportwertes, so daß Großbritannien zum zweitwichtigsten Absatzgebiet nach den Vereinigten Staaten aufrückte. Die Ausfuhr nach der Südafrikanischen Union und nach Australien, das nun unter den Absatzgebieten an dritter Stelle lag, erfuhr einen bemerkenswerten Aufschwung. Die Lieferungen nach Frankreich konnten infolge des prohibitiven Einfuhrzolles nur knapp auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Belgien/Luxemburg nahm Stickereien für etwa den gleichen Betrag wie im Vorjahr ab. Trotz der freien Stickereieinfuhr in Italien nahmen die Lieferungen nur wenig zu, was in großem Maße auf die immer noch erhebliche Zollbelastung zurückzuführen war. Die durch die Zahlungsbilanzschwierigkeiten Deutschlands erzwungenen Maßnahmen führten dazu, daß der Export nicht in erwartetem Ausmaße anstieg. Trotz der ungünstigen Entwicklung der Zahlungsbilanz behielt Holland die Liberalisierung der Stickereieinfuhr im bisherigen Umfang bei; der Exportwert verzeichnete jedoch nur eine unbedeutende Erhöhung. Portugal lockerte die Einfuhrbestimmungen, schritt jedoch gleichzeitig zu einer Erhöhung der Zölle, die für einzelne Artikel eine Verdoppelung erfuhren. Norwegen erteilte die Einfuhrlizenzen etwas bereitwilliger, während die Liberalisierung der Stickereieinfuhr durch Dänemark nur geringe Auswirkungen zeitigte, da sich die im Rahmen der Inflationsbekämpfung den Importeuren auferlegten Verpflichtungen hemmend auswirkten. Im Handelsverkehr mit Indien wurde nach einer vertragslosen Periode das Textilkontingent gekürzt, so daß Exporte nur im gleichen Betrag wie im Vorjahr realisiert werden konnten. Die Ausfuhr nach Ägypten war nur in beschränktem Ausmaße möglich, da der ungünstige Wechselkurs eine preisliche Behinderung darstellte.

Der erwartete Rückschlag des Exportwertes im Jahre 1952 fiel nur bescheiden aus, so daß der Maschinenpark überbeschäftigt war. Der handelsstatistische Durchschnittswert verzeichnete eine Zunahme, da die Lieferungen nach Absatzgebieten, die hochwertige Waren beziehen, anstiegen, während die Bezüge von Standarderzeugnissen zurückgingen. Darin tritt auch die Tendenz zutage, der verschärften internationalen Konkurrenz durch die Verlagerung der Produktion auf Qualitäts- und Spezialerzeugnisse zu begegnen. Der Auftragsrückgang war in erster Linie auf die erneuten Devisenschwierigkeiten in einigen Absatzländern zurückzuführen. Besonders große Ausfälle verursachten die Restriktionsmaßnahmen der Länder des Sterlingblocks. Auch die Lieferungen nach Frankreich und Argentinien mußten der verschlechterten Außenhandelsposition dieser Länder angepaßt werden. Dagegen konnte die Ausfuhr nach Deutschland durch die Erhöhung der Kontingente und die Verbesserung des Einfuhrverfahrens stark erhöht werden, wobei im Vergleich zu anderen Ländern ein äußerst hoher Durchschnittspreis erzielt wurde. Zusammen mit einer leichten Zunahme der Lieferungen nach den freien Märkten erlaubte diese Entwicklung wenigstens einen teilweisen Ausgleich des Rückschlages.

In den folgenden Jahren konnten die Stickereiproduzenten ihren Auslandsabsatz laufend steigern, so daß in diesem Zweig der Textilindustrie, infolge des gegenüber der Vorkriegszeit reduzierten Maschinenbestandes, ausgesprochene Überbeschäftigung herrschte. Der wertgewogene Ausfuhrmengenindex überschritt im Jahre 1953 erstmals wieder den Stand des letzten Vorkriegsjahres. Die Ursachen dieses Aufschwunges lagen in der Gunst der Mode und der fortschreitenden Beseitigung der den Export erschwerenden Hindernisse. Durch die Anpassung an die Modeströmungen und die Kreation neuer Artikel konnte der Vorsprung gegenüber der österreichischen und der durch Exportprämien geförderten französischen Konkurrenz gehalten werden, wenn auch die Preise etwas den verschärften Konkurrenzbedingungen angepaßt werden mußten. Die gleichzeitige Erhöhung der Produktionskosten bewirkte eine gewisse Verminderung der Margen. Wichtige Abnehmer waren neben den Vereinigten Staaten Deutschland und, nach der Reliberalisierung, die Länder des Sterlinggebietes.

Die schweizerische Stickereiindustrie war in besonderem Maße von den Diskriminierungen in den Weichwährungsländern betroffen. Dies war um so bedauerlicher, als in diesen Ländern durchwegs eine große Nachfrage bestand, die sich manifestierte, so bald sich eine Verminderung der rigorosen Einfuhrbeschränkungen bemerkbar machte. Mit der fortschreitenden Erleichterung ging eine Zunahme des Anteils der Exporte, die nach Abwertungsländern gingen, parallel. Die Auswirkungen der Europäischen Zahlungsunion traten in dieser Hinsicht besonders deutlich in Erscheinung. Der wiedereinsetzenden Konkurrenz begegnete die Stickereiindustrie durch eine Verlagerung der Produktion auf Erzeugnisse besserer Qualität, die im Ausland nur in geringem Maße produziert werden. Dank dieser für einen großen Teil des Angebotes geltenden Monopolstellung konnte die Stickereiindustrie in gewissen Fällen auch hohe Zollschranken überwinden, wenn die Einfuhr nicht zusätzlichen Einschränkungen unterworfen war. Die Paritätsänderungen hatten wohl in einzelnen Abnehmerländern, die vorwiegend billige Qualitäten bevorzugten, gewisse Absatzverluste zur Folge und machten Preiszugeständnisse notwendig. Angesichts der großen, durch staatliche Eingriffe zurückgedämmten Nachfrage vermochten jedoch die Abwertungen der Stickereiindustrie, die etwas weniger als die Hälfte ihrer Exporte nach Abwertungsländern lieferte, nur geringe zusätzliche Schwierigkeiten zu verursachen. Sie hätte ihre seit der Vorkriegszeit reduzierte Produktionskapazität trotz der Abwertungen voll ausnützen können, wenn sie nicht durch Hindernisse zollpolitischer und insbesondere währungspolitischer Art, denen sie in Abwertungs- und Nichtabwertungsländern begegnete, benachteiligt gewesen wäre.

Ausfuhr von Stickereien

	1948	1949	1950	1951
Menge in q	7756	8427	8395	10 793
Ausfuhrwert Mio. Fr.	61,9	63,6	66,4	95,2
(inkl. Eigenveredlungsverkehr)				
Netto-Ausfuhrwert Mio. Fr.	60,1	62,6	65,2	92,5
in Prozent des Gesamtausfuhrwertes	1,8	1,8	1,7	2,0
in Prozent der Ausfuhr nach den				
Abwertungsländern	3,4	3,4	3,0	3,9

(Quelle: Jahresbericht 1951 der schweizerischen Handelsstatistik, 2. Teil, Seite 54; Netto-Ausfuhrwerte Seite 19)

	Wertgewogener Mengenindex (1938 = 100)	Ausfuhrwert Mio. Fr.
3. Quartal 1948	75	15,8
4. Quartal 1948	92	19,1
1. Quartal 1949	80	16,8
2. Quartal 1949	86	17,5
3. Quartal 1949	63	13,7
4. Quartal 1949	74	15,5
1. Quartal 1950	79	16,9
2. Quartal 1950	68	14,1
3. Quartal 1950	70	15,0
4. Quartal 1950	97	20,4
1. Quartal 1951	95	21,9
2. Quartal 1951	109	24,9

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

Prozentualer Anteil der Abwertungsländer am Ausfuhrwert der Stickereiindustrie

	1948	1949	1950	1951
Großbritannien	3,6	4,6	4,8	6,8
Niederlande	3,1	2,0	2,4	2,4
Schweden	1,3	1,4	1,5	3,4
Ägypten	0,0	0,3	0,3	0,2
Südafrikanische Union	6,9	2,7	0,5	2,3
Argentinien	1,0	0,0	0,2	1,6
Indien, Ceylon	11,3*	8,5	5,4	3,6
Australischer Bund	0,3	0,5	0,9	5,0
Deutschland	0,0	0,3	2,7	2,9
Frankreich	5,3	2,8	5,4	3,7
Italien	2,6	6,4	5,3	4,6
Belgien/Luxemburg	6,5	6,1	5,7	4,1
Portugal	0,8	0,0	0,5	1,1
Kanada	2,4	3,9	4,7	4,3
Übrige Länder	54,9	60,4	59,8	54,2

* inkl. Pakistan

(Berechnet nach der Tabelle «Wichtige Absatzmärkte für Stickereien», Zollposition 376. 384—389, 421, 451, 486, im Jahresbericht 1951 der schweiz. Handelsstatistik, 2. Teil, S. 54.)

*Index der in vergleichbaren Betrieben Beschäftigten je Quartalsende
für die Stickereiindustrie (1938 = 100)*

Quartalsdurchschnitt 1946	109
Quartalsdurchschnitt 1947	107
Quartalsdurchschnitt 1948	103
1. Quartal 1949	105
2. Quartal 1949	106
3. Quartal 1949	104
4. Quartal 1949	103
1. Quartal 1950	105
2. Quartal 1950	105
3. Quartal 1950	108
4. Quartal 1950	115
1. Quartal 1951	118
2. Quartal 1951	120
3. Quartal 1951	117
4. Quartal 1951	119

(Quelle: Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung)

Beschäftigungsgrad in der Stickereiindustrie

	Prozentsatz der Betriebe mit		
	gutem Beschäftigungsgrad	befriedigendem Beschäftigungsgrad	schlechtem Beschäftigungsgrad
3. Quartal 1948	15,8	67,4	16,8
4. Quartal 1948	31,3	61,4	7,3
1. Quartal 1949	32,0	57,7	10,3
2. Quartal 1949	19,4	66,3	14,3
3. Quartal 1949	15,3	59,2	25,5
4. Quartal 1949	26,0	62,5	11,5
1. Quartal 1950	36,1	56,7	7,2
2. Quartal 1950	36,1	55,7	8,2
3. Quartal 1950	70,1	27,8	2,1
4. Quartal 1950	86,6	12,4	1,0
1. Quartal 1951	86,5	13,5	—
2. Quartal 1951	88,4	11,6	—

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

VII. Die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Ausfuhr nach den Abwertungen

A. Die Bedeutung der Exportpreise bei gebundenem Zahlungsverkehr

Die Exportindustrie eines Landes kann sich nur entfalten, wenn ihre Preise gegenüber den Konkurrenzindustrien im Ausland wettbewerbsfähig sind. Diese Preise müssen Produktions- und Lohnkosten, Abschreibungen, Forschungs- und Entwicklungskosten sowie eine angemessene Gewinnmarge decken. Für die schweizerischen Exportprodukte werden im allgemeinen dank der höheren Qualität etwas höhere Preise entrichtet. Dem Ausmaß dieser Preisdifferenz sind jedoch Grenzen gesetzt. Sind die Kosten einer Exportindustrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz wesentlich überhöht, kann die Produktion nur mit Verlusten abgesetzt werden, was früher oder später zu einem Zusammenbruch führen muß. Diese Zusammenhänge beziehen sich auf grundsätzlich liberale internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Außenhandel durch tiefgreifende staatliche Maßnahmen gelenkt. Viele Länder, deren Wirtschaft durch Kriegsauswirkungen zerstört und deren Währungsreserven erschöpft waren, sahen sich nicht in der Lage, das Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanz bei freiem Zahlungsverkehr zu gewährleisten. Auch protektionistische Intentionen führten oft zu einschränkenden staatlichen Maßnahmen. Die freie Marktwirtschaft wurde im Sektor des Außenhandels weitgehend aufgehoben, um die Bezüge aus dem Ausland auf ein tragbares Maß zu drosseln.

Wie aus den vorangehenden Abschnitten hervorgeht, stieß die schweizerische Exportindustrie in allen Abwertungsländern, ausgenommen Belgien/Luxemburg, auf mehr oder weniger starke Einfuhr lenkungen, von denen zudem bei non-essentials oft nur die Schweiz als Hartwährungsland betroffen wurde. Der Außenhandel der Abwertungsländer mit allen Handelspartnern beruhte in der Regel auf dem System des bilateralen Ausgleichs. Die schweizerische Einfuhr unterlag mit wenigen Ausnahmen keinen Einschränkungen, doch wurde die Einfuhr in den Dienst der Ausfuhr gestellt, das heißt: die Weichwährungsländer hatten ihre Exporterlöse für Käufe in der Schweiz zu verwenden. Eine bilaterale Regulierung bedeutet,

daß sich der Wettbewerb nur in dem Maße bemerkbar machen kann, in dem die Einfuhrkontingente den privatwirtschaftlich möglichen Absatz von Einfuhrgütern in einem Abnehmerland übersteigen, mit der Einschränkung, daß jeder Konkurrent an die Grenzen der ihm zugestandenen Kontingente gebunden ist. Wo die Nachfrage die verfügbaren Kontingente überschreitet, können alle Konkurrenten mit der Ausnützung des ihnen zufallenden Anteils rechnen, ohne daß ein Preiswettbewerb eintritt ¹⁾.

Es zeigt sich somit, daß sich die Zusammenhänge sehr kompliziert gestalten können und daß die Bedeutung der Ausfuhrpreise bei gebundenem Außenhandel je nach den in den einzelnen Abnehmerländern herrschenden Verhältnissen verschieden sein kann. Jedenfalls führten die Restriktions- und Diskriminierungsmaßnahmen, denen sich die schweizerische Exportindustrie in den Abwertungsländern gegenübergestellt sah, zu einer weitgehenden Verminderung der Bedeutung der Exportpreise. Oftmals gingen die ausländischen Einfuhrbeschränkungen so weit, daß Preiserhöhungen überhaupt keine Auswirkungen auf die Absatzmöglichkeiten haben könnten.

B. Die schweizerischen Exportpreise

Die Tatsache, daß die schweizerischen Ausfuhrwaren auf den Märkten der Abwertungsländer, in abgewerteter Währung gerechnet, eine plötzliche Verteuerung erfuhren, die beispielsweise bei einem Abwertungssatz von 30,5 % nicht weniger als 43 % ausmachte, mußte erwarten lassen, daß innerhalb der Absatzpolitik der schweizerischen Exportindustrie der Preisfrage eine besondere Bedeutung zukomme. Man befürchtete, daß infolge der starken Verteuerung viele Waren schweizerischer Provenienz für die Abnehmer in Ländern, die von den Paritätsänderungen betroffen worden waren, nicht mehr erschwinglich seien oder in Drittländern gegenüber der in Abwertungsländern domizilierten Konkurrenz nicht mehr bestehen könnten. Auch die Berücksichtigung des Umstandes, daß zum Zeitpunkt der Abwertungen im Außenhandel mit den meisten Abwertungsländern eine normale Reaktion der Nachfrage auf Preisänderungen nicht möglich war, konnte diese Befürchtungen nicht zerstreuen.

Aus der Behandlung der einzelnen Industriezweige ging hervor, daß sich die Exporteure in den meisten Branchen zu Preiszugeständnissen entschließen mußten. Die Auswirkungen dieser Preiskonzessionen sind aus der Bewegung des Ausfuhrpreisindex zwischen dem dritten und dem vierten Quartal 1949 klar ersichtlich. Aus den in den ersten drei Quartalen des Jahres 1950 eingetretenen Schwankungen darf jedoch nicht ohne weiteres

¹⁾ Hans Böhi, Grundsätze und Methoden zur Ermittlung der richtigen Währungsrelation zum Ausland. Bern 1944, Seite 112f.

auf entsprechende Preisveränderungen geschlossen werden, da auch Veränderungen in der Zusammensetzung der Ausfuhr Güter die Bewegung des Preisindexes beeinflussen.

Ausfuhrpreisindex für Fabrikate

Mittelwerte 1938 = 100

3. Quartal 1948	258	1. Quartal 1950	242
4. Quartal 1948	261	2. Quartal 1950	247
1. Quartal 1949	253	3. Quartal 1950	242
2. Quartal 1949	255	4. Quartal 1950	248
3. Quartal 1949	259	Jahresmittel 1951	265
4. Quartal 1949	245	Jahresmittel 1952	268
		Jahresmittel 1953	262

(Quelle: Die Volkswirtschaft)

Nachdem in den ersten neun Monaten des Abwertungsjahres die Ausfuhrpreise leicht zugenommen und unmittelbar vor den Paritätsänderungen das am Ende des Vorjahres registrierte Niveau erreicht hatten, trat im vierten Quartal 1949 ein bescheidener Rückschlag von 5,5 % ein. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 1950 blieb der Ausfuhrpreisindex nahezu unverändert. Die durch die Beschleunigung des Konjunkturaufschwunges und durch die mit der Europäischen Zahlungsunion verbundenen Liberalisierungsmaßnahmen hervorgerufene Intensivierung der Nachfrage und Steigerung der Preise kam im Ausfuhrpreisindex des vierten Quartals 1950 erstmals zum Ausdruck.

Die von der schweizerischen Exportindustrie in den Jahren nach der Abwertung mit Erfolg betriebene Politik der Niedrighaltung der Exportpreise dürfte kaum zu Gewinneinbußen geführt haben. Dies ist so bemerkenswerter, als die abwertungsbedingte Verbilligung der Einfuhren nur einen geringen Einfluß auf die Produktionskosten hatte und dadurch die Anpassung der schweizerischen Wirtschaft an die durch die Abwertungen und durch die Produktionsvermehrung veränderte Weltmarktlage erschwert wurde. Dagegen verzeichneten nach dem Einsetzen der Koreahausse die Einfuhrpreise, insbesondere diejenigen der Rohstoffe, eine rasche und starke Erhöhung, die nicht vollständig auf die Ausfuhrpreise abgewälzt wurde.

Die Niedrighaltung des Niveaus der Exportpreise war somit nur möglich durch eine entsprechende Erhöhung der Produktivität. In der Tat wies die schweizerische Industrie im Vergleich zu den Industrien der Abwertungsländer, insbesondere auch gegenüber dem sich mehr und mehr zum Konkurrenten entwickelnden Deutschland, einen ansehnlichen Produktivitätsvorsprung auf, der in den Jahren nach den Abwertungen gehalten

werden konnte. Die Ergebnisse des Produktivitätszuwachses wurden insbesondere den Abnehmern und den Arbeitnehmern, in etwas kleinerem Maße den Unternehmern zugeführt ¹⁾).

C. Das interne Preisniveau und die Exportpreise in den Abwertungsländern

Für die längerfristige Beurteilung der Wettbewerbsverhältnisse auf den Weltmärkten sind nicht die festgesetzten starren Währungsparitäten, sondern das Preis- und Kostenniveau und die Bedingungen, unter denen die Produktion in den verschiedenen Ländern erfolgen muß, maßgebend.

Die Untersuchung der Entwicklung, der das Preisniveau in den verschiedenen Abwertungsländern unterworfen war, vermittelt einen Hinweis, in welchem Maße der gegenüber der Schweiz gewonnene abwertungsbedingte Preisvorteil gehalten werden konnte. Der Verlauf der Preise kann anhand des Indexes der Großhandelspreise verfolgt werden. Verschiedene Kriterien, welche auf den Großhandelspreisindex einen Einfluß ausüben — wie die statistischen Ermittlungsmethoden, Preiskontrollen, Steuergesetze, Zollbelastungen, Subventionen — weisen von Land zu Land Unterschiede auf, so daß ein Vergleich der absoluten Größen der Indizes in verschiedenen Ländern nicht möglich ist. Dagegen kann ein recht gutes Bild über die Tendenz der Entwicklung gewonnen werden.

*Großhandelspreisindizes in den wichtigsten Abwertungsländern
von den Abwertungen bis zum Ausbruch des Koreakrieges*

	August 1949	Mai 1950	Differenz in %
Großbritannien (1. Semester 1939 = 100)	236	262	+ 11,0
Niederlande (1937 = 100)	270	291	+ 7,8
Dänemark (1937 = 100)	214	239	+ 11,7
Schweden (1. Semester 1939 = 100)	196	203	+ 3,6
Frankreich (1938 = 100)	1918	2082	+ 8,5
Belgien (1936/38 = 100)	363	365	+ 0,6
Kanada (1935/39 = 100)	202	210	+ 4,0
Italien (1937 = 100)	5231	5024	— 4,0
Schweiz (August 1939 = 100)	205	197	— 3,9

(Quelle: Tabelle «Großhandelsindexziffern der Schweiz und des Auslandes» in den Monatsberichten der Schweizerischen Nationalbank)

Bereits im Zeitraum zwischen den Abwertungen und dem Ausbruch des Koreakrieges war in der Großzahl der Abwertungsländer ein Preisauftrieb festzustellen, der sich immerhin in relativ engen Grenzen hielt. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Entwicklung am Ende der betrachteten Periode noch keineswegs zum Abschluß gekommen war. Bereits in einer Periode

¹⁾ Christian Gasser und Francesco Kneschaurek, Die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Exportindustrie in der Nachkriegszeit. Außenwirtschaft 11, 1956, Heft 1, S. 35ff.

flauerer Konjunktur führte somit die Preis- und Kostenentwicklung in den meisten Abwertungsländern zu einer Verminderung des erlangten Preisvorteils.

Da die Produktionskapazität in der Großzahl der von den Abwertungen betroffenen Länder, Deutschland ausgenommen, trotz schwacher Ermüdungserscheinungen der Konjunkturlage voll ausgenützt war, was eine Produktionssteigerung in stärkerem Ausmaß verunmöglichte, mußte sich mit der Beschleunigung des Konjunkturaufschwunges, welche zu Beginn des zweiten Semesters 1950 einsetzte, die Steigerung der Preise in diesen Ländern verschärfen.

Großhandelspreisindizes in den wichtigsten Abwertungsländern von 1950 bis 1954

1949 = 100

	1950	1951	1952	1953	1954
Großbritannien	114	139	142	143	143
Niederlande	113	138	135	129	131
Schweden	105	139	147	138	138
Frankreich	108	138	145	138	136
Deutschland	97	115	118	114	113
Belgien	105	127	120	113	111
Kanada	106	120	114	111	109
Italien	95	108	102	101	102
Schweiz	99	111	107	103	104

(Berechnet nach der Tabelle «Ausländische Großhandelsindexziffern» in den Monatsberichten der Schweizerischen Nationalbank.)

Die Entwicklung der Großhandelspreisindizes in der Periode 1950/1954 zeigt, daß sich die starke Erhöhung der Weltmarktpreise in den Abwertungsländern in größerem Maße in einer Erhöhung des Preisniveaus auswirkte, während der schweizerische Großhandelsindex — abgesehen von einer vorübergehenden, durch die Folgen des Koreabooms verursachten Zunahme — relativ stabil blieb.

Diese Entwicklung konnte nicht ohne Auswirkung auf die Exportpreise bleiben. In der Vorabwertungsperiode wiesen die Exportpreisindizes der wichtigsten Abwertungsländer gegenüber der Schweiz eine starke Überhöhung auf. Die Änderungen der Währungsparitäten führten eine Milderung oder Beseitigung dieses Zustandes herbei, so daß die ausländischen Konkurrenzindustrien ihre Stellung gegenüber den schweizerischen Exporteuren plötzlich verbessert sahen. Die ebenfalls rückläufige Bewegung der schweizerischen Exportpreise wurde bereits erwähnt. Die Folgen des Koreakrieges verursachten eine neue Steigerung der Ausfuhrpreise, die in den Abwertungsländern teilweise recht starke Ausmaße annahm und den abwertungsbedingten Vorteil teilweise oder ganz zunichte machte. Der Index der schweizerischen Exportpreise verzeichnete dagegen die geringste

Zunahme und lag weiterhin unter demjenigen der Abwertungsländer. Er lag auch in der Periode nach dem Abklingen der Koreahausse am niedrigsten und wies im Jahre 1955 fallende Tendenz auf, während sich in den übrigen Ländern eine gegenteilige Entwicklung bemerkbar machte ¹⁾).

D. Die Außenhandelspolitik der Abwertungsländer nach den Paritätsänderungen

Wie in den Abschnitten über die Ausfuhr nach den Abwertungsländern und über die Entwicklung in den einzelnen Zweigen der Exportindustrie dargestellt wurde, blieben die Ergebnisse der mit den Abwertungsländern geführten Wirtschaftsverhandlungen, die auf der Basis der erwarteten Beseitigung der Diskriminierung nach den Abwertungen eine bessere Berücksichtigung der schweizerischen Exportstruktur anstrebten, weit hinter den erhofften Resultaten zurück. Das Liberalisierungsabkommen mit Frankreich vom Dezember 1949 war infolge der von diesem Land eingeführten protektionistischen Zölle von geringem Wert. Einzig Belgien/Luxemburg benützte die Gelegenheit, um den freien Zahlungsverkehr mit der Schweiz herzustellen; da die Einfuhrkontrolle jedoch schon seit einiger Zeit nur noch zu Überwachungszwecken ausgeübt wurde, ergaben sich für den schweizerischen Export keine großen zusätzlichen Möglichkeiten.

Der Grund zu dieser Entwicklung lag in den in den meisten Weichwährungsländern gegenüber den Hartwährungsländern unverändert weitergeführten restriktiven Außenhandelsmaßnahmen. Die ausländischen Währungsabwertungen verfolgten den Zweck, die gestörten Zahlungsbilanzverhältnisse gegenüber den Ländern mit harter Währung zu verbessern. Das gesteckte Ziel konnte jedoch unter den Voraussetzungen, die im Jahre 1949 bestanden, durch eine Paritätsänderung allein nicht erreicht werden. In der Großzahl der Abwertungsländer hatten Preiskontrollen, Rationierungsmaßnahmen, eine Politik des billigen Geldes, rigorose Besteuerung, übertriebene Sozialpolitik und die Devisenbewirtschaftung zu künstlichen Verschiebungen nicht nur der Wechselkurse, sondern der ganzen internen Preisstruktur geführt. Während in den Dreißigerjahren die Verbesserung der Zahlungsbilanz allein durch die Beseitigung überhöhter Wechselkurse erreicht werden konnte, konnte im Jahre 1949 diese Maßnahme allein nicht genügen, um die Zahlungsbilanzen einem Gleichgewicht näher zu bringen, um so mehr als die Abwertungssätze sehr schematisch gewählt worden waren und den realen Austauschverhältnissen wohl nur in wenigen Fällen entsprachen. Es hätte einer gleichzeitigen Lockerung der die Produktions- und Konsumstruktur verzerrenden, die Vergrößerung der

¹⁾ Vgl. Christian Gasser und Francesco Kneschaurek, Die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Exportindustrie in der Nachkriegszeit. Außenwirtschaft 11, 1956, Heft 1, Seite 23.

Produktivität hemmenden staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsablauf bedurft, um einen Erfolg der Paritätsänderungen zu gewährleisten. Abgesehen von wenigen Ausnahmen erfolgten in den Abwertungsländern nur geringe Anstrengungen, die auf eine Beseitigung der durch staatliche Eingriffe herbeigeführten Gleichgewichtsstörungen ausgerichtet waren. Der Inflationsdruck und der Mangel an harten Devisen wurden nicht beseitigt.

Unter diesen Umständen konnten es die Abwertungsländer nicht wagen, ihre gegenüber den Hartwährungsländern praktizierte Politik der Einfuhrbeschränkungen und Diskriminierung aufzugeben. In den meisten Abwertungsländern waren somit die schweizerischen Ausfuhrmöglichkeiten weiterhin durch künstliche Schranken gehemmt, so daß der Preisfrage nur eine untergeordnete Bedeutung zukam. Da die Einfuhrmöglichkeiten aus den Abwertungsländern keine nennenswerte Verbesserung erfuhren, blieb auch der erwartete Anstieg der Alimentierung des bilateralen Zahlungsverkehrs aus.

Die Situation erfuhr eine Verbesserung, als im zweiten Semester 1950 die Importe der Schweiz infolge der internationalen Ereignisse stark anstiegen und damit vermehrt Devisen für den Bezug von Waren aus der Schweiz zur Verfügung standen. Eine merkliche, auch bei flauerer Konjunkturlage wirksame Erleichterung konnte jedoch erst die Lockerung der bilateralen Fesseln, wie sie die Europäische Zahlungsunion mit sich brachte, bewirken.

E. Die Auswirkungen der Europäischen Zahlungsunion

Auf die Bedeutung dieses zwischenstaatlichen Zahlungssystems für den schweizerischen Außenhandel wurde bereits bei der Behandlung der Ausfuhr nach den wichtigsten Abwertungsländern hingewiesen. An den Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten der OECE über den multilateralen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr, die der Europäischen Zahlungsunion vorausgingen, konnte die Schweiz als Hartwährungsland nur beschränkt teilnehmen. Sie sollten den kriegszerstörten Ländern erlauben, mit Hilfe der indirekten amerikanischen Hilfe in der Form von Ziehungsrechten die internationalen Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen. Die durch die Normalisierung des Produktionsniveaus herbeigeführte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Europas ließ im Jahre 1950 den Zeitpunkt für die Abkehr vom System des bilateralen Zahlungsbilanzausgleichs als günstig erscheinen. Am 19. September 1950 wurde die Europäische Zahlungsunion gegründet, die rückwirkend auf den 1. Juli 1950 in Kraft trat. Der Beitritt der Schweiz wurde nach der Ratifikation durch die eidgenössischen Räte am 1. November 1950 rechtskräftig.

Von besonderer Bedeutung für die Schweiz, die von den im Rahmen der OECE seit Jahresfrist eingeleiteten Liberalisierungsbestrebungen in vielen Fällen ausgeschlossen war, war die Schaffung von multilateral ausnutzbaren Kreditquoten, die kollektive Liberalisierung in festgesetztem Aus-

maß, von der sich allerdings ein in Zahlungsbilanzschwierigkeiten befindliches Land dispensieren lassen konnte, und die Unzulässigkeit von diskriminierenden Maßnahmen gegenüber einzelnen Mitgliedsländern. Die schweizerische Exportindustrie, die von den bisherigen Abwehrmaßnahmen gegen nicht lebensnotwendige Waren besonders betroffen worden war, sah ihre Lage in dem Maße verbessert, als non essentials auf die Freilisten aufgenommen wurden. Daneben wurden im weiterhin kontingentierten Sektor Kontingenterhöhungen vorgenommen.

Von den mit der Europäischen Zahlungsunion verbundenen Einfuhrerleichterungen zog vor allem die bisher besonders benachteiligte Textilindustrie Nutzen. Aber auch die übrigen Exportindustriestämme konnten von den Liberalisierungsmaßnahmen in bedeutendem Maße profitieren. Die günstige Wirkung, welche die Beseitigung der bilateralen Fesseln haben konnte, zeigte sich besonders eindrucklich im Handelsverkehr mit Schweden, dessen Zahlungsbilanz gegenüber der Schweiz traditionell passiv, gegenüber den übrigen EZU-Ländern jedoch aktiv war.

Mit den umfangreichen Lockerungen der Einfuhrbeschränkungen auf dem westeuropäischen Markt wäre bei unveränderten Verhältnissen der Preisgestaltung der schweizerischen Exportindustrien vermehrte Bedeutung zugekommen. Das Problem wurde, wie bereits gezeigt wurde, für die Schweiz nicht akut, da die Gründung der Europäischen Zahlungsunion in eine Periode starken Preisauftriebs und des Übergangs zum Verkäufermarkt fiel. Immerhin lagen die Grenzen der Exportmöglichkeiten nicht mehr nur bei den mehr oder weniger willkürlichen Kontingenten, sondern vermehrt bei den natürlichen Verkaufschancen. Die freiere Gestaltung des Außenhandels bewirkte, daß die Bedürfnisse und die Kaufkraft vermehrt über Wahl und Art des Konsums entschieden. Damit rückte die Bedeutung einer rationellen, qualitativ hochstehenden Produktion in den Vordergrund.

F. Ergebnis

Gesamthaft gesehen konnte die schweizerische Exportindustrie dank Rationalisierungsmaßnahmen und knapperer Kalkulation, welche die infolge der außerordentlich starken Nachfrage in den ersten Nachkriegsjahren in gewissen Fällen recht erheblichen Gewinnmargen etwas reduzierte, der noch verbleibenden preislichen Benachteiligung nach kurzer Zeit erfolgreich begegnen. Bis zum Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion bildeten in den Handelsbeziehungen mit dem Großteil der Abwertungsländer die Importrestriktionen weiterhin ein größeres Hindernis als die neuen Preisrelationen. Die Tatsache, daß sich die Weichwährungsländer auch nach den Abwertungen weitgehend weigerten, die im Rahmen der OECE vorgesehene Liberalisierung auch auf Importe aus der Schweiz auszudehnen, zeigt, daß man die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Industrie immer noch als überlegen betrachtete. Im allgemeinen konnte

man feststellen, daß dem Export von schweizerischen Qualitätsprodukten aus Preisgründen, bei normalen Gewinnen, keine Schwierigkeiten im Wege standen. Etwas ungünstiger war die Lage bei allgemein auch im Ausland hergestellten Produkten und bei inlandorientierten Unternehmungen, die sich als Folge des starken Nachholbedarfes in der Nachkriegszeit zusätzlich dem Exportgeschäft zugewandt hatten. Es war zu erwarten, daß nach dem Wiederaufbau der ausländischen Produktionsstätten in dieser Hinsicht eine normalisierende Rückbildung einsetzen mußte, die nun durch die Änderung der Währungsparitäten in gewissen Fällen beschleunigt wurde. Der starke Nachholbedarf der vom Kriege betroffenen Länder und die Unterbewertung des Schweizerfrankens hatten die schweizerische Exportindustrie in den ersten Nachkriegsjahren in eine Vorzugsstellung versetzt, die ohnehin auf die Dauer nicht fortbestehen konnte.

Die Ausfuhrziffern, die nach dem Abklingen der Koreahausse erzielt wurden, zeigen, daß die Bemühungen der schweizerischen Exportindustrie erfolgreich waren. An der durch die Europäische Zahlungsunion möglich gewordenen beträchtlichen Steigerung des zwischenstaatlichen Austausches von Gütern und Dienstleistungen nahm die Schweiz in großem Maße teil, wobei sozusagen alle Branchen der Exportindustrie an der günstigen Entwicklung beteiligt waren. Die Warenausfuhr nach den EZU-Ländern nahm von 1950 bis 1953 wertmäßig um mehr als ein Drittel zu ¹⁾. Der durch die Ereignisse in Korea noch beschleunigte Auftrieb der Preise in den Abwertungsländern und die unablässigen Anstrengungen der schweizerischen Industrie hatten zur Folge, daß die Konkurrenzfähigkeit der hochwertigen Waren schweizerischer Provenienz erhalten blieb.

¹⁾ Vgl. die Tabelle «Außenhandel mit den Ländern der Europäischen Zahlungsunion und dem Sterlinggebiet» in den Jahresberichten der schweizerischen Handelsstatistik, 1. Teil.

VIII. Die schweizerische Wirtschaft in den Vorabwertungsperioden 1936 und 1949

Die Argumente, die nach den Abwertungen des Jahres 1949 zu Gunsten einer Abwertung des Schweizerfrankens vorgebracht wurden, ließen erkennen, daß man sich da und dort noch an die fast auf den Tag genau um achtzehn Jahre zurückliegende Abwertung der englischen Währung, die mit der Loslösung des Pfund Sterlings vom Golde verbunden war, erinnerte. Diese Abwertung bildete den Beginn einer Periode des Währungschaos, gekennzeichnet durch den Wandel der währungspolitischen Anschauungen, die nun die Währungspolitik in den Dienst der nationalen Konjunkturpolitik stellen ließen. Dadurch wurde die Schweiz schließlich, nachdem sie fünf Jahre lang Widerstand geleistet hatte, gezwungen, den Goldgehalt des Schweizerfrankens der internationalen Entwicklung anzupassen. Die Diskussion, die im Anschluß an die Abwertungswelle des Jahres 1949 einsetzte, zeigte, daß man sich vielerorts der gegenüber 1936 grundlegend verschiedenen Situation nicht bewußt war.

Dem heftigen Rückschlag der Weltkonjunktur, der im Jahre 1929 einsetzte, konnte sich die schweizerische Wirtschaft nicht entziehen. Besonders stark fiel der Rückschlag in der Exportindustrie aus. Mit etwas Abstand wurde auch die Binnenwirtschaft von der Depression betroffen. Die Schweiz wurde zu einer Preisinsel, namentlich als Großbritannien und weitere Länder im September 1931 ihre Währungen abwerteten. Während die Ausfuhrmengen stark zurückgingen, übertrafen die Einfuhrmengen in den Jahren 1931 und 1932 sogar das Niveau des Jahres 1929. Die durchschnittliche Zahl der Stellensuchenden stieg in der Periode 1929/1936 rapid an und erreichte beinahe 100 000. Preis- und Lohnkorrekturen in einem Ausmaß, das die Anpassung der Exportpreise an diejenigen in den Konkurrenzländern gestattet hätte, waren nicht möglich. Während der schweizerische Großhandelspreisindex in der Zeit von 1929 bis 1935 einen Rückgang von 35 % aufwies, fielen die entsprechenden Ziffern in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten um rund 50 %. Neben Maßnahmen zur Stützung der Binnenwirtschaft suchte der Staat die Exportindustrie durch die Gewährung von Exportprämien und durch die Einführung der Exportrisikogarantie zu fördern, während gleichzeitig die Importe kontingentiert wurden. Aber auch die staatlichen Hilfsmaßnahmen vermochten die rückläufige Konjunkturtendenz nicht aufzuhalten. Einzig nach Deutschland, Italien

und den Balkanstaaten konnte die Ausfuhr infolge der künstlich hochgehaltenen Währungsparitäten zunächst gesteigert werden; die hohen Exportpreise in diesen Gebieten bewirkten jedoch bald, daß die Clearingkonten infolge der ungenügenden Bezüge der Schweiz nicht ausreichend alimentiert wurden, so daß auch die schweizerischen Exporte abnehmen mußten. Da auch die Ausfuhr nach den übrigen Ländern aus preislichen Gründen zurückging, war die Produktionskapazität der schweizerischen Exportindustrie kaum zur Hälfte ausgenützt. Als im September 1936 Frankreich und eine Anzahl weitere Länder ihre Währungsparitäten senkten, entschloß sich die Schweiz zu einer Abwertung des Frankens um 30 %. Diese Maßnahme sowie der mit der Rüstungskonjunktur einsetzende Aufschwung der Weltwirtschaft verbesserten die Lage der Exportindustrie, nachdem sich schon vor der Abwertung in einigen Zweigen Anzeichen einer leichten Erholung bemerkbar gemacht hatten. Von 1936 bis 1937 nahm die Ausfuhrmenge um einen Drittel zu.

Ganz anders bietet sich das Bild der schweizerischen Wirtschaft in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg. Der Übergang von der Kriegswirtschaft zur Nachkriegswirtschaft vollzog sich ohne größere Schwierigkeiten, da die Nachkriegsdepression, die man nach den Erfahrungen der Zwanzigerjahre erwartete, ausblieb. Der Bedarf der kriegszerstörten Länder führte zu einem Aufschwung der Exportindustrie, insbesondere derjenigen Zweige, die lebensnotwendige Produkte herstellen. Auch die inlandorientierten Industriezweige profitierten vom Nachholbedarf, der sich auf allen Gebieten manifestierte. Das Produktionsvolumen konnte nur mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte, deren Zahl ständig zunahm, bewältigt werden. Erst mit der leichten Rückbildung der Nachkriegskonjunktur im Jahre 1948 machte die Überbeschäftigung einer normaleren Lage Platz. Der Nachholbedarf war zum großen Teil befriedigt. Die in den meisten Ländern Westeuropas erschöpften Währungsreserven und die vollständige Ausnützung der von der Schweiz im Rahmen von Zahlungsabkommen gewährten Währungskredite führten zu einer Drosselung der Bezüge aus der Schweiz. Dank den Anstrengungen der schweizerischen Handelspolitik und der Exportindustrie, die sich bemühte, ihre Preise konkurrenzfähig zu erhalten und neue Märkte zu erschließen, verzeichneten die Jahresergebnisse der Ausfuhrwerte in der Periode des leichten Konjunkturrückganges und der Abwertungen keinen Rückschlag, sondern lediglich eine vorübergehende Verlangsamung des Anstiegs.

IX. Hätte die Schweiz ihre Währung ebenfalls abwerten sollen?

Einleitend wurde darauf hingewiesen, daß es nach dem währungspolitischen Erdrutsch nicht an Stimmen fehlte, welche für eine Abwertung des Schweizerfrankens eintraten. Die da und dort eintretenden Exporterschwerungen und Konkurrenzverschärfungen brachten es mit sich, daß diese Meinung in gewissen Kreisen auch in der ersten Jahreshälfte 1950 vertreten wurde. Die Untersuchung der auf die ausländischen Paritätsänderungen zurückzuführenden Auswirkungen auf die Ausfuhr nach den einzelnen Abwertungsländern und auf die Exportmöglichkeiten der Hauptexportindustrien ergab Hinweise, welche eine Beurteilung der Frage ermöglichen, ob die schweizerischen Behörden den Forderungen der Abwertungsbeefürworter hätten Gehör schenken sollen.

Technisch waren die Voraussetzungen für eine Aufrechterhaltung der Parität gegeben. Der Schweizerfranken war zum Zeitpunkt der Abwertungen eine der stärksten Währungen. Die Währungsreserven wären noch größer gewesen, wenn die Nationalbank in der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht eine Politik der Goldabwehr betrieben hätte, um den inflatorischen Auftrieb in Schranken zu halten. Angesichts der großen Währungsreserve wäre die Schweiz in der Lage gewesen, auch einen starken Goldabfluß zu tragen. In dieser Hinsicht unterschied sich die Lage übrigens nur wenig von derjenigen des Abwertungsjahres 1936.

Die Erwägungen mußten sich auf die Frage konzentrieren, welche Folgen in bezug auf die Beschäftigungslage auf längere Frist zu erwarten waren und welche Nachteile der schweizerischen Wirtschaft bei einer Abwertung oder Beibehaltung der Parität des Schweizerfrankens erwachsen würden. Unmittelbar nach den Abwertungen war es nicht möglich, Umfang und Dauer der negativen Auswirkungen voll abzuschätzen, die weitgehend von den Auswirkungen in den Abwertungsländern selbst und von den dort ergriffenen Maßnahmen in bezug auf Preise, Löhne, Außenhandelspolitik usw. abhingen. Die sich abzeichnenden und die weiter zu erwartenden Auswirkungen bewogen die verantwortlichen Stellen, die Parität des Schweizerfrankens vorläufig unangetastet zu lassen.

Für die Beurteilung des Einflusses der Abwertungen auf die Schweiz mußten die wirtschaftliche Lage und die verfolgte Wirtschaftspolitik in den Abwertungsländern einer näheren Untersuchung unterzogen werden. Besondere Bedeutung kam auch der handelspolitischen Seite zu. Die Auswir-

kungen einer Währungsanpassung sind andere bei freiem internationalen Zahlungsverkehr, wie er in den Dreißigerjahren noch in großem Maße vorhanden war, als bei einem System des Bilateralismus und des stark gehemmten Warenaustausches, wie es in der Nachkriegszeit vorherrschte. Ferner durfte nicht übersehen werden, daß die schweizerischen Lieferungen etwa je zur Hälfte nach Abwertungs- und nach Nichtabwertungsländern gingen.

Die ausländischen Abwertungen stellten einen Teil des vor sich gehenden Anpassungsprozesses dar, den die veränderte Wirtschaftsstruktur der Nachkriegszeit notwendig machte. Die ersten Nachkriegsjahre waren in den meisten Ländern Westeuropas durch Warenmangel und weitergreifende Inflation gekennzeichnet. Bewirtschaftung, Einfuhrbeschränkungen und weitere staatliche Eingriffe hatten jedoch die preiskorrigierend wirkenden Veränderungen unterbunden und den Anpassungsprozeß hinausgezögert. Die Paritätsänderungen stellten die unausbleibliche Korrektur von unhaltbar gewordenen Verhältnissen dar, wenn sie auch in vielen Fällen die Lage nicht in wünschbarem Ausmaße verbesserten, da die Regierungen die zum vollen Erfolg erforderlichen Komplementärmaßnahmen nur ungenügend durchführten. Nach der Koreahaussie geriet die Zahlungsbilanz verschiedener Länder deshalb erneut in ein starkes Ungleichgewicht. Während die Abwertungen der Dreißigerjahre dem schweizerischen Preisniveau gegenüber ein Mißverhältnis schufen, das die Schweiz schließlich zu einer gleichartigen Maßnahme zwang, wurde durch die Währungsanpassungen des Jahres 1949 das gegenüber der Schweiz bestehende Mißverhältnis teilweise beseitigt.

Die Überbewertung der weichen Währungen gegenüber dem Schweizerfranken hatte dazu geführt, daß die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Weichwährungsländer trotz der äußerst geringen Zollbelastung auf dem schweizerischen Markt mehr und mehr verloren ging. Die starke Position des Schweizerfrankens gestattete es dem Importeur, seine Bezüge dort zu tätigen, wo dies am vorteilhaftesten geschehen konnte. Diese Entwicklung mußte dazu führen, daß die Bezüge der Schweiz aus den Weichwährungsländern vielfach ungenügend waren. Damit fehlte aber auch die Basis für die sichtbare und unsichtbare schweizerische Ausfuhr, da infolge des bilateral geregelten Außenhandels mit diesen Ländern Schweizerfranken nur im Umfang der Exporte nach der Schweiz anfielen. Die ungenügenden Währungsreserven gestatteten es immer seltener, Zahlungsbilanzdefizite gegenüber der Schweiz mittels Gold abzudecken.

Die Schweiz mußte somit an einer Anpassung der künstlich hochgehaltenen Wechselkurse in höchstem Maße interessiert sein, da eine weitere Erhöhung der an die Weichwährungsländer gewährten Kredite mit unerwünschten Folgen für die innere Preisstabilität verbunden gewesen wäre und auch angesichts des bereits sehr hohen Kreditbetrages nicht in Frage kam. Bei einer unveränderten Beibehaltung der verzerrten Währungsrelationen hätte sich der schweizerische Außenhandel ungeachtet der Kon-

junkturentwicklung vermehrten Beschränkungen, Diskriminierungen und vertragslosen Zuständen gegenüber gesehen. Obwohl die Verbilligung der Importe aus den Abwertungsländern nicht den erwarteten Umfang annahm und diese zudem nur beschränkte zusätzliche Lieferungsmöglichkeiten zu bieten hatten, nahm der Importanteil aus den Abwertungsländern von 55,5 % im ersten Halbjahr 1949 auf 60 % im gleichen Zeitraum des Jahres 1950 zu ¹⁾. Wenn sich die Schweiz den allgemeinen Abwertungsmaßnahmen angeschlossen hätte, wäre wohl die Verteuerung ihrer Exporte, welche im übrigen in der Mehrzahl der Fälle nur geringfügige oder keine nachteiligen Folgen zeitigte, reduziert worden. Gleichzeitig wäre jedoch die stimulierende Wirkung auf die Importe der Schweiz aus den Abwertungsländern unterblieben, was langfristig für die Exportmöglichkeiten nach diesen Ländern mit großem Nachteil verbunden gewesen wäre.

Solange die Hemmung des Exportes nicht auf das überhöhte Preisniveau zurückzuführen ist, sondern auf handels- und währungspolitischen Maßnahmen des Auslandes beruht, bleibt eine Paritätsänderung für das Nichtabwertungsland weitgehend wirkungslos. Der Bundesrat durfte nicht eine die ganze Volkswirtschaft treffende Maßnahme ergreifen, nur weil in gewissen Branchen der Exportindustrie eine kleinere, vielleicht nur vorübergehende Rückbildung des Geschäftsverlaufes zu verzeichnen war. Eine Abwertung, die in dem auf dem Privateigentum beruhenden Rechtsgefüge immer mit starken Auswirkungen auf das Eigentum des Einzelnen verbunden ist, darf nur beim Vorliegen von äußerst dringenden Gründen, keineswegs jedoch zur Befriedigung von Gruppeninteressen in Erwägung gezogen werden. Die Behörden vertraten denn auch wiederholt die Auffassung, daß sie weder in der Lage noch willens seien, den von einzelnen Industriezweigen ausgehenden unberechtigten Schutzbegehren Rechnung zu tragen, was oft eine Unterstützung der Bemühungen um die Aufrechterhaltung des während der Hochkonjunktur erreichten überhöhten Beschäftigungsgrades bedeutet hätte. Es durfte nicht auf einzelne schwache Punkte innerhalb der Wirtschaft abgestellt werden, sondern die Beurteilung der Situation mußte anhand der gesunden Teile der Wirtschaft und deren Widerstandskraft erfolgen.

Die Zeitspanne zwischen der Abwertungswelle und dem Ausbruch des Koreakrieges, der den Abschluß der eigentlichen Nachkriegsperiode und den Beginn einer Epoche mit andersartigen wirtschaftlichen Problemen darstellte, ist zu kurz, um die Auswirkungen der Paritätsänderungen auf den schweizerischen Außenhandel bei einem durch außerordentliche Einwirkungen ungestörten Konjunkturverlauf beurteilen zu können. Die Tatsache, daß bereits vor den Ereignissen in Korea der leichte Konjunkturrückgang zum Stillstand gekommen war und sich auch in den Ausfuhrziffern Anzeichen eines Aufstiegs abzeichneten, läßt vermuten, daß die

¹⁾ Die Wirtschaftslage. Mitteilung No. 88 (August 1950) der Kommission für Konjunkturbeobachtung. Seite 20.

durch die Abwertungen herbeigeführten Korrekturen sich nicht zu Ungunsten der Schweiz auswirkten. Alles wies darauf hin, daß die Ausfuhrmöglichkeiten auch ohne zusätzliche Kriegskonjunktur im Rahmen der fortschreitenden Liberalisierungsmaßnahmen in den Abnehmerländern günstig verlaufen wären. Wenn auch da und dort Schwierigkeiten auftraten, die im übrigen nur zu einem Teil auf die Abwertungen zurückgeführt werden konnten, erheischte die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Exporttätigkeit keinerlei außerordentliche konjunkturpolitische Maßnahmen des Bundes. Der Zufluß an Gold und Devisen hielt nach dem kurzen, abwertungsbedingten Unterbruch an, so daß der Bund zur Verhinderung einer zu starken Geldschöpfung erneut Gold sterilisieren mußte. Am Ende des ersten Halbjahres 1950 verzeichnete der Gold- und Devisenbestand von Nationalbank und Bund den höchsten bisher erreichten Stand.

Der schweizerischen Exportindustrie gelang es, ihre Position auf dem Weltmarkt zu behaupten und damit die Beschäftigung in der Schweiz zu sichern. Wenn diese Entwicklung auch durch den Konjunkturverlauf und die wirtschaftliche Entwicklung in den Abnehmerländern gefördert wurde, hatten die Anstrengungen der Produzenten einen nicht geringen Anteil an diesem Erfolg, besonders wenn man berücksichtigt, welche Fortschritte der Aufbau der Produktionskapazität in den kriegsgeschädigten Ländern gemacht hatte.

Das Wiedererscheinen Deutschlands auf den internationalen Märkten im Jahre 1949 bewirkte, daß der schweizerischen Exportindustrie ein vorübergehend ausgefallener Konkurrent auf den Weltmärkten erwuchs, der den Teil zur Verschärfung des Preiskampfes beitrug, der ungeachtet der Abwertungen ausgestanden werden mußte. Gleichzeitig entwickelte sich jedoch dieses Land zu einem wichtigen Abnehmer, von dem insbesondere auch die Textilindustrie profitierte, was dazu beitrug, daß die Auswirkungen des Konjunkturrückganges und der Abwertungen derart gering blieben. Diese Normalisierung war dafür verantwortlich, daß Deutschland in den ersten Monaten nach den Abwertungen vorübergehend den ersten Platz unter den Abnehmerländern einnahm und daß die Ausfuhr nach Europa im vierten Quartal 1949 den Wert der gleichen Vorjahresperiode nahezu erreichte.

Da als Folge der Koreahausse der Preisauftrieb im Ausland allgemein stärker war, besserte sich die Wettbewerbslage der schweizerischen Exportindustrie. Die mit der fortschreitenden Erholung ermöglichte, durch die Bestrebungen der OEEC geförderte Liberalisierung des internationalen Zahlungs- und Warenverkehrs verlieh der wirtschaftlichen Expansion in den folgenden Jahren neuen Auftrieb, der teilweise in eine Überbeschäftigung einmündete und mit einer Verdreifachung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte verbunden war. Diese Entwicklung war um so bemerkenswerter, als die schweizerischen Exporte auf eine durch den Ausbau der Produktionskapazität verstärkte ausländische Konkurrenz, protektionistische Zollschränken und bei einigen Abnehmerländern erneute Einfuhr-

restriktionen stießen. Im Jahre 1953 stellte sich, abgesehen von den Kriegsjahren erstmals seit Bestehen der schweizerischen Außenhandelsstatistik, eine aktive Handelsbilanz ein, da bei rückläufigen Importen die Lieferungen nach den Ländern der Europäischen Zahlungsunion, auf die nun über zwei Drittel der gesamten schweizerischen Ausfuhr entfielen, einen günstigen Verlauf nahmen. Wenn auch das Maß der Ausdehnung in den einzelnen Industriegruppen uneinheitlich war, wobei insbesondere die Textilindustrie hinter der allgemeinen Entwicklung zurückblieb, nahmen sozusagen alle Glieder der schweizerischen Volkswirtschaft am Aufschwung teil. Der unerwartete, durch den Koreakrieg bedingte Konjunkturverlauf ließ deutlich werden, daß sich die Schweiz durch eine Abwertung geschadet hätte. Die plötzlich einsetzende zusätzliche Nachfrage traf die Industrie mit wenigen Ausnahmen praktisch voll beschäftigt an. Die währungspolitische Haltung der Schweiz trug zweifellos dazu bei, daß das Preisniveau, im Gegensatz zur Entwicklung in vielen anderen Ländern, keine allzu starke Erhöhung erfuhr.

Eine Abwertung des Schweizerfrankens aus konjunkturpolitischen Gründen hätte einen Akt der Unsolidarität gegenüber dem verarmten Europa bedeutet. Die ausländischen Paritätsänderungen konnten nur dann einen Sinn haben, wenn den Abwertungsländern die Möglichkeit geboten wurde, mehr harte Devisen zu verdienen. Dazu mußte — neben den Vereinigten Staaten, die im übrigen durch ihre diskriminatorische Praxis und protektionistische Zollpolitik nicht wenig zum Dollarmangel der westeuropäischen Länder beisteuerten — die Schweiz ihren Beitrag leisten, ein Beitrag, der sich nach einer kurzen Übergangszeit nur zu Gunsten ihres Exportes auswirken konnte. Wenn auch die Schweiz nur einen geringen Teil der gesamten aus Weichwährungsländern stammenden Exporte aufnimmt, wäre eine Abwertung den Bestrebungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder, zu der sich die Schweiz durch ihre Mitgliedschaft bei der OECE bekannte, zuwidergelaufen ¹⁾. Eine Abwertung der Schweiz hätte das von den Weichwährungsländern mit dieser tiefgreifenden Maßnahme angestrebte Ergebnis verunmöglicht. Die gleichen Probleme hätten sich, auf einer anderen Ebene, von neuem gestellt.

Die Schweiz, die vom Kriege verschont geblieben war, deren Wirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren eine glänzende Konjunktur zu verzeichnen hatte und die sich trotz der leichten Abschwächung zum Zeitpunkt der Abwertungen einer günstigen Beschäftigungslage erfreute, war in der Lage, die da und dort notwendigen Anpassungen durchzuführen, ohne an die Parität ihrer Währung zu rühren. Die Korrektur einer in ungesunde Bahnen geratenen wirtschaftlichen Expansion ist für die Betroffenen immer mit unerwünschten Auswirkungen verbunden. Doch dürfen sich staatliche Maßnahmen solch weitreichender Art nicht nach den Forderungen Ein-

¹⁾ Vgl. auch die Erklärung zu den Abwertungen des Präsidenten des Internationalen Währungsfonds, in *International Financial Statistics*, Vol. 2, 1949, No. 9, Seite 2.

zelter richten. Eine derartige Wirtschafts- und Währungspolitik würde, nach ausländischem Muster, zu unhaltbaren Verzerrungen des Wirtschaftsgefüges führen. Selbst die Forderungen der schweizerischen Fremdenindustrie (Hotelfranken), die in der ersten Zeit nach den Abwertungen in einer kritischen Lage war, eine Entwicklung, die ihr jedoch infolge der immer schärfer werdenden Devisenbewirtschaftung in den Weichwährungsländern auch ohne Abwertungen kaum erspart geblieben wäre, konnten mit Rücksicht auf die weitreichenden Konsequenzen nicht erfüllt werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz in den auf die ausländischen Abwertungen folgenden Jahren zeigt: «Der Erfolg oder Mißerfolg der Währungspolitik richtet sich nicht nach kurzlebigen Vorteilen, sondern stets nach den endgültigen Ergebnissen, die gewöhnlich erst viel später zutage treten.»¹⁾

¹⁾ Heinrich Küng, Grundsätzliche Bemerkungen zur Abwertung. In: Streiflichter zur schweizerischen Wirtschaftspolitik. Erste Sonderreihe «Stimmen der Praxis», Band 1, herausgegeben von der List Gesellschaft e.V. Tübingen 1957, Seite 18.

Literaturverzeichnis

- Ammon, Alfred: *Epilog zu den Abwertungswirren*. Politische Rundschau 29, 1950, Heft 1/2.
- *Abwertung und Aufwertung oder freie Wechselkursbildung*. In: Wirtschaftsfragen der freien Welt (Festgabe für Ludwig Erhard). Frankfurt a. M. 1957.
- Ammon, Walther: *Wie lange noch Abwertungspropaganda*. Politische Rundschau 29, 1950, Heft 3/4.
- Aschinger, Franz: *Die europäische Zahlungsunion und die schweizerische Wirtschaft*. Außenwirtschaft 5, 1950, Heft 4.
- *Die Basler Chemische Industrie*. Zürich 1954.
- Bachmann, Hans: *Diskriminierung gegen die Schweiz?* Außenwirtschaft 4, 1949, Heft 3.
- Bachmann, Hans / Bosshardt, Alfred: *Außenwirtschaftliche Chronik / Betrachtungen zur Außenwirtschaftspolitik*. Außenwirtschaft 2, 1947 — 7, 1952.
- Beriger, Rolf: *Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz auf Grund der Zahlungsabkommen von 1945—1949*. Zürcher Dissertation 1952.
- Beuret, Gaston: *Etudes sur les récentes dévaluations*. Mitteilungsblatt der Vereinigung Schweizerischer Angestellten-Verbände 29, 1950, No. 2.
- Böhi, Hans: *Grundsätze und Methoden zur Ermittlung der richtigen Währungsrelation zum Ausland*. Bern 1944.
- *Les perspectives d'exportation de l'industrie horlogère au lendemain des dévaluations*. Intérêts du Jura 20, 1949, No. 11.
- Bosshardt, Alfred: *Die Kaufkraftparität des Frankens und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz*. In: Überbeschäftigung und Frankenparität (Außenwirtschaftliche Probleme der Nachkriegskonjunktur). St. Gallen 1947.
- *Die Außenhandelspolitik des schweizerischen Bundesstaates 1848—1948*. Außenwirtschaft 3, 1948, Heft 3.
- *Währungspolitischer Erdrutsch*. Außenwirtschaft 4, 1949, Heft 3.
- *Währungspolitische Zwischenbilanz*. Außenwirtschaft 5, 1950, Heft 3.
- Eggmann, Emil: *Die Schweiz inmitten der Abwertungswelle*. In: Die Schweiz, Ein nationales Jahrbuch 21, 1950.
- Gasser, Christian und Kneschaurek, Francesco: *Die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Exportindustrie in der Nachkriegszeit*. Außenwirtschaft 11, 1956, Heft 1.
- Gygax, Paul: *Diskussion um Abwertungsfragen*. Agrarpolitische Revue 6, 1949, Heft 4.
- *Grundsätzliche Bemerkungen zum Abwertungsproblem*. Politische Rundschau 28, 1949, Heft 9/10.
- Hauswirth, Hermann: *Handelspolitik und internationale Zusammenarbeit der Schweiz*. Orientierungen der Schweizerischen Volksbank, Februar 1949.
- *Einige Bemerkungen zur Lage der schweizerischen Handelspolitik*. Schweizer Verkehrs- und Industrie-Revue 21, 1949, April.
- Homberger, Heinrich: *Wirtschaft und Währung*. Neue Zürcher Zeitung 170, 1949, No. 1987.
- *Die Schweiz in der internationalen Wirtschaft*. Außenwirtschaft 4, 1949, Heft 1.
- *Die schweizerische Außenhandelspolitik und die Krise der Zahlungsbilanzen im Zeichen der internationalen Zusammenarbeit*. In: Die Konvertibilität der europäischen Währungen (Luigi Einaudi zum achtzigsten Geburtstag). Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1954.
- Hotz, Jean: *Problèmes actuels de la politique commerciale*. Revue économique et sociale 8, 1950, No. 2.
- *Die schweizerische Handelspolitik im Lichte der internationalen Konventionen der Nachkriegszeit*. Neue Zürcher Zeitung 174, 1953, No. 448.

- Jaquemet, Gaston: *Der schweizerische Zahlungsverkehr mit dem Auslande*. Außenwirtschaft 7, 1952, Heft 1.
- Jenny, Frédéric: *Le bouleversement des monnaies*. Revue économique franco-suisse 29, 1949, No. 10.
- Keller, Paul: *Die britische Handelspolitik in der Nachkriegszeit*. Außenwirtschaft 1, 1946, Heft 1.
 — *Währung und Außenhandel*. Neue Zürcher Zeitung 169, 1948, No. 2326.
 — *Vom Zusammenwirken der Währungen*. Außenwirtschaft 9, 1954, Heft 2.
- Kiefer, Werner: *Der Schweizerfranken — ein Jahr nach der Abwertungswelle*. Schweiz. Handels-Zeitung 88, 1950, No. 38.
- Kneschaurek, Francesco: *Struktur und Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsbilanz der Schweiz*. Außenwirtschaft 7, 1952, Heft 4.
- Küng, Emil: *Aktuelle Wechselkursprobleme*. Außenwirtschaft 3, 1948, Heft 4.
 — *Der Marshall-Plan, die Abwertungswelle und die Schweiz*. Schweiz. Gewerbe-Zeitung 66, 1949, No. 40, 41.
 — *Der Schweizerfranken als harte und weiche Währung*. Außenwirtschaft 5, 1950, Heft 2.
 — *Die Liberalisierung des innereuropäischen Handels*. Neue Zürcher Zeitung 171, 1950, No. 1651, 1658.
 — *Bilateralismus und schweizerische Handelspolitik*. Zürich und St. Gallen 1953.
- Küng, Heinrich: *Grundsätzliche Bemerkungen zur Abwertung*. In: Streiflichter zur schweizerischen Wirtschaftspolitik. Erste Sonderreihe «Stimmen der Praxis», Band 1, herausgegeben von der List-Gesellschaft e.V. Tübingen 1957.
- Mächler, Erwin: *Die schweizerische Gold- und Devisenpolitik nach dem zweiten Weltkrieg (1945—1949)*. Zürcher Dissertation 1952.
- Marbach, Fritz: *Die Abwertung des Pfundes und die Schweiz*. Schweiz. Metallarbeiter-Zeitung 48, 1949, No. 39.
- Mikesell, Raymond F.: *Foreign Exchange in the Postwar World*. New York 1954.
- Oettli, Mascha: *Unsere Wirtschaft nach den Abwertungen*. Der neue Bund 16, 1950, No. 2.
- Organisation Européenne de Coopération Economique: *L'industrie chimique en Europe*. Paris 1954.
- Pernet, Otto: *Le commerce extérieur de la Suisse*. Revue économique et sociale 12, 1954, No. 3.
- Polak, J. J.: *Contribution of the September 1949 Devaluations to the Solution of Europe's Dollar Problem*. Staff Papers 2, 1951, No. 1.
- Predöhl, Andreas: *Außenwirtschaft* (Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik). Göttingen 1949.
- Reding-Biberegg, Rudolf von: *Der Abwertungswettlauf unter den Nationen*. Berner Dissertation 1954.
- Ruchtli, Erwin: *Die Schweiz vor wichtigen währungspolitischen Entscheiden*. Politische Rundschau 29, 1950, Heft 7/8.
- Salin, Edgar: *Die Abwertungswelle und die Schweiz*. Basler Nachrichten 105, 1949, No. 453, 455, 457.
- Schaffner, Hans: *Möglichkeiten und Grenzen der Handelsvertragspolitik*. Basel 1952.
- Stopper, Edwin: *Les conséquences de la dévaluation de la livre sterling*. Journal des Associations patronales 44, 1949, No. 48, 49.
- Tew, Brian: *International Monetary Co-operation 1945—1952*. London 1952.

- Wagner, Valentin F.: *Das englische Pfund*. Bulletin Privat-Kommerzbank AG. Zürich, 3/1949.
- *Die Lage und die Aussichten des Frankens*. Bulletin Privat-Kommerzbank AG. Zürich, 4/1950.
- Weiss, Hermann: *Währungsmanipulationen, einige Ursachen und Auswirkungen*. 25 Jahre Diskussionszirkel. Lenzburg 1951.
- Zehnder, A.: *Außenpolitik und Außenhandel*. Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 90, 1954.
- Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesversammlung.
- Bericht über Handel und Industrie in der Schweiz.
- Berichte des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die gemäß Bundesbeschuß vom 14. Oktober 1933 erlassenen wirtschaftlichen Maßnahmen gegenüber dem Ausland (zitiert als «Bericht des Bundesrates»).
- Economic Survey of Europe.
- Geschäftsberichte der Schweizerischen Nationalbank.
- International Financial Statistics.
- Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Ausgabe 1955.
- Jahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.
- Jahresberichte der Basler Handelskammer.
- Jahresberichte der schweizerischen Handelsstatistik.
- Jahresberichte des Verbandes schweizerischer Schiffli-Stickereifabrikanten.
- Jahresberichte der Schweizerischen Gesellschaft für chemische Industrie.
- Jahresberichte des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller.
- Jahresberichte der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft.
- Jahresstatistik des Außenhandels der Schweiz.
- Mitteilungen der kantonal-bernischen Handels- und Gewerbekammer.
- Mitteilungsblatt des Delegierten für Arbeitsbeschaffung.
- Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank.
- Die Volkswirtschaft.
- Die Wirtschaftslage. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung.
- Außenwirtschaft.
- La Fédération Horlogère Suisse.
- Neue Zürcher Zeitung.
- Revue économique et sociale.
- Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung.
- Bulletin Privat-Kommerzbank AG., Zürich.
- Bulletin der Schweizerischen Kreditanstalt.
- Bulletin Wegelin & Co., St. Gallen.

LEBENS LAUF

Ich, Etienne Hérítier, von Basel, wurde am 2. April 1931 in Basel geboren als Sohn des Gustav Hérítier, Kaufmann in Basel, und seiner Ehefrau Amalie, geb. Müller.

Nach bestandener Maturität Typ B am Realgymnasium Basel immatrikulierte ich mich zu Beginn des Sommersemesters 1951 an der Universität Basel, wo ich Vorlesungen und Übungen der Professoren G. Bombach, Th. Brogle, L.V. Furlan, M. Imboden, F. Neumark, J. Niehans, E. Ruck, E. Salin, A. Simonius, K. Spiro, M. Staehelin, J. Wackernagel, V. F. Wagner und M. Weber besuchte. Die Dissertation entstand unter der Leitung von Prof. Dr. E. Salin, dem ich für seine Unterstützung zu Dank verpflichtet bin. Gegenwärtig bin ich in einer Großbank tätig.

